

Atom

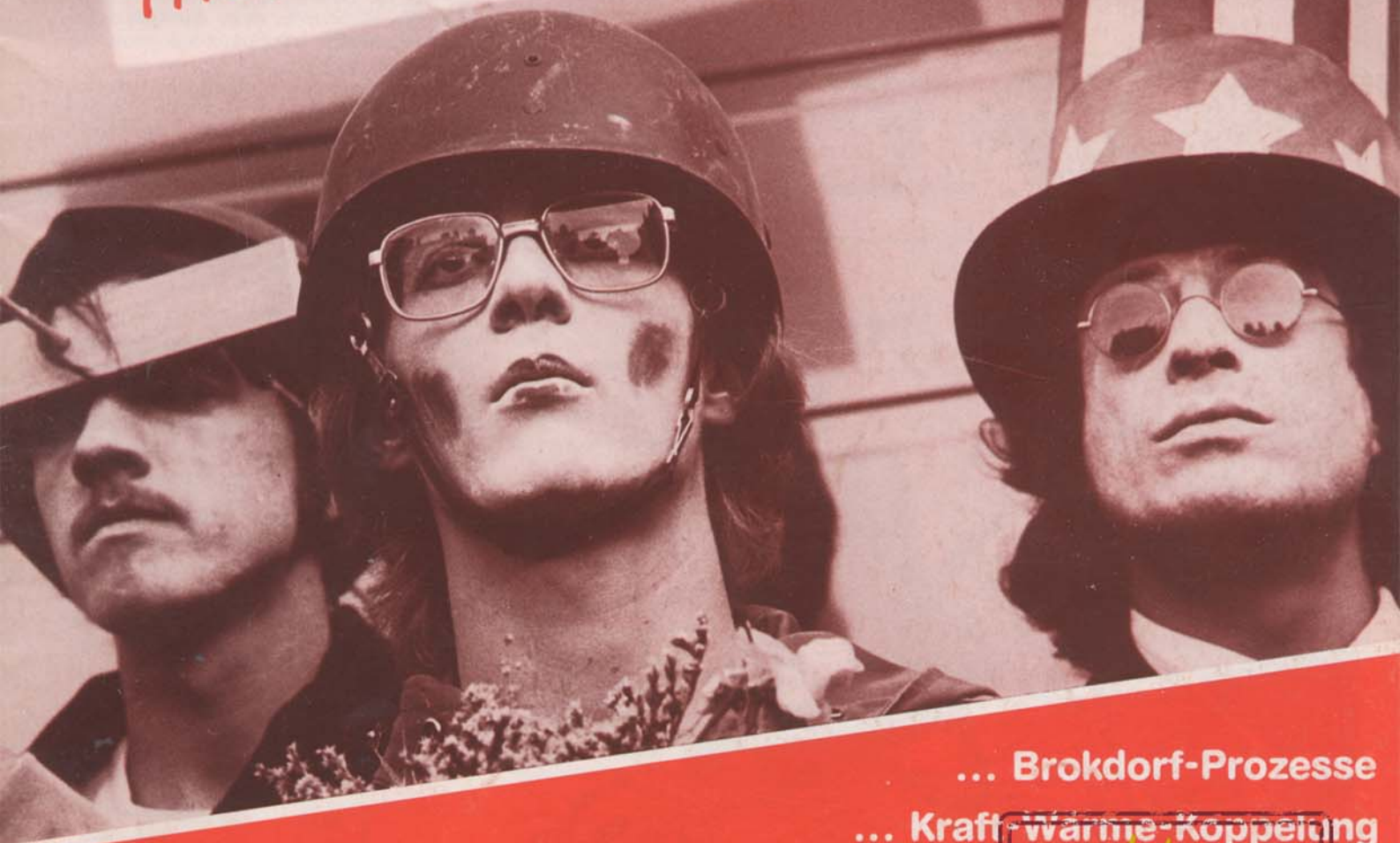
Göttinger Arbeitskreis
gegen Atomenergie

Zeitung der Initiativen
gegen Atomenergie

Express

Nr. 26 Oktober 81
DM 2,—

*Wohin will
die
Friedensbewegung?*



... Brokdorf-Prozesse

... Kraft-Wärme-Koppelung

Nordhessen, Biblis, Gorleben, ...

Auseinandersetzung mit der Friedensbewegung

Collection Laka foundation

www.laka.org

Laßt es nicht geLINGEN

Atom- und wasserrechtlicher Erörterungstermin zu Lingen II

Als ich den Bericht der emsländischen BIs durchlas, den sie uns über die Erörterungstermine zu Lingen II schickten, da dachte ich erst, wir hätten ihn bereits gedruckt. Also schaue ich die letzten Nummern von vorn bis hinten durch, finde aber nichts.

Ist es die Ähnlichkeit, mit der diese Veranstaltungen über die Bühne gehen, die mir das 'Das-kenn-ich-doch-Gefühl' gab? Viel zu wenig Wut, viel zu viel Resignation macht sich da in mir breit. Warum das alles und warum nicht endlich mal anders? Wie oft können dummdreiste Staatsbüttel und gedungene Gutachter dieses Spielchen noch durchziehen, warum machen wir AKW-Gegner es immer wieder mit? Diese Arbeit, die da rein gesteckt wird, alles für nichts und wieder nichts?

Fazit der Emsländer: »Erörterung ist Verarschung«! Es wird eine beschlossene Sache erörtert! Aber vielleicht kann man durch Erörterung erreichen, daß bestimmte Auflagen gemacht werden. Hier sehen sie speziell in Lingen Möglichkeiten über die Ems mit ihrem wenigen Wasser.

Was also ist mal wieder abgelaufen?

Werktags natürlich, damit alle Erwerbstätigen, die dabei sein wollen, sich Urlaub nehmen müssen, - für Hausfrauen mit kleinen Kindern ist es

sowieso gänzlich unmöglich, die Kinder an mehreren Tagen von 9-17 Uhr abzustellen - werktags also ist der Erörterungstermin angelaufen. Die Verhandlungsführung hatte ein graugespritzter (weißer Kragen, gestreifte Krawatte) Ministerialdirektor, ein Dr. Knollmann, der für seine saubere Arbeit Gehalt bekommt und wahrscheinlich nicht nur das. Ihm zur Seite saßen eine Menge ebenso glatter, farbloser Beamter des Sozialministeriums und die Herren Gutachter.

Alle Forderungen der Bürgerinitiativen wurden abgeschmettert; z.B. daß auch die Niederländer einwenden dürfen, nein, sie dürfen lediglich ihre Erklärung im Namen von 4000 Einwendern vorlesen und dann als Gäste teilnehmen, aber nicht reden. Sie klebten Tesa-krepp über ihre Mäuler und führten ein Transparent mit, auf dem zu lesen stand »Niederländer dürfen nicht einsprechen, sondern nur betroffen sein!«

Anhörung ist Verarschung

Auch der 'zufällig' am selben Tag stattfindende Erörterungstermin für die geplante Urananreicherungsanlage in Gronau wurde nicht verlegt, warum auch, denn so können die 'Doppeleinwender' wenigstens nur an einem Termin teilnehmen.

Na, und dann wurden natürlich auch die für eine sachgerechte Erörterung notwendigen Gutachten nicht offengelegt, ebenso blieben die Katastrophenpläne in verschlossenen Schubladen... Schließlich wurde es den Beamten zu bunt mit den ganzen Forderungen; sie stellten kurzerhand das Mikrophon im Saal ab und begannen den 1. Tagesordnungspunkt 'zu erörtern'. Unruhe - Protest - Tumult - Vertagung der Verhandlung auf den Nachmittag. Der dann eingereichte Befangenheitsantrag gegen Knollmann wurde zurückgewiesen. Die Einwender verlassen gemeinsam den Saal.

Knollmann verhandelt weiter... An den nächsten Tagen nahmen nur noch einige Beobachter der Bürgerinitiativen teil und versuchten, den Erfahrungen des ersten Tages zum Trotz, noch inhaltlich zu erörtern. Dieses wurde jedoch wiederum durch den Verhandlungsleiter unmöglich gemacht. Er entsprach keiner inhaltlichen Forderung, die Stellungnahmen der Betreiber reichten von stupider Abwimmerei bis hin zu Beleidigungen.

Zwei Wochen später, zum wasserrechtlichen Erörterungstermin, die gleichen schlechten Bedingungen. Dennoch entschloß man sich, allerdings unter dauerndem Protest, inhaltlich mitzumachen. Es schien den BIs wichtig, in Hinblick auf die lokale Presse zu zeigen, daß AKW-Gegner auch fachlich erörtern können.

Das ist wohl auch offensichtlich geworden, da im Verlauf der Erörterung doch eine Anzahl von Knackpunkten aufgedeckt werden konnten:

- die für Lingen II beantragten Abgabewerte entsprechen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik; sie übertreffen die Abgabewerte des rund 10 Jahre älteren AKWs Esenshamm um das 2-8fache,
- es wurde deutlich, daß erheblich mehr Radioaktivität zurückgehalten werden könnte (Lagerung des radioaktiven Abwassers in Tanks und damit Abklingen von Jod 131, Verdampfen des radioaktiven Abwassers, mehr und bessere Filter, ...),
- zu hohe Radioaktivitätskonzentration in der Ems bei Niedrigwasserführung
- Notwendigkeit eines Wärmelastplans für die Ems,
- Aufdeckung der grundlegenden Fragen, wie weit darf ein Fluß erwärmt werden, wie hoch darf die Salzkonzentration sein u.v.a. mehr.

Ob sich die Genehmigungsbehörde mit diesen kritischen Punkten im Sinne der AKW-Gegner auseinandersetzen wird, bleibt wie immer fraglich.

Frust machte sich immer wieder breit, wenn man sah, mit welcher Selbstgefälligkeit 'zur Kenntnis genommen wurde' oder §§ zur Abwimmelung runtergeleiert wurden.

Wieder zwei Wochen später lief ein 'alternativer Erörterungstermin', der trotz Einladungen an die Genehmigungsbehörde, Betreiber, Parteipolitiker und andere im engsten Kreis der AKW-Gegner stattfand, die dann lieber über weitere Maßnahmen diskutierten.

Was tun?

Neben einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit der emsländischen BIs vor Ort brauchen sie bei größeren Aktionen - wie sie zur Verzögerung des Baus notwendig sind - die aktive Unterstützung vieler AKW-Gegner. Eine Möglichkeit sind Geldspenden für Gerichtsverfahren und Aktionen, eine weitere besteht darin, Informationen über Lingen weiterzugeben (z.B. auch Veranstaltungen über Lingen mit Vertretern der BIs) oder Kontakt aufzunehmen, um weitere Informationen zu erhalten.

Im Emsland gibt es viel zu tun, die Atomlobby hat hier große Pläne für eine Atomprovinz Emsland!

Kontaktadresse:
Werner Bußmann
Gartenstr. 52
4478 Geeste

Spendenkonto:
Volksbank
Bawinkel
Kto.-Nr. 3089



Seit ein paar Jahren gibt es in Bremen die Zeitung »Caramba«. Ursprünglich konzipiert als Diskussionsforum für die Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen (BBA) und als Rostlöser ('Caramba') für deren verkrustete Strukturen, fand das Blatt jedoch weder innerhalb noch außerhalb Bremens den von der Redaktion erhofften Zuspruch. Langer Einleitung kurzer Sinn: 'Caramba' erscheint zukünftig nicht mehr als eigenständige Zeitung, sondern als Atom Express Beilage für den Raum Bremen. Die 'Caramba'-Leute schreiben dazu: »Wir haben überlegt, ob es nicht sinnvoll ist, eine nach außen gerichtete Zeitung zu erstellen, die über Atomenergie und allgemeine Umweltgefahren berichtet ... Da aber der bunte Blätterwald nicht noch um ein weiteres Blatt ergänzt werden soll, wollen wir vor allem den Atom Express als Zeitung der Initiativen gegen Atomenergie in Bremen verstärkt vertreiben. Ein eigenständiges regionales Blatt ... zu erstellen, erscheint uns nicht möglich ... Nun, was blieb, war die Idee, den Atom Express regional durch eine Beilage zu ergänzen ...«

Die Beilage soll folgende Inhaltsschwerpunkte haben: Hinweise und Termine für die Region Bremen, Aktivitäten und Aktionen der BBA, Energieversorgung in Bremen, allgemeine Umweltprobleme sowie Auseinandersetzungen mit neueren Techniken im AKW-Bereich wie Baulinie 80, Kompaktlager etc..

Wir fanden die Idee gut, zumal der Atom Express in Bremen ohnehin außerordentlich weit verbreitet ist. Bei einem Treffen Anfang September haben wir versucht, die technischen und organisatorischen Probleme in den Griff zu kriegen. Was draus wird, muß sich in den nächsten Monaten zeigen.

P.S. Die Änderungen im Impressum haben wir vorgenommen, weil wir planen, den Atom Express ab der nächsten Nummer als Postvertriebsstück zu verschicken. Das ist erheblich billiger, allerdings an bestimmte Auflagen gebunden. Mehr dazu im nächsten Heft.



Erörterungstermin in Lingen	2
Hessen	
Kompaktlagerung für Biblis verboten	4
WAA-Standort Wethen gekippt	5
Interview mit Mitarbeiter des Anti-Atom-Büros Diemelstadt	6
Großes Fest in Wethen am 19.9.	9
Friedensdemonstration 10.10. in Bonn	
Alternativer Aufruf für die Demonstration	10
Ergebnisse des Treffens vom 19.9. - Gemeinsame Erklärung	11
Weg von den Supermächten - Gedanken zur Kriegsgefahr	12
Zur inhaltlichen Auseinandersetzung - ein Diskussionsbeitrag	15
Gorleben	
Vorläufiges Aus für's Zwischenlager -	
Aktionstage 1.10. - 4.10.	18
Endlager passe?	19
Hiroshima	
Radioaktivität gefährlicher als bisher angenommen	20
Schacht Konrad - Nadelöhr für die Atomindustrie	
22	
Kriminalisierung	
Unser Widerstand geht weiter - er läßt sich nicht verbieten	24
Übersicht über Bußgeldbescheide, Strafbefehle,	
Anklagen, Ermittlungsverfahren	26
Prozeßklärung von Ralf	28
Markus über seine Erfahrungen im Zusammenhang	
mit der "Mordversuchsgeschichte"	29
Jede Bewegung ist so stark, wie sie sich zu ihren	
Gefangenen und Verfolgten verhält ...	
Michael seit 6 Monaten im Knast	31
Wyhl-Prozeß	
34	
Kraft-Wärme-Koppelung	
Chance für 'alternativen' Weg?	36
Uranabbau	
41	
Kalkar-Fest und die Folgen	
42	
Energiebroschüre - Der Vordruck ist da!	
46	
Leserbriefe	
47	

Impressum:

Der Atom Express erscheint zweimonatlich und wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.'

Marienstr. 10
3400 Göttingen

Der Atom Express kostet DM 2,-

Ein **Abonnement** kostet DM 10,- für fünf Ausgaben incl. Porto, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren je DM 1,30.

Überweisungen bitte auf folgendes Konto:

Ulrich Blömer
-Sonderkonto-
PschA Hannover: 344264-304

Anschrift der Redaktionsgruppe:
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
-Redaktion-
Postfach 45
3400 Göttingen
Tel.: 0551/7700158

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Bernd, Christine, Dieter, Erich, Jürgen, Kirsten,
Lutz, Ortrud, Reimar, Wilhelm, Wolfgang, Jens,
Uli, Outi, Thomas, Jan.

In eigener Sache

Nun ist es soweit: Der Atom Express kostet ab sofort 2,- DM, für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer 1,30 DM. Warum? Der Atom Express hat sich immer mehr oder weniger selbst getragen, d.h., es wurden weder Gewinne erzielt, noch mußten wir allzuviel dazuschießen. Damit ist aber seit der letzten Nummer Schluß: bei der Abrechnung stellten wir ein erhebliches Minus fest. Die Gründe dafür liegen in den gestiegenen Produktionskosten; außerdem haben wir uns bei den letzten Ausgaben nicht mehr an unser selbstgesetztes Limit von 40 Seiten gehalten. Im Vergleich mit anderen Zeitungen sind 2,- DM aber immer noch recht billig - finden wir jedenfalls. Außerdem wollen wir noch mal zu bedenken geben, daß der Atom Express über keinerlei Einkünfte aus Anzeigen verfü gt!

KOMPAKTLAGER BIBLIS VERRBOTEN

Dieser leicht gekürzte Artikel wurde uns von Hans aus Darmstadt geschickt!

In der Woche vom 31.8. bis 4.9.1981 fand vor dem Verwaltungsgericht in Darmstadt die mündliche Verhandlung in den Verfahren gegen die Kompaktlagerung in den Atomkraftwerken Biblis Block A und B statt. Insgesamt 15 Personen haben Klage gegen die Genehmigungen des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik erhoben, wonach dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE) die Lagerung von Atommüll in den beiden Atomkraftwerken erlaubt wurde. Der Prozeß war zunächst auf drei Verhandlungstage angesetzt worden; am 31.8. und 1.9.1981 wurden juristische Fragen, insbesondere die Frage der Genehmigungsfähigkeit der Kompaktlagerung, verhandelt. Am 3.9.1981 sollten die Gefahren der Kompaktlagerung erörtert werden. Doch dazu kam es nicht mehr: der dritte Verhandlungstag wurde in eine Urteilsverkündung umgewandelt - **die Kompaktlagerung wurde verboten, da im Gesetz dafür keine Rechtsgrundlage besteht!**

Das Urteil des Verwaltungsgerichts in Darmstadt ist nicht allein deshalb wichtig, weil es eines der wenigen für AKW-Gegner positiven Entscheidungen ist. Die besondere Bedeutung, die diesem Verfahren zukam, ergibt sich aus zwei Momenten: Ist dieses Gerichtsverfahren doch das erste einer ganzen Reihe von Verfahren, die sich mit der Kompaktlagerung zu beschäftigen haben; außerdem stand nicht nur die Kompaktlagerung zur Entscheidung, sondern damit auch die grundsätzliche Frage der 'mittelfristigen Entsorgung' von Atomkraftwerken.

Fotos: „Spaziergang“ nach Biblis



Schon seit Jahren haben die Bürgerinitiativen (ohne Erfolg) darauf hingewiesen, daß die Schaffung eines Zwischenlagers im AKW rechtlich wie sicherheitstechnisch nicht möglich ist. Dieser Meinung hat sich nunmehr das Verwaltungsgericht Darmstadt in seinem Urteil angeschlossen. Es hat unmißverständlich klargestellt, daß das Atomgesetz zwischen Betriebsstätte (AKW) und 'Entsorgungs'-Stätte (dazu gehört ein Zwischenlager) unterscheidet und daher eine Lagerung von abgebrannten Brennelementen nur solange im

AKW möglich ist, wie diese zur Transportfähigkeit abklingen müssen. Nach dieser Abklingphase (das Gericht legt sich hierbei nicht auf eine bestimmte Zeit fest, nennt aber als maximale Lagerungsdauer zwei Jahre) müssen die abgebrannten Brennelemente aus dem Atomkraftwerk entfernt werden. Ansonsten würde nämlich das AKW zur kombinierten Betriebs- und Lagerstätte, obwohl nach dem Atomgesetz eine Atomanlage nur einem Zweck dienen kann. Das Verwaltungsgericht Darmstadt hat in seiner mündlichen Urteilsbegründung auch nicht seine Kritik an der bisher geübten 'Entsorgung' zurückgehalten und dem Staat vorgeworfen, mit deren Völlzug im Rückstand zu sein. In der Kompaktlagerung selbst sehen die Richter aber keine 'Entsorgung' der Atomkraftwerke.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Darmstadt bedeutet den Zusammenbruch des notdürftig zusammengebastelten 'Entsorgungsmodells'. Den Betreibern fehlt damit ein unbedingt notwendiges Zwischenlager, und das heißt Betriebsstilllegung, wenn sie nicht doch noch einigen Atommüll nach La Hague schaffen können. Für Biblis B dürfte dies zumindest die zeitweilige Stilllegung bedeuten, bis die RWE im Abklingbecken wieder etwas Platz geschaffen hat. Streng juristisch gesehen hat das Urteil des Darmstädter Gerichts nur Wirkung auf den Einzelfall, also für Biblis. Da dieses Gerichtsverfahren jedoch das erste Kompaktlagerverfahren war, das bisher stattfand, hat das Urteil selbstverständlich Präjudizwirkung auf alle nachfolgen-



che Begründungen (sicherheits-)technischer Art. Außerdem sind die Gerichte selbstverständlich gar nicht so erpicht darauf, die Unfähigkeit der Betreiber und der Genehmigungsbehörden in Sachen 'Entsorgung' auszubügeln und ihnen sozusagen als Steigbügelhalter zu dienen.

Sollte sich also die Meinung des Verwaltungsgerichtes in Darmstadt durchsetzen, dann sieht es für die Betreiber in der Bundesrepublik ziemlich düster aus. Denn außer in Biblis Block A und B steht die Kompaktlagerung in unzähligen anderen Kraftwerken zur gerichtlichen Disposition: So sind inzwischen bei allen neu beantragten AKW's die Kompaktlager gleich mit beantragt worden (Lingen II, Neckarwestheim II, Ohu II, Biblis C und Neupotz), bei einer Großzahl alter oder im Bau befindlicher AKW's ist der nachträgliche Einbau vorgesehen (Ohu I, Phillipsburg I und II, Esensham, Grohnde, Grafenrheinfeld, Brokdorf, Muhlheim-Kärlich und Gundremmingen I und II). Sollten sich die Gerichte insgesamt oder zumindest überwiegend der Darmstädter Ansicht anschließen, hieße dies, daß die Betreiber ihren Atommüll endgültig nicht mehr losbekämen und damit den Laden mehr oder minder zu machen müßten. Zudem stünden sie ohne den erforderlichen Entsorgungsnachweis da, was den Widerruf der Betriebsgenehmigungen der laufenden AKW's zur Folge haben muß.

Die Auseinandersetzungen um die Kompaktlagerung erhalten daher einen zentralen Stellenwert bei der Fortführung des Atomprogramms. Da bei den Betreibern aufgrund dieses Urteils Angst und Unsicherheit darüber herrscht, ob sie die Kompaktlagerung überhaupt durchführen können, werden sie außerdem ganz sicherlich ihre Bemühungen zur Schaffung externer Zwischenlager in Ahaus und Gorleben verstärken.

WAA-Standort Wethen gekippt!



Die hessische Landesregierung hat am 18.8.81 ziemlich überraschend die Ablehnung des geplanten WAA-Standortes Eichholz im nordhessischen Diemelstadt-Wethen bekannt gegeben. Gleichzeitig beauftragte sich Wirtschaftsminister Hoffie, zu versichern, daß die "unveränderte Bereitschaft Hessens, den Bau einer industriell betriebenen WAA zu prüfen" (HNA, 19.8.) weiter bestehe. "Dazu sind wir im Interesse einer gesicherten Energieversorgung ebenso wie einer gesicherten Entsorgungskette verpflichtet" (Hoffie; FR, 19.8.). Die WAA-Pläne in Hessen bestehen also unverändert weiter. Natürlich - naiv, wer einen kurzen Moment lang etwas anderes glaubte.

Und so dreht sich das Standort - Roulett von neuem. Die DWK (Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) kann mit einer langen Liste gleich (un?) geeigneter Flächen für einen neuen Standort aufwarten, auch Flächen, die schon früher in Erwägung gezogen worden waren. Gleichzeitig hat die DWK, dem BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) zufolge, einen kompletten Standortbericht für die hessische Gemeinde Merenberg im Kreis Limburg/Weilburg ausgearbeitet. Selbst Diemelstadt ist als Standort noch nicht endgültig vom Tisch.

Die Absage der Landesregierung bezieht sich lediglich auf den Standort Eichholz, des weiteren gibt es noch 3 mögliche Standorte in Diemelstadt - einer fällt sogar wieder in die Gemarkung Wethen. Aber auch andere Standorte in unmittelbarer Nähe von Diemelstadt/Volkmarsen sind im Gespräch. Der Geschäftsführer der Außenstelle Kassel der DWK Salander wies neben neuen Standortprüfungen in Nordhessen besonders auf das Gebiet des rheinisch-westfälischen Schiefergebirges als mögliche Standortgegend, also auf Westhessen, hin (HNA, 26.8.)

Von offizieller Seite werden für die Ablehnung geologische Gründe benannt. Es sei eine muldenartige Geländesenke auf dem vorgesehenen Betriebsgelände entdeckt worden, die durch 'Subrosion' entstanden sei. Dabei entstehen durch Auslaugung löslichen Gesteins durch Grundwasser Hohlräume, die zum Einsturz darüberliegender Erdmassen führen können. Die Erdoberfläche kann abrupt abbrechen. Bautechnisch sind diese Vorgänge nicht zu beherrschen.

Und das ist nur mehr oder weniger zufällig bekannt geworden durch eine Kartographierungskommission, die schon seit 5 Jahren in Hessen unterwegs ist, mit dem Bau der WAA nichts zu

tun hat, sondern gerade routinemäßig im Waldeckischen aufgetaucht war. Die DWK hatte vorher keinerlei geologische Bedenken gegen den Standort geäußert. Sie hielt es offenbar nicht für nötig, sich über Mindestvoraussetzungen für die Eignung eines zukünftigen Standorts - seine geologische Beschaffenheit - eingehender zu informieren. Was für eine ungeheure Schlamperlei bereits während der Untersuchungen in der langen Vorprüfphase geherrscht hat, wird hier deutlich und läßt Schlimmes ahnen!

Auf der anderen Seite hat am 8. April 81 ein Arbeitsgespräch zwischen dem hessischen Landesamt für Bodenforschung und Mitarbeitern der DWK stattgefunden, woraufhin ein Aktenvermerk beim Landesamt angelegt wurde, der auf 'mögliche Subrosionsvorgänge' hinweist (HNA, 20.8.). Sollte die DWK etwa in voller Kenntnis der Sachlage den Standort beantragt haben? Des wäre eine Menschenverachtung ohne gleichen.

Foto: Wandschmuck in Wethen



Das Bekanntwerden der geologischen Mängel des Standortes kam der hessischen Landesregierung sicherlich willkommen. Es kann sich nicht noch einmal eine Landesregierung - wie in Niedersachsen geschehen - erlauben, die Errichtung einer WAA für politisch nicht durchsetzbar zu erklären. Darum muß die Geologie als Begründung erhalten. Denn sonst könnten sie ihre WAA-Pläne - und nicht nur die - einpacken. Neben der von offizieller Seite so herausgestellten geologischen Bedingtheit der Standortsablehnung spielen nämlich andere Dinge eine ganz wesentliche Rolle:

- Nachdem Volkmarsen als möglicher Standort publik wurde, erreichte dort innerhalb kürzester Zeit die BI bei den Kommunalwahlen ca 42% aller Stimmen. Sie hatte nur einen Programmpunkt: Nein zur WAA!
- Innerhalb der gesamten Bevölkerung stießen die WAA-Pläne auf einhellige Ablehnung.
- Seit Bekanntgabe des Standortes gründeten sich in der Umgebung massenhaft BI's
- Die Vorbereitungen zu einer Großdemonstration gegen die WAA waren fortgeschritten.
- Die Zusammenarbeit von WAA-Gegnern und Startbahn-West-Gegnern hatte begonnen und wird weiter ausgebaut.

Die WAA in Wethen, Startbahn-West, Biblis C und Kompaktlager - entschiedener Widerstand tritt der hessischen Landesregierung überall entgegen. Es ist ihr offensichtlich nicht möglich, an mehreren Stellen gleichzeitig ihre umfeldfeindliche Politik durchzusetzen. Wo sie jetzt schon den Rückzug antritt, bringen wir sie doch dazu, ihre skandalöse Umweltpolitik ganz aufzugeben! Das Anti-Atom-Büro in Wethen versichert jedenfalls, daß es seine Arbeit nicht aufgeben wird, genauso wenig die BI gegen atomare Wiederaufbereitungsanlagen in Diemelstadt, deren Sprecher ankündigt, daß das Engagement für Wethen in Aktivitäten der Solidarität für die Betroffenen in anderen Regionen umschlagen wird.

»Hier in Wethen haben wir die WAA zertreten«

Interview mit Franz und Ulla vom Anti-Atom-Büro Diemelstadt

Am 8. September haben wir mit Franz und Ulla vom Anti-Atom-Büro Diemelstadt ein Interview über die Situation in Wethen vor und nach der Standortbenennung geführt.

Ihr seit schon seit langem AKW-Gegner. Beschreibt bitte eure Situation, bevor Volkmarsen und Wethen als WAA-Standorte benannt worden sind.

Franz: Da muß ich ein ganzes Stück zurückgehen, bis zum Januar 1980. Zu der Zeit haben wir mit ein paar Leuten das Anti-Atom-Büro Diemelstadt gegründet. Schwerpunktmäßig haben wir zu Wür-gassen, zu Borken und zu Gorleben gearbeitet. In Gorleben haben wir unsere meisten Erfahrungen mit Widerstand und Aktionsmöglichkeiten gemacht. Wir sind oft oben gewesen, haben mit vielen Leuten von dort geredet und haben so einen sehr guten Überblick gekriegt, weil ja auch ständig was los war. Weiterhin haben wir uns durch die Treffen - Nordhessenkonferenz, hess. Lan-

Uns interessierte dabei vor allem die Entwicklung des regionalen Widerstandes. Wie hat alles angefangen? Wie sieht's heute aus? Wie soll es weitergehen?

deskonferenz usw. - , zu denen wir gefahren sind, einen Überblick verschafft. Wir haben uns über Biblis informiert, über den hess. Standortsicherungsplan für AKW's, über die Giftmülldeponie Mainhausen . . .

Was heißt 'wir'? Wieviel Leute wart ihr?

Franz: Zunächst nur wenige; ein Kern von 2-3 Leuten, andere sind dann immer mal wieder dazu gekommen, aber auch wieder weggeblieben. Die Hauptarbeit, das muß man sagen, lastete zu diesem Zeitpunkt auf nur einer Person.

Auf Dir?

Franz: Ja.

Wo in der Region gab es damals außerdem noch Bürgerinitiativen?

Franz: Es gab das Anti-Atom-Büro in Kassel und die BI in Korbach.

Wie gings dann weiter?

Franz: Im April 1980 sickerten die WAA-Planungen für Nordhessen durch. Kurz darauf kam Volkmarsen als möglicher Standort ins Gespräch.

Volkmarsen ist offiziell doch nie benannt worden, oder?

Franz: Offiziell nie, die DWK hat es immer wieder abgestritten. Aber wir hatten die Informationen, daß Volkmarsen DER Standort ist. Die Art und Weise, wie die DWK hier auf Veranstaltungen aufgetreten ist, hat das verdeutlicht. Wo nichts hin soll, da tauchen die auch nicht auf.

Zu dieser Zeit liefen hier sehr viele Veranstaltungen, nicht?

Franz: Ja, jede Woche 2 bis 3 Veranstaltungen in Volkmarsen, in Warburg, in der ganzen Gegend. Volkmarsen wurde auch in Presse und Fernsehen als Standort angegeben. Das war im August 80. Es entstand auch sofort eine BI in Volkmarsen, und wir waren mehr da, als hier zu Hause. Die Leute haben sich unheimlich schnell eingearbeitet. Innerhalb von wenigen Wochen waren die in der Lage, Referate zu halten, Veranstaltungen zu organisieren und Flugblätter zu schreiben. Und die konnten vor allem unheimlich gut argumentieren, das hab ich woanders in dem Maße noch nicht erlebt.

Ulla: Nur hat sich davon leider überhaupt nichts gehalten. Das sind die einzigsten gewesen, die hier an den Vorbereitungen in der letzten Zeit gar nicht mehr teilgenommen haben.

Wann haben sich die anderen BI's gegründet?

Franz: Die schossen dann wie Pilze aus dem Boden. Breuna kam dazu, Arolsen, Marsberg, Warburg, Emstal, Wolfhagen, Niederelsungen, Zierenberg. Nur in Diemelstadt lief noch wenig. Seit Februar 81 gibt es außer uns aber auch noch die BI Diemelstadt. Aber da war Volkmarsen schon wieder so gut wie vom Tisch.

Und dann kam ja bald der große Hammer mit der Standortbenennung von Wethen . . .

Franz: Ja, am 9.6.81. Aber wir hatten bereits im Dezember unseren Bürgermeister davon informiert, daß Diemelstadt, wahrscheinlich sogar Wethen, benannt wird.

Woher wußtet ihr das?

Franz: Wir hatten gute Kanäle.

Konntet ihr mit den Informationen denn arbeiten? Hat Euch denn jemand geglaubt? Der Bürgermeister hat doch sicherlich nur müde gelächelt.

Franz: Das ist richtig. Der hat gesagt, daß kann ich mir nicht vorstellen, wir sind doch Wasserschutzgebiet und Erholungsgebiet. Der macht seit 25 Jahren Kommunalpolitik, ist seit 10 Jahren Bürgermeister. Das ist hier immer ein absolut ruhiges Nest gewesen mit Viehmarkt, Schützenfest, dann wird mal ein Haus oder ein Sportplatz eingeweiht, sowas sind halt die Aufgaben eines Bürgermeisters . . .

Wie haben denn die Leute reagiert, als die Bombe tatsächlich hochging?



Franz: Wie gesagt, wir wußten ja schon, daß Wethen benannt werden würde und hatten unsentsprechend vorbereitet mit Plakaten, Flugblättern usw. und als es am 9. Juni soweit war, sind wir ab 9 Uhr morgens mit Plakaten unterm Arm von Haustür zu Haustür gezogen, haben gefragt, wer eins haben will, und bis mittags um 12 waren die Häuser alle bunt. Unser Bürgermeister war völlig aus dem Häuschen. Ich glaub, der war ganz froh, daß von uns schon so viel Widerstand lief. In kürzester Zeit waren die Langhaarigen etabliert, bei den Leuten hier sind sehr schnell soziale Schranken gefallen. Die Leute von hier sind dann auch in andere Orte zu Veranstaltungen gefahren.

In Gorleben z.B. gibts außer der BI ja noch andere Widerstandsgruppen, die bäuerliche Notgemeinschaft, die Gorlebenfrauen, Ärzte gegen Atomenergie usw. Wie ist denn das hier gewesen? Haben sich hier Gruppen außerhalb der BIs gegründet und wie haben sich die Berufs- und Ständeorganisationen, Bauernverband usw. verhalten?

Franz: Hier ging das alles sehr sehr schnell. In Gorleben ist der Widerstand über mehrere Jahre zusammengewachsen, hier in Wethen waren es gerade zweieinhalb Monate zwischen Standortbenennen und wieder Fallenlassen. Es gab hier allerdings auch Ideen für eine bäuerliche Notgemeinschaft und für Wethen-Frauen . . . Und es gab ja auch Aktionen, die nur von den Bauern organisiert worden sind, die Treckerdemonstration ins Eichholz ein paar Tage nach der Standortbenennung, nach der ersten Demonstration . . .

. . . am Tag, als Wethen benannt wurde?

Franz: Ja, am gleichen Abend. Und auf der

Treckerdemonstration waren über 500 Schlepper. Das war die erste Aktion der Bauern. Und die Wethener Frauen sind mit buntplakatierten Autos durch die Dörfer gefahren, haben geklingelt - sich als Wethener Frauen vorgestellt. Alle Türen wurden ihnen geöffnet. An einem Nachmittag waren sie in 123 Häusern, haben mit den Leuten geklönt, ihnen Plakate gegeben usw. Das lief ziemlich gut. Und die Frauen wollen sich auch weiter treffen und weiter was zusammen machen. Aber dann ist der Standort ja ziemlich schnell gestorben.

Was für Leute sind denn eigentlich hier in den BIs? Du hast die Bauern erwähnt, die aktiv gewesen sind, einige Frauen, aber wie waren oder sind die BIs zusammengesetzt?

Franz: Da waren eigentlich Leute aus allen Schichten drin, Handwerker ebenso wie Schüler und Studenten oder Ärzte. Auffällig war, daß 60-70% 'Erwachsene' dabei waren, also nicht fast ausschließlich Jugendliche oder jüngere Leute.

Ulla: Was heißt 'waren'? Immerhin gibts die BIs ja noch . . .

Franz: Ja, es sind aber nur noch die ursprünglichen Kerngruppen übrig geblieben, auch hier in Diemelstadt.

Gegen wen oder was hat sich der Protest der Leute denn gerichtet? Nur gegen den Standort Wethen, gegen eine WAA auch anderswo, gegen Atomenergie allgemein, gegen die Beton- und Strahlenpolitik der hess. Landesregierung? Wie weit ging das?

Franz: Das sit schwer zu beantworten. Aber ich denke, daß vielleicht die Hälfte der Leute grundsätzlich gegen eine WAA ist und auch gegen Bi-

blis . . .

Ulla: Bei der ursprünglichen BI in Warburg wars in jedem Fall so, daß ihr Widerstand sich ausschließlich gegen eine WAA hier in der Region richtete und nicht darüber hinaus. Die haben sich in der letzten Woche deswegen auch gespalten. Die alten Vorstandsmitglieder haben da noch mal erklärt, daß das Ziel der BI, keine WAA in Wethen, erreicht wurde.

Gabs denn Bewußtseinsprozesse während des Widerstandes? Haben Leute, die anfangs nur gegen eine WAA Wethen waren, sich später auch gegen AKWs insgesamt ausgesprochen?

Ulla: Von der alten BI Warburg kann man das jedenfalls nicht sagen.

Franz: Von anderen BIs aber schon. Da ist ein ziemlicher Umdenkungsprozess in Gang gekommen. Aus Volkmarshausen z.B. wollten ursprünglich nur ganz wenige nach Brokdorf fahren, später waren es dann 2 Busse voll. Das die Leute da hin fahren und stundenlang in der Kälte rumlaufen, zeigt doch deutlich, daß sie was gerafft haben. Oder nehmt die Startbahn-West. Zu den ersten Treffen nach Waldorf bin ich noch allein gefahren, später haben wir alle das mehr und mehr miteinander verschweißt und haben z.B. die Koordination für das Volksbegehren hier in Nordhessen übernommen. Die Unterschriftenkampagne läuft hier sehr gut. Auch der Breunaer Bürgermeister unterstützt das. Ich kann mit denken, daß diese gute Zusammenarbeit mit dazu beigetragen hat, daß der Standort Wethen gekippt ist. Startbahn-West, WAA und Biblis - das ist für die zuviel auf einmal. Und das noch vor den Landtagswahlen.

Nochmal zurück. Du hast bereits zwei Aktionen genannt, die nach der Standortbenennung gelaufen sind. Was habt ihr sonst noch gemacht?

Franz: Einmal den Stafettenlauf nach Wiesbaden, und dann vor allem viel Kleinarbeit. Wir haben z.B. die BI-Konferenzen hierher geholt, damit die Bevölkerung mehr Kontakt mit den 'langhaarigen Chaoten' kriegt. Dann gabs noch mal eine Demo von den Jusos und eine Luftballonaktion mit 150 Leuten. Und ansonsten halt die vielen täglichen Gespräche. An der Kasse beim Kaufmann gings früher um das neue Kleid der Nachbarin, später war das Thema dann nur noch die WAA. Seitdem scheuten sich auch viele Einzelmische nicht mehr, mal hier ins Anti-Atom-Büro zu kommen und sich Infos abzuholen.

Ein großer Teil eurer Aktivitäten war ja auf die Großdemonstration am 19.9. zugeschnitten. Es war ja abzusehen, daß mit dieser einen Großaktion die WAA nicht vom Tisch sein würde, auch wenn es jetzt anders gekommen ist. Was für weitere und weitergehendere Widerstandsaktionen habt ihr darüberhinaus diskutiert?

Franz: Die Demo sollte ein Startschuß sein. Wir wollten weiter Informationsveranstaltungen in den Dörfern machen mit Filmen, Referaten und Diskussionsabenden. Dann hatten wir einen Schulboykott erwogen. Die Eltern sollten aufgefordert werden, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken, wenn Wethen Standort bleibt. Dann noch eine Müllaktion.

Und wie aktiv war die DWK hier?

Ulla: Die haben reichlich Postwurfsendungen gemacht.

Franz: Die Geschäftsleute haben Briefe gekriegt mit Einladungen, doch mal im DWK-Büro (in Rhoden) vorbeizuschauen. Und mit ihrem Medienbus sind sie unterwegs gewesen in Warburg, Volkmarshausen, Arolsen, überall. Aber das sind ja die letzten Leute, jeder von den DWK-Angestellten kennt sich höchstens in seinem kleinen Teilbereich aus, und wenn man was anderes anspricht, dann verweist der einen an jemand anders. Auf Fragen können die überhaupt nicht antworten.



Franz Jakob mit seiner Lieblingslektüre

Großes Treffen in Diemelstadt

Meerenberg neuer WAA-Standort . .

„Angesichts der veränderten Sachlage verzichten die Bürgerinitiativen auf die für den 19.9. geplante Großdemonstration! Der 19.9. soll dazu benutzt werden, allen verantwortlichen Menschen zu zeigen, daß wir nach wie vor gegen das Atomprogramm, gegen umweltfeindliche Beton- und Strahlenpolitik sind... Um Sie und alle Menschen in der Anti-AKW-Bewegung zu stärken und zu vereinen, um sich kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen, miteinander zu feiern, soll am 19.9.81 ein Treffen stattfinden, zu dem alle Bürger herzlich eingeladen sind“, hieß es in dem Einladungsflyer der örtlichen BIs – und viele hundert Menschen kamen!

Schon am Vormittag herrschte auf dem Vorplatz der Festhalle in Rhoden – einem Ortsteil Diemelstadts – ein buntes Treiben. Büchertische von nordhessischen BIs, den Frauen gegen Atom, von Startbahn – West – Gruppen, ein paar (nicht nur alternative) Imbißbuden, Demonstration von Sonnenkollektoren, Solarzellentechnik, Fernsehen, Presseleute, Kinder, Bauern und Freaks, sowie zunehmend mehr Aktivisten aus allen Regionen Hessens und darüberhinaus.

Mit einiger Verspätung ging kurz nach Mittag das offizielle Programm los. Im Mittelpunkt stand dabei eine Podiumsveranstaltung, bei der AKW-Gegner von verschiedenen Standorten über die Situation in ihrer Gegend berichteten. Zu Beginn hielt der Breunaer SPD-Bürgermeister Hartmann eine kämpferische Rede gegen Atomenergie, Wiederaufbereitung und die hessische Landesregierung. Er rief dazu auf, auch nachdem „Aus“ für Wethen nicht in der Aufmerksamkeit und in der Widerstandsbereitschaft nachzulassen, denn „der nächste Standort kommt bestimmt“. Ein Landwirt aus Wethen faßte danach noch einmal die explosionsartige Entwicklung des örtlichen Widerstands zusammen. Die Bewußtwerdungsprozesse bei weiten Teilen der Bevölkerung schrieb er vor allem der offensichtlichen sachlichen Unkenntnis der Betreiber und Politiker zu. „Wir kamen zu dem Schluß, daß unsere Volksvertreter etwas durchsetzen wollen, von dem sie keinen blässen Schimmer haben.“

Nachdem Charlotte Garbe vom BBU-Vorstand die Grüße und Glückwünsche desselben überbracht hatte, zog Martin Mombauer (BI Lüchow-Dannenberg) eine kurze Erfolgsbilanz der Kämpfe gegen WAA und Zwischenlager im Wendland. Den Verwaltungsgerichtsbeschuß (s. Artikel dazu in diesem AE) beurteilte er hinsichtlich einer endgültigen Verhinderung des Zwischenlagers außerordentlich optimistisch. Hoffentlich behält er recht!

Delphine Brox, Grüne Bürgerschaftsabgeordnete in Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe „kein Atommüll nach La Hague“, hob in ihrem Beitrag den Betrug der Mitterand-Regierung hervor. (Im Wahlkampf war die Rede davon gewesen, La Hague nicht auszubauen, im Augenblick wird dort jedoch munter weitergebaut!) Frau Brox berichtete von dem sich ausweitenden Widerstand der französischen AKW-Gegner gegen die Anlage, der sich u.a. durch zunehmend mehr politische Behinderungsaktionen und Blockaden auszeichnet.



Büchertische...



und Informationsstände in Rhoden am 19.9.

Ein Vertreter der BI Lichtenmoor gab einen geschichtlichen Rückblick über die Kämpfe in dieser Gegend, die neben Aschendorf/Emsland und Unterlüß/Südheide zu allererst als möglicher WAA-Standort benannt worden war. Redner von örtlichen BIs verwiesen noch einmal darauf, daß „die DWK noch nicht weg ist“. Über den Widerstand gegen die Startbahn West des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens, der inzwischen die Ausmaße einer ständig wachsenden Volksbewegung angenommen hat, wurde sodann berichtet. Die 1. Phase des Volksbegehrens läuft überall auf Hochtouren und soll am 14. November mit einer Großdemonstration in Wiesbaden und der Unterschriftenübergabe einen Tag später abgeschlossen werden. Die personelle und politische Verquickung der hessischen Anti-AKW-Bewegung mit den gegen die Startbahn West arbeitenden Gruppen wurde aufgezeigt.

Martin Wentz, Physiker, AKW-Gegner und SPD-Funktionär aus Südhessen versuchte den Interessenzusammenhang der WAA- und Startbahn-Betreiber aufzuzeigen. Am Anfang seines Vortrages gab er bekannt, daß mit hoher Wahr-

scheinlichkeit die Gemeinde Merenberg im Kreis Limburg-Weilburg als neuer WAA-Standort benannt werde. Die DWK und das hessische Wirtschaftsministerium prüfen zur Zeit intensiv die geologischen, wirtschaftlichen, infrastrukturellen und politischen Bedingungen! Gleiches hatten die südhessischen Jusos einen Tag zuvor behauptet und auch in den Gesprächen am Rande wurde dieser Tip heiß gehandelt: Merenberg macht's!

Parallel zu dieser Veranstaltung wurden Dias über die Freie Republik Wendland gezeigt sowie eine Foto-Ausstellung über den Widerstand in Gorleben. In einer Kneipe liefen den ganzen Nachmittag über Filme über Atomenergie, Widerstand, an anderen Orten tagten Arbeitsgruppen.

Ein großes Fest mit Musik- und Theatergruppen, Schwoof und Stimmung sollte den Tag beenden; und so wird es wohl auch gekommen sein – leider ohne uns. Wir mußten nämlich am frühen Abend weg, um diesen Artikel noch zu schreiben und ihn im fast fertigen Atom Express unterzubringen.

Kurzes Fazit: Hessen bebt und der Widerstand lebt!

Demonstration in Bonn am 10.10. gegen den „Nach“rüstungsbeschluß

Seit dem Amtsantritt der neuen US-amerikanischen Regierung hat sich die Gefahr von kriegesischen Auseinandersetzungen in nahezu allen Regionen der Erde deutlich verschärft. Reagan, Haig, Weinberger, die NATO-Generäle und das hinter ihnen stehende Kapital haben die ökonomischen und militärstrategischen Ziele der USA neu bestimmt. Ein wesentlicher Ausdruck dieser Politik ist der Versuch, die weltweite Ausdehnung der amerikanischen Einflußzonen und die Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte mit allen Mitteln imperialistischer Politik durchzusetzen:

- diplomatische Aufwertung und Unterstützung aller Art für rassistische und faschistische Folterdiktaturen wie Südkorea oder Südafrika;
- Installierung von reaktionären Militärregierungen in „labilen“ Zonen wie der Türkei;
- Militärische Provokationen wie in Libyen und direkte Interventionen wie in Mittelamerika.

Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es feste Einflußgebiete der beiden Großmächte USA und UdSSR. Beide haben die Souveränität anderer Staaten immer wieder mißachtet (Vietnam, Chile, El Salvador, CSSR, Afghanistan).

Zur Zeit versuchen die USA mit einem gigantischen Rüstungsprogramm, gerade im atomaren Bereich, die Sowjetunion niederzurüsten. Diese wird ihrerseits versuchen, darauf eine militärische Antwort zu finden. Das tödliche Rüstungskarussell wird sich so fortsetzen. Mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß, der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missile soll Europa zum Schauplatz eines begrenzten Atomkrieges werden, mit dem Ziel, die Sowjetunion niederzuwerfen.

Die Stationierung dieser Mittelstrecken-Atomraketen müssen wir unbedingt verhindern.

Während in anderen NATO-Mitgliedsländern der Widerstand gegen die „Nachrüstung“ auch auf Regierungsebene wächst, macht sich die Bundesregierung zum eifrigsten Verfechter des Nachrüstungsdoublebeschlusses. Neben der Unterstützung der verbrecherischen US-Politik verfolgt die BRD eigenständige politische und wirtschaftliche Interessen. Dies zeigt die finanzielle und militärische Hilfe, mit der die Bundesregierung die Militärdiktatur in der Türkei stützt.

Dieser von der BRD unterstützten aggressiven Politik nach außen entspricht nach innen eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft: öffentliche Rekrutenvereidigungen, Frauen zur Bundeswehr usw..

Der Widerstand gegen diese Politik, wie etwa am 6. Mai 1980 in Bremen, wird massiv verfolgt und kriminalisiert. So wurden bei der Anti-Haig-Demonstration in Berlin etwa hundert Personen ohne jede Begründung in Vorbeugehaft genommen.

Solange die USA uns zum Schlachtfeld machen wollen, solange sie ihre Soldaten und Raketen hier stationiert haben, solange werden wir im Kriegsfall den Kopf hinhalten müssen, auch ohne Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe. Die Bundesrepublik muß deshalb eine Politik der Blockfreiheit anstreben. Das kann nur durch eine Trennung von den USA und der NATO erreicht werden. Erst wenn die Forderung nach Auflösung von NATO und Warschauer Pakt erfüllt ist und Europa zu einer atomwaffenfreien Zone geworden ist, besteht Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa.

Wir verstehen unter Friedenspolitik eine Politik,

- die eine Gesellschaft anstrebt, in der es Gewalt von Menschen gegen Menschen, Ausbeutung der Menschen durch den Menschen und Raubbau an der Natur nicht mehr geben wird.
- die darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Verhältnisse zu erreichen, die im Inneren aller Länder Selbstbestimmung und Freiheit über herrschenden Gewaltverhältnissen bedeuten.
- die darauf zielt, daß alle Völker und Länder ihren eigenen Entwicklungsweg nehmen und selbst bestimmen können.
- die sich gegen alle Formen von Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung wendet und den Abzug aller fremden Truppen von fremden Territorien fordert.

Der Kampf für Frieden und gegen Krieg ist mit der Demonstration in Bonn nicht zuende – er beginnt erst richtig. Wir rufen alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober zu beteiligen.

**Weg mit dem „Nach“rüstungsbeschluß !
Auflösung aller Militärblöcke !
Bundesrepublik raus aus der NATO !
Für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa !
Vernichtung aller Atom- und Massenvernichtungswaffen !**

Für ein eigenständiges Auftreten in Bonn !!

Wir fordern alle auf, den alternativen Aufruf in Ihren Städten und Gruppen zu diskutieren und ihn zur Grundlage der Mobilisierung zu machen.

Wir fordern alle auf, bereits vor der Demonstration die anderen Teile der Friedensbewegung auf Veranstaltungen und in Gesprächen in die inhaltliche Diskussion einzubeziehen und die Veranstalter mit unserer Kritik zu konfrontieren.

Wir fordern alle auf, in Bonn weitergehende Forderungen wie z.B.: Amis raus aus der BRD, BRD raus aus der NATO, Auflösung von NATO und Warschauer Pakt, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, Vernichtung aller Atom- und sonstigen Massenvernichtungswaffen - auf Transparenten und anders nach außen zu tragen.

Die Veranstalter erklären, es dürften "keine beleidigenden Texte" mitgeführt und "keine politischen Texte durch die Lautsprecherwagen" durchgesagt werden (das sind polizeiliche Auflagen). Wir fordern zum massenhaften und phantasievollen Durchbrechen dieser Auflagen auf. In Bonn darf es keine Friedhofsruhe geben.

Wir haben die Veranstalter aufgefor-

dert, einen Redner des Teils der Friedensbewegung, der diesen weitergehenden Aufruf unterstützt, auf der Hauptkundgebung zu Wort kommen zu lassen. Sollten die Veranstalter dies verhindern, so rufen wir dazu auf, auf der Hauptkundgebung unsere Forderungen verstärkt durch Aktionen, Transparenten und Parolen zum Ausdruck zu bringen. Anlässlich der Kundgebung zur Haig-Demo in Berlin freute sich die bürgerliche Presse darüber, daß kein Redner das Verhältnis zu den USA grundsätzlich in Frage gestellt habe. Sollte dies in Bonn ebenfalls der Fall sein, so müssen wir selbst dafür sorgen, daß die Forderung 'Amis raus aus der BRD' oder ähnliches unüberhörbar ist.

Eine Bonner Gruppe plant in den Tagen vor der Demo Aktionen in Bonn, z.B. ein 'Massensterben'. Wer mitmachen will, wende sich an: Jutta Konzelmann, Bornhermerstr. 56, 53 Bonn 1, Tel. 0228/638976.

Alle Bürgerinitiativen, Organisationen und Gruppen, die diesen Aufruf unterstützen, fordern wir auf, uns dies umgehend mitzuteilen. Telefonisch oder schriftlich an: Göttinger AK, Postfach 45, 34 Göttingen, Tel. 055/7700158

Wir sehen dieses Treffen vom 19.9. in Göttingen als möglichen Auftakt zu einer kontinuierlichen Zusammenarbeit von Friedensinitiativen aus dem 'alternativen Spektrum'. Um über die weitere Zusammenarbeit - unter anderem über einen möglichen Bundeskongreß Anfang 1982 - zu beraten, soll am 17. Oktober ein weiteres Treffen stattfinden. Interessierte wenden sich bitte an: M. Hülsmann, Burgstr. 3, 34 Göttingen, Tel. 0551/42938

Massenverhaftungen vor Haig-Demo

Am 13.9.81 wurden über hundert Personen - überwiegend aus Göttingen - am Nollendorfplatz in Westberlin von der Polizei festgenommen und bis zum Abend in Haft gehalten. Sie wollten gemeinsam zum Olivaerplatz gehen, um an der größten Anti-Kriegs-Demonstration, die Westberlin in den letzten Jahren erlebt hat, teilzunehmen.

Als Grund für die Verhaftung nannte die Polizeiführung gegenüber der Frankfurter Rundschau: „Habitus, äußere Erscheinungsweise und aggressives Verhalten“. Das erinnert schmerzlich an Zeiten, als Leute wegen ihres Aussehens - z.B. Hakennase, gekräuselte Haar o.ä. - verfolgt und eingeperrt wurden.

Den Festgenommenen wurde verweigert, einen Anwalt zu konsultieren. Der Grund der Festnahme wurde auch nicht mitgeteilt.

Diese Übergriffe der Westberliner Polizei stellen einen schwerwiegenden Eingriff in das Demonstrationsrecht dar.

Wir protestieren gegen das unrechtmäßige Vorgehen der Westberliner Polizei und fordern die sofortige Aufklärung der Vorgänge. Die Verantwortlichen der Massenverhaftung müssen zur Rechenschaft gezogen werden !!!

- Gefangene des 13. Sept. -

Auf dem Treffen waren folgende Gruppen vertreten:

Göttinger AK gegen Atomenergie, AK gegen Atomenergie Braunschweig, Bremer Bis gegen Atomanlagen (BBA), Bundesvorstand der Grünen, Krieg dem Krieg (Bremen), Verband deutscher Studentenschaften (VDS/Juso), Anti-Militarismus-Gruppe Münster, AKU Münster, BI Kassel, Stadtzeitung Kassel, Büro für Atomenergieprobleme Bochum, BI Recklinghau-

sen, KB Göttingen, KBW Frankfurt, SOdZd-Göttingen, KB Hamburg, ESG Hamburg, BUU Hamburg, Christen für Sozialismus Göttingen, Grüne Schleswig Holstein, BWK Göttingen, Initiative Sozialistische Politik Göttingen, BAUM Moers, Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Dachverband entw. Akt.-Gr. Ba.Wü., Gewaltfreie Aktion Göttingen,

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen, Reservisten verweigern den Kriegsdienst Göttingen, Kreisverband d. Grünen Gö, AKU Wuppertal, ESG-Göttingen. Zahlreiche Bürgerinitiativen und Gruppen hatten bereits vor dem Treffen schriftlich oder telefonisch die Initiative für einen alternativen Aufruf unterstützt, konnten aber am Treffen selbst nicht teilnehmen.

Gemeinsame Erklärung zur Bonn-Demonstration

Der Widerstand gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles ist der aktuelle Kristallisationspunkt der bundesdeutschen Friedensbewegung. Wir unterstützen eine gemeinsame Demonstration aller Menschen, die sich von den 'Nach'-Rüstungsbeschlüssen bedroht und betroffen fühlen.

Wir kritisieren allerdings scharf die Tatsache, daß ein Teil der Friedensbewegung von der Vorbereitung dieser Demonstration bewußt ausgeschlossen wurde, insbesondere radikale Anti-Kriegsgruppen, Bürgerinitiativen, Frauen gegen den Krieg, die gesamte Linke ...

Wir sehen die Gefahr, daß sich - wie schon einmal in den 50er Jahren - bekannte Persönlichkeiten an die Spitze der Bewegung setzen wollen, um diese in die bestehenden Parteien und Institutionen zu integrieren und ihr damit die Schärfe zu nehmen. Das kann nicht unser Interesse sein. Der zentrale Aufruf zur Bonn-Demonstration und vor allem die Redner-Liste für die Kundgebung belegen nur zu deutlich, wie weit diese Entwicklung schon vorangeschritten ist. Die Friedenspolitiker der herrschenden Parteien sollen die Inhalte der Demonstration bestimmen.

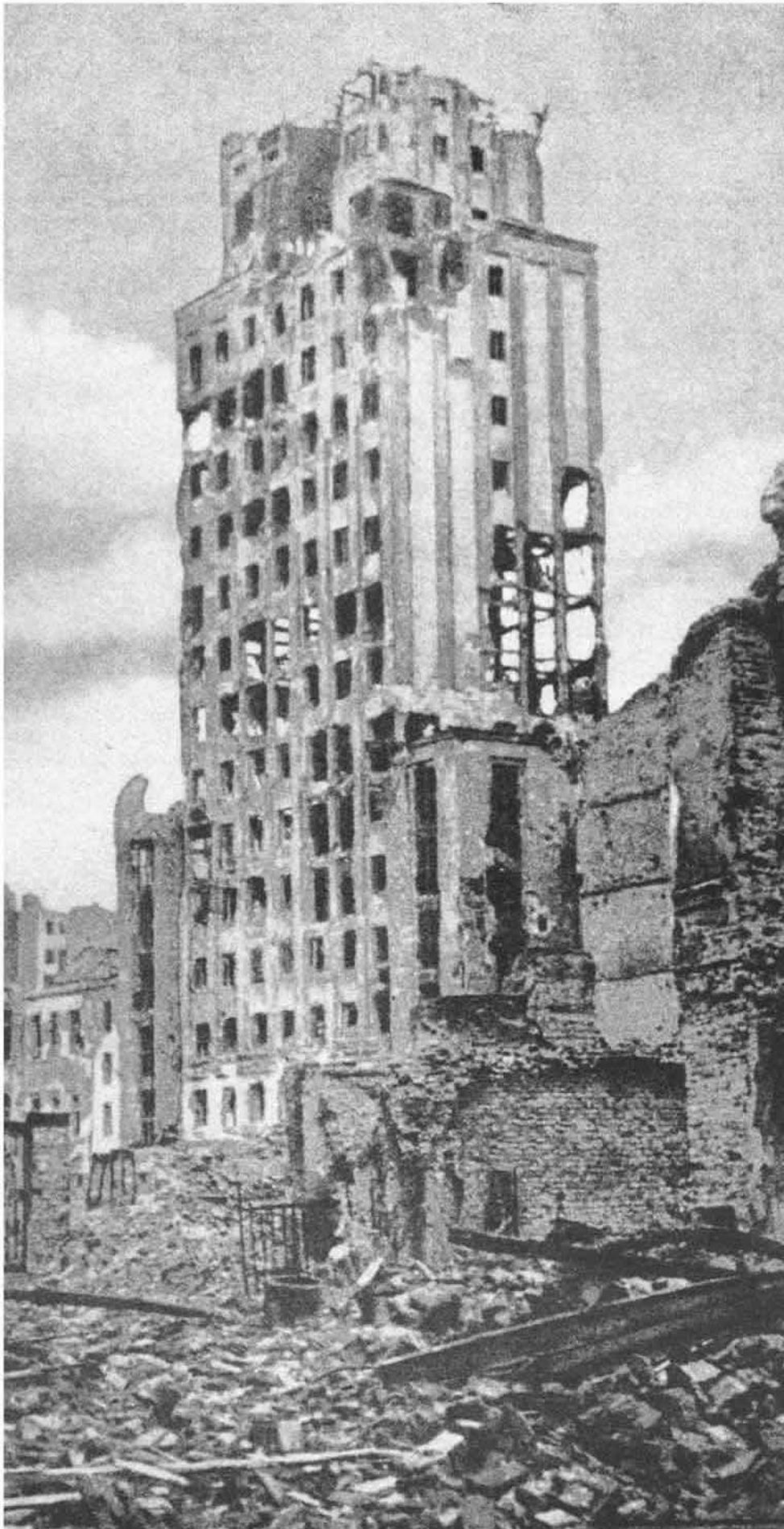
Wir kritisieren weiterhin, daß es die Veranstalter bisher abgelehnt haben, inhaltlich weitergehende Positionen zu Wort kommen zu lassen. Den Grünen und dem BBU werfen wir vor, diese Entwicklung zugelassen und durch eine fehlende Unterrichtung der Öffentlichkeit sogar mit gedeckt zu haben.

Diese Entwicklung werden wir nicht zulassen. Wir werden die Veranstalter der Demonstration mit unserer Kritik konfrontieren und eine öffentliche Debatte anregen. Wir fordern alle Menschen, Bürgerinitiativen, Organisationen und Gruppen auf, sich in die Diskussionen um die Demonstration solidarisch einzubringen. **Wir wollen die Demonstration nicht boykottieren oder sabotieren. Wir rufen jedoch dazu auf, unter einem Aufruf mit weitergehenden Forderungen zu der Demonstration zu mobilisieren und diese Positionen auch gemeinsam auszudrücken.**

Die Veranstalter fordern wir auf, alle Strömungen der Friedensbewegung bei der Kundgebung zu Wort kommen zu lassen.

WEG VON DEN SUPERMÄCHTEN!

Gedanken zur Kriegsgefahr



Während sich in der Bundesrepublik SPD und Gewerkschaften immer noch verzweifelt an die USA klammern, während sich in der BRD die Friedensbewegung schwer tut, sich aus diesem Nato- und USA-freundlichem Umfeld zu lösen und sich sogar die radikale Linke kaum traut, mit weitergehenden Überlegungen und Forderungen an die Öffentlichkeit zu gehen, währenddessen zeigen sich in Europa ernstzunehmende Entwicklungen in eine Richtung 'Weg von Supermächten'.

Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg wurde so offen die Existenzberechtigung von Nato und Warschauer Pakt in Frage gestellt. Am weitesten fortgeschritten ist diese Entwicklung sicherlich in England. Dort haben Gewerkschaften, Labour-Party und nun auch die Liberalen ihre bisherigen verteidigungs- und bündnispolitischen Grundlagen über Bord geworfen und eine grundlegende Umorientierung beschlossen, weg von der Nato, raus mit den US-Stützpunkten, für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa, für erste eigene Abrüstungsschritte. Frankreich hatte sich bereits unter De Gaulle - wenn auch aus fragwürdigen Gründen - aus der Nato abgesellt und sich gewiegert, sich unter den Nato-, und das heißt den Oberbefehl der USA, stellen zu lassen. In den kleineren Natoländern gibt es eine bedeutende Anti-Nato-Opposition, die in einigen Ländern sogar mehrheitsfähig ist. Norwegen diskutiert leidenschaftlich die Frage eines atomwaffenfreien Nordeuropa.

Die Ereignisse in Polen zeigen tiefe Risse im anderen Paktsystem. Doch nicht nur durch Polen wird die Geschlossenheit des Warschauer Paktes und der Führungsanspruch der Sowjetunion in Frage gestellt. Bereits seit Jahren nimmt Rumänien an den Manövern des Paktes nicht mehr teil. Auch Ungarn gilt als bündnispolitisch äußerst labil.

Verlassen können sich beide Supermächte am ehesten auf die beiden deutschen Staaten - wahrlich eine nationale Schande!

Allerdings gibt es auch in der BRD eine erstarrende Friedensbewegung. Der Kristallisationspunkt dieser Bewegung ist die Stationierung von Mittelstreckenraketen und die Neutronenbombe. In der deutschen Friedensbewegung müßte jedoch auch die Diskussion beginnen über eine grundsätzliche Infragestellung der verteidigungs- und bündnispolitischen Standorte der BRD.

Die historische Situation

Der zweite Weltkrieg ist nunmehr schon über 35 Jahre vorbei und noch immer gibt's keinen Zustand des Friedens in Europa. Es herrscht Waffenstillstand an der Front und ein Frontstaat sind wir. Diese Situation ist für uns so selbstverständlich, so zur Gewohnheit geworden, daß uns die Bedeutung dieses Zustandes gar nicht richtig bewußt ist. Der 2. Weltkrieg ist nämlich im gewissen Sinne gar nicht zu Ende. Nachdem das gemeinsame Ziel - die Zerschlagung des Hitlerfaschismus erreicht war - brachen unter den Siegermächten die Interessenskonflikte voll durch. Die USA und die UdSSR haben ihre Einflüßzonen danach abgesteckt, wie weit ihre Truppen in Richtung Westen bzw. Osten vorangekommen waren. Einen Teil Berlins tauschten die westlichen Siegermächte gegen andere besetzte Gebiete. Den Amerikanern war es wichtig, einen Teil der Hauptstadt zu be-

sitzen und nicht etwa aus Menschenfreundlichkeit gegenüber den Berlinern.

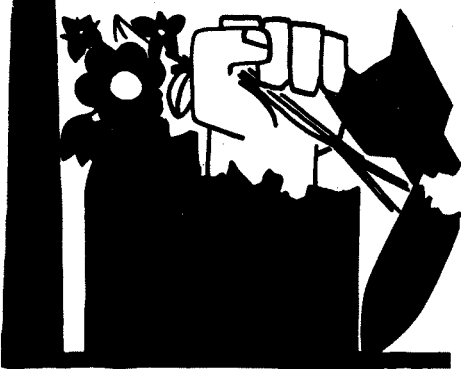
Nur wenige wissen heute noch, daß es ernstzunehmende Kräfte innerhalb der Westmächte, vor allem der USA gab, die nach Niederschlagung des 3. Reiches die Sowjetunion angreifen wollten um so der roten Gefahr, wie sie es nannten, entgültig den Garaus zu machen. Zum Glück - nicht nur für die Sowjetunion - konnten sich diese unglaublichen Pläne nicht durchsetzen. Auf der anderen Seite wollten sich die USA die Chance nicht entgehen lassen, ihren militärischen erreichten Einfluß in Europa auch politisch zu sichern. So entstand unter 'der Aufsicht und der Anleitung der USA' die Bundesrepublik Deutschland, deren Souveränität noch heute durch Verträge aus der Besatzungszeit eingeschränkt ist und auf deren Territorium die Amis praktisch machen können, was sie wollen. Diese Tatsache ist im Bewußtsein der Menschen hier kaum verankert. Erst die unverhohlene Drohung einiger Falken in den USA, sie könnten auch ohne Zustimmung der Deutschen Neutronenbomben in der BRD stationieren und einsetzen, hat manchen hellhörig gemacht.

In den Jahren nach Kriegsende gab es einige Versuche von Seiten der Sowjetunion, eine Wiedervereinigung der verschiedenen Besatzungszonen zu erreichen. Diese Versuche - unter anderem der Vorschlag für ein neutrales Deutschland - scheiterten am Veto der USA. Diese hatte ganz offensichtlich kein Interesse an einem entgültigen Friedensvertrag für Europa, der die Grenzen festgelegt hätte und auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung zu einem dauerhaften Zustand des Friedens in Europa hätte führen können.

So wurde mitten in Europa mit den beiden deutschen Staaten im Zentrum eine feste Frontlinie aufgebaut, auf deren beiden Seiten die USA und die UDSSR ihre militärische und politische Macht aufbauten. Statt eines Friedens wurde Mitteleuropa das größte Waffen- und Heerlager der Welt beschert.

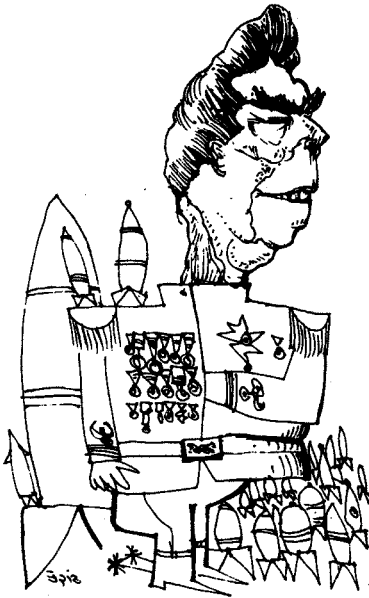
Alle bisherigen deutschen Regierungen, in Ost und West, ob CDU oder SPD regiert, haben sich in dieses 'historische Schicksal' ergeben, haben die Rolle akzeptiert, die ihnen von den USA bzw. der Sowjetunion aufgezwungen worden ist.

Atomanlagen + Atomwaffen



gemeinsam abschaffen!

Für ein neutrales Mitteleuropa, für eine neutrale BRD



Eine Politik, die nicht im Dienste der Supermächte steht und sich zwangsläufig an deren Interessen orientiert, muß neutral sein. Auch wenn es angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse utopisch klingen mag: Allein eine neutrale Bundesrepublik schützt uns so weitgehend wie möglich vor einer kriegerischen Auseinandersetzung in Europa.

Denn der Schutz, den wir jetzt durch die Nato haben, ist die Sicherheit, im Kriegsfall für die Interessen der USA sterben zu dürfen. Sollte es zu einem Krieg zwischen Nato- und Warschauer Pakt-Staaten kommen, würde die Bundesrepublik zwangsläufig zum zentralen Schlachtfeld werden. Das heißt: die Mitgliedschaft in der Nato, die Bindung an die USA, garantieren uns im Kriegsfall die weitgehendste Zerstörung der Bundesrepublik Deutschland.

Wie könnte also eine Neutralität der BRD praktisch aussehen. Folgende Schritte wären notwendig:

- der Abzug aller fremden Truppen und der Entfernung aller Massenvernichtungswaffen
- der Austritt aus der Nato
- die Kündigung aller diesbezüglichen und die Souveränität der BRD einschränkenden Rechte
- die Erklärung der Neutralität
- keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland.

Entsprechendes würde für die DDR gelten. Über die Notwendigkeit und die Inhalte eines 'alternativen' Verteidigungskonzeptes eines neutralen Deutschland müßten die Deutschen dann diskutieren und darüber selbst bestimmen.

Wie sicher wäre eine neutrale BRD?

Österreich ist seit über 25 Jahren neutral. Oder hat etwa der Austritt Griechenlands aus der Nato zum Angriff der Sowjetunion geführt? Wurde Albanien, das den Warschauer Pakt verließ, angegriffen? Nein, so einfach ist die Sache nicht. Die Schweiz und Schweden sind, sehr zu ihrem Nutzen, seit Jahrhunderten neutral. Wurden sie im ersten und zweiten Weltkrieg angegriffen? Aber die Bundesrepublik hat eine Grenze zur DDR, einem Staat des Warschauer Paktes. Das hat Österreich auch.

Die Neutralität der Bundesrepublik hätte den Vorteil, daß die Truppen des Warschauer Paktes und der Nato auseinander gerückt würden. Eine neutrale BRD würde zur Schaffung einer neutralen Zone durch Mitteleuropa, angefangen von Griechenland, über Albanien, Jugoslawien, Österreich, die Schweiz bis Schweden und zum Auseinanderrücken der Blöcke beitragen.

Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden. Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der BRD in der Nato diese Gefahr absolut, während sie durch unsre Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Auch wäre die Wahrscheinlichkeit gering, im Kriegsfall mit Massenvernichtungswaffen angegriffen zu werden.



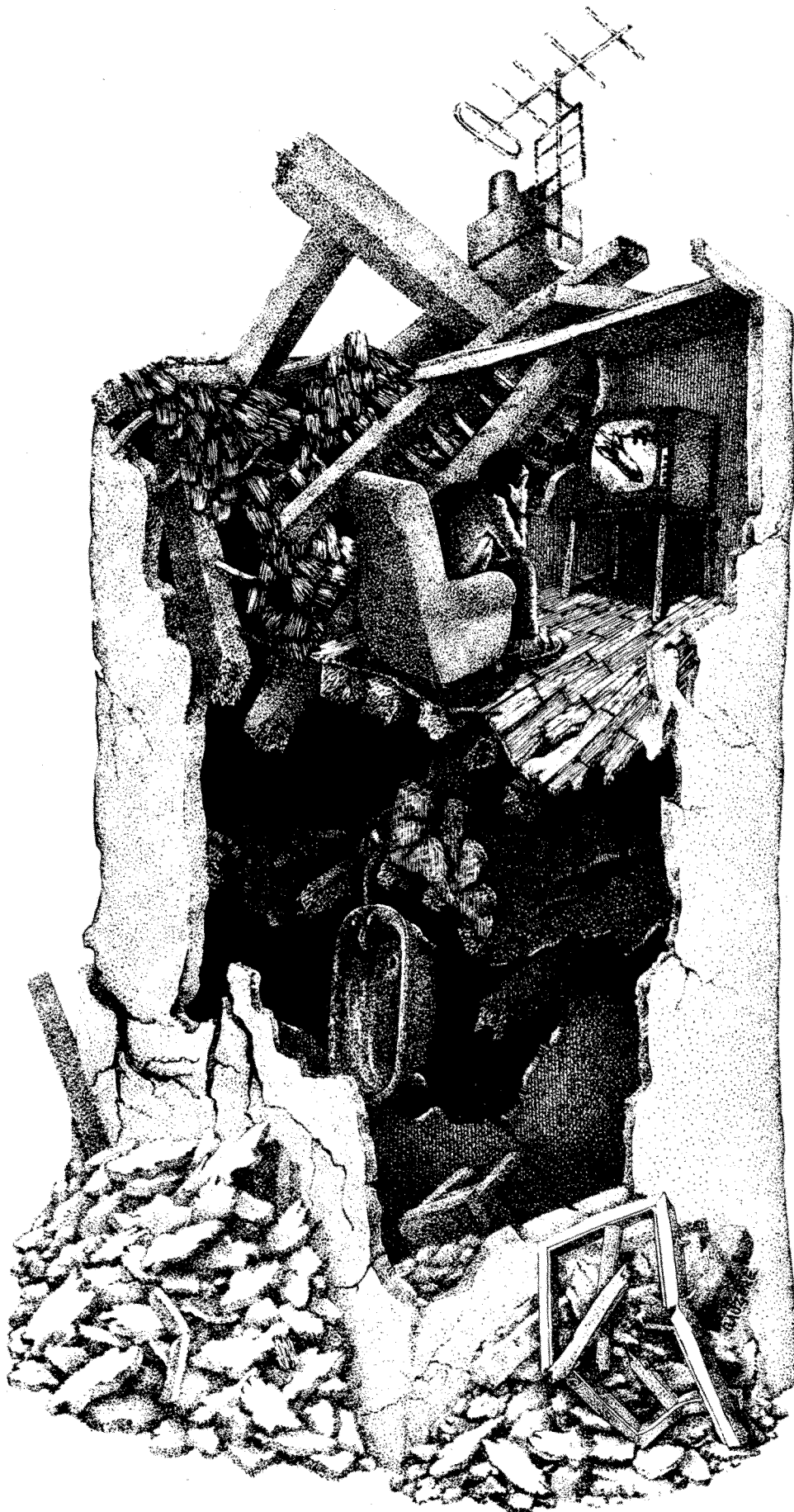
Es gibt nichts Wichtigeres als den Frieden.

Für eine politische Friedensbewegung

Allein mit einer Kritik der Waffen und des Nato-Nachrüstungsbeschlusses kann dem potentiellen Spannungszustand in Europa nicht begegnet werden. Die Friedensbewegung muß deshalb weitergehendere politische Positionen diskutieren. Im Widerstand gegen Nachrüstung und Neutronenbombe gibt es dazu gute Ansätze. Auch auf der Bonndemonstration müßte diese Diskussion geführt und vor allem mit den Positionen der SPD die Auseinandersetzung gesucht werden. Denn die SPD und auch die Gewerkschaften müssen zu einer grundsätzlich anderen Politik, ähnlich vielleicht der in England, gezwungen werden. Dafür muß aber etwas getan werden.

Zur Zeit sieht es leider eher danach aus, daß die SPD die Friedensbewegung zersetzt, als daß umgekehrt die Friedensbewegung die SPD vorantreiben würde.

Einige persönliche Anmerkungen zu Haigs Berlin-Besuch und zu dem, was man danach in den Zeitungen lesen konnte ...



Beim Zeitungslernen kann einem schon regelmäßig morgens schlecht werden. Täglich beherrschen irgendwelche Meldungen über Aufrüstung, Nachrüstung und neue Waffensysteme die Schlagzeilen. Ein gewisser Mr. Haig aus Amerika redet in einer sogenannten Grundsatzrede absoluten Dünnschiß: Es sei notwendig, die westlichen Mittelstreckenraketen zu modernisieren, um erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion zur Sicherung des Friedens durchführen zu können. Wer kann denn solchen Blödsinn noch glauben? Wenn er wirklich den Frieden sichern will, so braucht er wahrlich keine cruise missile und keine Neutronenbombe, denn zur Verteidigung werden auch die bisherigen Waffen ausreichen.

Wenn er wirklich abrüsten will, so soll er das doch gefälligst tun und am besten ist, er geht als gutes Beispiel voran und hängt seinen Colt an den Nagel.

Weiter hat Haig in Berlin davon geschwafelt, daß Beweise für die Anwendung tödlicher chemischer Waffen durch die SU in Südostasien vorlägen. Ja, mein Gott, haben die Amis in Vietnam denn etwa mit Mottenkugeln geschossen oder war es nicht doch Napalm und chemisches Gift, mit dem der systematische Völkermord betrieben wurde?

Das Auftreten des Mr. Haig ist an Scheinheiligkeit und Dreistigkeit wirklich nicht zu überbieten. Und wo sind denn die Beweise, daß die SU in Europa die Vorherrschaft erringen möchte? Sicher, in den Ostblockstaaten versucht die SU, wie die Geschichte zeigt, ihren Machtanspruch auch mit massiven militärischen Mitteln durchzusetzen.

Für einen Machtanspruch der SU auf Westeuropa gibt es aber keinen hinreichenden Beleg. Den Machtanspruch haben, so scheint es, die Amis. Und es ist traurig, wie wenig Eigenständigkeit die Bundesregierung diesem Machtanspruch entgegengesetzt. Gerade für die BRD ergibt sich doch aus der Geschichte der Weltkriege die Verpflichtung, Friedfertigkeit zu beweisen und keine erneute, insbesondere keine atomare Bedrohung, von deutschem Boden aus zuzulassen. Und die regierungsverantwortliche SPD spielt wieder einmal eine historisch verhängnisvolle Rolle:

Vom ersten Weltkrieg billigte sie die Kriegskredite an den Kaiser - in der Weimarer Republik ließ sie selber die offensiven Panzerkreuzer bauen - und heute befürwortet sie die Stationierung von Mittelstreckenraketen durch die Amis.

Vom zweiten Weltkrieg grenzte sie sich energisch von den Kommunisten ab, anstatt gemeinsam mit ihnen die Nazis zu bekämpfen. Und heute geht die SPD erneut mit irrationalem Antikommunismus und Polizeistaatsmethoden gegen die Linke vor, während sie gleichzeitig die Kriegsgefahr, die durch die atomare Aufrüstung noch verschärft wird, herunterspielt und negiert.

Es gilt zu hoffen und dafür zu kämpfen, daß die derzeitige historische Situation nicht wieder zum Krieg führt, der selbst für die Überlebenden so grauenhafte Folgen hätte, daß sie die Toten beneiden würden.

Wer dabei die Hoffnung auf die SPD und ihre amerikanischen Freunde setzt, der setzt auf das falsche Pferd und betrügt sich letztlich selber. Eine konsequente Friedensbewegung sollte sich gegen jegliche Aufrüstung, insbesondere der atomaren Waffenpotentiale, auf deutschem Boden wenden, ebenso wie gegen die militärischen Machtansprüche der Amis in der BRD.

Und hier gilt es vor allen Dingen auch in der SPD klare Fronten zu schaffen zwischen Atombefürwortern, Natostrategen und Militärfetischisten auf der einen Seite und den Mitgliedern der Friedensbewegung auf der anderen Seite, die sich nicht für irgendwelche Machtinteressen abschlagen lassen wollen. Dabei gilt es nicht nur die Lippen zu spitzen, sondern auch kräftig zu pfeifen.

Lutz aus der Redaktion

Zur inhaltlichen Auseinandersetzung ein Diskussionsbeitrag

Bonn-Demo? Wie denn, wo denn, was denn?

Wenige Tage nach der Friedensdemonstration anlässlich des Kirchentages in Hamburg geisterte folgende Meldung durch die Presse: "Am 10. Oktober wird die bisher wohl größte Friedensdemonstration stattfinden. Es rufen auf die Aktion Sühnezeichen, die Jusos, die Grünen und der BBU".

Dann hörte man lange Zeit nichts mehr. Vor wenigen Wochen begannen nun etwas ausführlichere Informationen die Runde zu machen. Und siehe da, die Bonn-Demo steht in den wesentlichen Zügen, ohne das auch nur einmal öffentlich über Form und Inhalt diskutiert worden wäre. In nicht-öffentlichen Verhandlungen wurde ein Aufruf festgelegt. Ihn unterschrieben bisher ca. 600 Organisationen und Gruppen.

Als Hauptredner auf der Kundgebung wurden festgelegt:

EPPLER, RANKE-HEINEMANN, ALBERTZ, BENZ (IG-Metall-Vorstand), allersam bekannte SPDler, weiterhin MECHTERSHEIMER (CSU) und BORM (FDP), KELLY (Grüne), RIDDER (KOFAS, DKP-nahestehend), ein Vertreter der holländischen IHC, sowie der 'fünfhunderttausendste Wehrdienstverweigerer'.

Die Friedensstrategen der herrschenden Parteien haben sich also an die Spitze der Aktion gesetzt. Ein Antrag, auch andere Strömungen der Friedensbewegung auf der Kundgebung zu Wort kommen zu lassen, wurde von dem Vorbereitungskomitee abgelehnt. So sieht das also aus! Ein großer Teil der Friedens-Anti-Kriegsbewegung ist bisher bewußt aus der Vorbereitung herausgehalten worden, und soll, wenns nach den Veranstaltern geht, nicht organisiert in Erscheinung treten. Es ist eigentlich gar nicht zu fassen, daß sich bislang kaum jemand mit dieser Bonn-Demo auseinandergesetzt hat. Um so dringlicher ist es, dies nachzuholen. Denn wenn nicht wenigstens ein Teil der Friedensbewegung einen anderen Ton anschlägt als bisher für Bonn geplant ist, dann gute Nacht und herzlichen Glückwunsch Herr Schmidt und Mr. Reagan, um ihre Nachrüstung brauchen Sie sich dann nicht zu fürchten.

Was haben wir als AKW-Gegner damit zu tun?

Gegen einen drohenden Krieg sich zur Wehr zu setzen, das ist die Sache aller Menschen. Da brauchen keine komplizierten Verbindungen über das Atom - das friedliche und das militärische - gezogen werden. Bei einer so existenziell wichtigen Frage sollten wir versuchen, soweit es geht, gemeinsame Positionen zu entwickeln und sie umzusetzen. Die Anti-AKW-Bewegung muß den Grad ihrer Erfahrungen und ihrer relativen Organisiertheit in die Friedensbewegung einbringen. Bisher wurden Form und Inhalt von Aktionen auf Vorstandsebene von BBU, DFG/VK, Grünen und anderen Organisationen ausgekugelt und wir hatten uns nur noch mit fertigen Sachen auseinanderzusetzen. So kann das nicht weitergehen. Wir müssen unsere eigene Trägheit überwinden und uns die Mühe machen, uns mit dem Teil der Friedensbewegung, der bisher Inhalte und Aktionen bestimmt hat, auseinanderzusetzen. Und zwar deshalb, weil es für die Sache notwendig ist, weil die Friedensbewegung erst dann eine Chance hat, wirklich etwas durchzusetzen, wenn sie der Sache auf den Kern geht.



Bundesverteidigungsminister Hans Apel:

Der Pazifismus breitet sich bedenklich aus

Gerade im Kampf gegen das Atomprogramm haben wir doch feststellen können, wie schnell wir mit Bittstellerei und Klagerufen an unsere Grenzen stoßen und wie nötig entschlossenes Vorgehen und Widerstand sind, auch wenn sie angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse nur symbolischen oder richtungsweisenden Charakter haben können. Allein mit dem verzweifelten Ruf nach Frieden auf der Welt und nach Abrüstungsverhandlungen, bei denen man sich ja immerhin klar machen muß, daß Laute wie Reagan und Haig auf der einen Seite des Tisches sitzen werden, werden wir die Politik der Herrschenden nicht durchkreuzen können.

Die Kritik an dem nebenstehenden, ursprünglichen Aufruf zur Bonn-Demo könnte man in folgenden Punkten zusammenfassen.

1. Die Ursachen der Kriegsgefahr

"Ein dritter Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher", heißt es im zentralen Aufruf. Das ist natürlich grober Unfug. Denn die bloße Existenz von Waffen erzeugt noch keinen Krieg. Es stimmt zwar, daß durch die Technisierung der Waffensysteme und das Ausmaß ihres Vernichtungspotentials die Folgen von menschlichen oder technischen Fehlern katastrophal sein können, die eigentliche Gefahr geht doch aber von denjenigen aus, die über diese Waffensysteme die Verfügungsgewalt haben. Die momentane Kriegsgefahr geht von den USA aus, von der Politik, die sie betreibt, personifiziert in Reagan, Haig und Weinberger. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen und der Neutronenbombe sind der militärstrategische Ausdruck dieser neuen gefährlichen Politik. Unter hinter Reagan stehen die Interessen des US-Kapitals, das seine gierigen Fangarme nach jedem Flecken der Erde ausstreckt und sich dabei durch die Sowjetunion und deren Außenpolitik behindert fühlt. Der Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft - das ist die Triebkraft für die Aufrüstung und einen möglichen Weltkrieg. Und die USA sind zur Zeit Kriegstreiber Nr.1. Sie sind aggressiv, mit der veränderten Militärstrategie für Europa, mit ihren militärischen Abenteuern in Afrika, wie jüngst in Libyen und Angola, mit ihrer Einmischung in Süd- und Mittelamerika. Die wirklichen Ursachen der verschärften internationalen Lage einfach unter den Tisch fallen zu lassen und die Verantwortlichen nicht beim Namen zu nennen und die Waffensysteme für die Kriegsgefahr verantwortlich zu machen, mag zwar einfach und bequem sein, weil man so der Auseinandersetzung mit der DKP (über die Rolle der SU), und der SPD (über die Rolle der USA, der Nato und der BRD) aus dem Wege gehen kann. Aber zu dem Preis, falsche Inhalte zu vermitteln und damit auch Gefahr zu laufen, am politischen Gegner vorbei zu argumentieren.

Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen - Für Abrüstung und Entspannung in Europa

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärböcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderem Maße bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. Oktober 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

2. Die Rolle der BRD

Diese Frage wird, nicht zum ersten Mal, schlichtweg übergangen. Es wird so getan, als wenn die Mächtigen in unserem Land gar nicht genau wüßten, was sie tun, so daß man sie nur 'vom Un-sinn' der Rüstung usw. überzeugen bräuchte, dann würde alles gut werden. Schmidt und andere wissen jedoch sehr genau, was sie tun. Sie stecken in einem Dilemma. Auf der einen Seite wollen sie keinen Krieg, auf der anderen Seite wollen sie fest an der Seite der USA bleiben. Denn unter den Fittichen der US Außen- und Militärpolitik kann die BRD-Wirtschaft ihre Weltmarktinteressen am besten verwirklichen. Und Schmidt kann nur so seine SPD-Politik, die auf 'Partnerschaft' mit dem Kapital beruht, umsetzen. Wer sich mit dieser Logik der herrschenden Politik nicht auseinandersetzt, sie nicht durchbricht, der wird letztlich auch nicht überzeugen können.

3. Für Abrüstung und Entspannung in Europa . . .

so heißt der Slogan der Bonn-Demo. Das sind zwar ehrenwerte und richtige Forderungen. Wenn jedoch in keinem Wort erwähnt wird, gegen wen man diese Forderungen durchsetzen will, und auf welchem Wege dies möglich wäre - wenigstens von der Richtung her - dann verkümmern diese edlen Forderungen zu hilflosen moralischen Appellen. Gerichtet zudem noch an die falsche Adresse. Denn die bisherigen (und so auch die zukünftigen) 'Abrüstungsgespräche' der Supermächte sind pompöse Schauspiele. Sie haben keinen realen Abrüstungskern, sondern sind lediglich Indiz für das politische Klima zwischen den Supermächten und eine gewisse ökonomisch bedingte Einsicht, den Rüstungswettlauf nicht 'unnötig' aufzublähen. In der momentanen Situation Hoffnungen auf Abrüstungsverhandlungen zu setzen, ist ja nahezu absurd. Reagan, Haig und Co wollen die SU niederrüsten und sonst gar nichts. Und wenn die verhandeln, dann höchstens, um den 'besorgten Europäern' ihren 'guten Willen' vorzugaukeln und Schmidt so die innenpolitische Durchsetzbarkeit der Nachrüstung zu erleichtern.

Um Abrüstung und Entspannung in Europa durchzusetzen, gibt es langfristig nur einen erfolgversprechenden Weg: Schwächung des Einflusses der beiden Supermächte auf Mitteleuropa, das heißt Schwächung der beiden Militärbündnisse Nato und Warschauer Pakt durch eine eigenständige, auf Unabhängigkeit orientierte Politik der mitteleuropäischen Staaten.

Mitteleuropa wird erst dann eine Chance haben, kein Schlachtfeld mehr für die Supermächte zu sein, wenn sich die einzelnen Staaten aus der Umklammerung der USA bzw. SU gelöst haben. Für uns in der BRD heißt das, die Forderungen: Amis raus! BRD raus aus der Nato! zu verankern.

Die Ablehnung der Nachrüstung ist dazu ein erster Schritt.

4. Wie kann die Nachrüstung verhindert werden?

Es dürfte klar sein, daß man eine Sache wie die Nachrüstung wohl nur politisch verhindern kann. Ein entscheidender Punkt dabei wird der SPD-Parteitag im Januar 1982 sein. Beim normalen Gang der Dinge wird Schmidt seine Linie durchsetzen können. Einen spektakulären Verhand-



lungsaufakt, und wenns nur ein Botschafter-Treffen ist, werden Schmidt und Reagan rechtzeitig zum Parteitag noch auf die Beine kriegen.

Eine Chance auf Verhinderung der Nachrüstung besteht dann, wenn es der Friedens/Anti-Kriegsbewegung gelingt, den inneren Frieden in diesem Land entscheidend in Frage zu stellen. Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit, wie sie heute schon weitgehend vorhanden ist. Für die Breite der Bewegung sind auch Bündnisse bis weit in die bürgerlichen Parteien hinein wichtig. Das kann doch aber nicht heißen, daß die gesamte Friedensbewegung sich an unpolitischen und inhaltlich falschen Aufrufen und Forderungen orientiert, wie es die Organisatoren der Bonn-Demo planen.

Denn genauso wichtig wie die Breite der Bewegung ist auch ihre inhaltliche Klarheit und die Entschlossenheit, mit der sie ihre Forderungen durchzusetzen versucht. Für Frieden und Abrüstung sind auch Schmidt und Apel. Die Friedensbewegung muß deshalb weitergehende Forderungen entwickeln, für die Loslösung von der aggressiven USA-Politik, für Auflösung der Militärböcke, für eine Politik der Neutralität in Mitteleuropa.

Der traditionelle Teil der Friedensbewegung ist bis heute von einer relativ unpolitischen, moralischen, mit Appellen an die Einsicht der Herr-

schenden verbundenen Argumentation nicht weggekommen. Trauriger Beweis dieser Tatsache ist der vorliegende Bonn-Aufruf. Natürlich kann man mit einem solchen Aufruf in einer Zeit der akuten Angst vieler Menschen vor Krieg eine große Demonstration auf die Beine stellen. Aber die politische Wirkung wird zwangsläufig begrenzt sein. Das ist das Dilemma. Der Druck, der von einer solchen Aktion ausgeht, wird sehr schwach sein.

Aber die DKP will inhaltlich nicht weiter gehen, weil das nicht in ihr auf die Interessen der UDSR gerichtetes Kalkül passen würde, die pazifistischen und christlichen Kräfte mögen ebenfalls nicht ihren Elfenbeinturm der absolut moralischen Argumentation verlassen, und das SPD-Umfeld hat erst recht panische Angst davor, einen Schritt zu weit zu gehen und die Grundlagen der SPD-Politik, z.B. im Verhältnis zu den USA, in Frage zu stellen.

So bleibt denn schön alles auf dem Niveau von eh und je, während um uns herum schon bald die Fetzen fliegen.

Die notwendige Schärfe und Dynamik in Inhalt und Form von Aktionen muß schon von einem anderen Teil der Bewegung ausgehen, der neuen Friedens- oder besser Anti-Kriegsbewegung, wie sie sich in den Aktionen gegen die Herbstmanöver und Rekrutenvereidigungen ausgedrückt hat. Es wird langsam Zeit, daß sich von dieser Seite etwas tut.

Eine WAA bei Regensburg?

Geheime Atompläne nun auch in Bayern

Offiziell gibt es Dementis und keiner weiß von was. Blau-weiß-Strauß hat lediglich die Bereitschaft seiner Regierung erklärt, "zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine WAA in Bayern vorhanden ist". (Letzte Reg. Erkl.)

Nach außen genießt das Projekt Wiederaufbereitung in Wackersdorf höchste Geheimhaltungsstufe - zumindest bis zur bayrischen Landtagswahl im Herbst 1982. Dann, wenn die CSU vom oberpfälzer Volk wieder satte 60 - 65% Stimmen eingesackt hat, soll es aber gleich losgehen mit dem 10 Mrd. Bau.

Diese Informationen sind im letzten halben Jahr durchgesickert (siehe Berichte in der örtlichen Zeitung 'Die Woche', 9.7.1981). In dem vorgesehenen Gebiet Schwandorf-Wackersdorf, 40km nördlich von Regensburg, sollen bereits Wissenschaftler mit 'geologischen Messungen' im Gang sein.

Die Zeit drängt für den bayrischen Atomclan: Das Kompaktzwischenlager im AKW Ohu quillt bald über, trotz der Verdoppelung der Kapazität auf 2244 Brennelemente. Bereits 1988 soll das dritte AKW in Landshut in Betrieb gehen - diesmal ein Typ der standardisierten 'Baulinie 80', (das zweite AKW ist stillgelegt). Auch das als Notlösung geplante Zwischenlager bei Mitterteich wird die Situation für höchstens 10 Jahre hinauszögern. Bis dahin müßte also die WAA stehen.

Die Region um Wackersdorf bietet ähnlich wie Nordhessen ein ideales Betätigungsfeld für die Atomindustrie:

- Strukturschwach ist die Oberpfalz seit eh und je. Durch die Stilllegung der 'Bayrischen Braunkohleindustrie' (BBI) in Wackersdorf Ende 1982 droht der Region zusätzlich eine große Arbeitslosigkeit - was den WAA-Bauern gerade gelegen kommt.
- Atomgeographisch günstige Lage zwischen dem zum Teil schon fertigen Atomzentrum bei

Landshut-Ohu (100km) und dem geplanten Zwischenlager Mitterteich (80km).

- Das Gelände gehört schon heute dem Staat.
- Zwei Bundesgrenzschutz-Kasernen in Schwandorf und Nabburg liegen direkt am geplanten Bauplatz.
- Viele Landschafts- und Naturschutzgebiete zum Zerstören.

Bleibt zu hoffen und zu informieren, auf daß die Oberpfälzer schon vor Herbst 1982 wach und aktiv werden. Die BI Regensburg (RIGA), die uns Informationen zu Wackersdorf zusandte, will weiter nachbohren und genaueres recherchieren.

Kontakt: RIGA

Herbert Schreg
Küffnerstr. 1
8400 Regensburg
Tel: 0941/580643
oder 83258

WAA in Rheinland-Pfalz?

Auch in Rheinland-Pfalz mehren sich die Gerüchte um eine WAA. So veranstaltet die Landesregierung in der 3. Novemberwoche im Landtag eine öffentliche Anhörung über Für und Wider einer WAA - warum wohl? Teilnehmern sollen 10 Befürworter und 6 (!) Gegner. Ansonsten gibt es bisher nur Spekulationen. Ausführlichere Informationen gibts hoffentlich im nächsten Atom Express.

Kontaktadresse der landesweiten Koordination gegen WAA:
**Georg Wißmeier, Franz-Georg-Str. 28,
55 Trier, Tel.: 0651-21989**

Fußballmannschaft weigert sich, für die Atomindustrie Reklame zu laufen

Im Mai dieses Jahres sollten die Fußballmannschaften des emsländischen Amateurvereins SV DJK Geeste anlässlich des 25jährigen Bestehens mit neuen Trikots ausgestattet werden. Der Vorstand des Vereins (1. Vorsitzender Franz Holtgreve, ÖTV-Gewerkschaftssekretär und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des Energieversorgungsunternehmens VEW) hielt es in diesem Zusammenhang für angebracht, solche Trikots anzuschaffen, die mit einer Werbung für das von der VEW betriebene Lingener Atomkraftwerk versehen sind.

Geeste ist jedoch als Standort für ein riesiges Speicherbecken, das das benötigte Kühlwasser für die weiteren u.a. von der VEW geplanten bzw. beantragten Atomkraftwerke liefern soll, vorgesehen. Dementsprechend gibt es auch hier eine Bürgerinitiative, in der etliche Aktive des SV DJK Geeste mitarbeiten.

Trotzdem war das, was dann passierte, vom Vereinsvorstand wohl nicht einkalkuliert worden. Die 2. Mannschaft verweigerte, trotz des in Geeste allgegenwärtigen Anpassungsdrucks, komplett die Annahme der neuen Trikots und machte zugleich klar, daß man nicht bereit sei, als Reklamefläche fürs Atomkraftwerk Fußball zu spielen.

Im Spielplan des offiziellen Programms für die Festwoche tauchte die 2. Mannschaft dann nicht mehr auf.



TERMINE

1. - 4. Oktober

Aktionstage gegen das Zwischenlager in Gorleben und rund um die Bohrstelle 1003

2. - 4. Oktober

Demonstrationen, Rockkonzert und andere Aktionen gegen die internationale Atomindustrie-Ausstellung NUCLEX in Basel

10. Oktober

Großdemonstration gegen NATO-Hochrüstung und Kriegsvorbereitungen in Bonn

27./28. Oktober

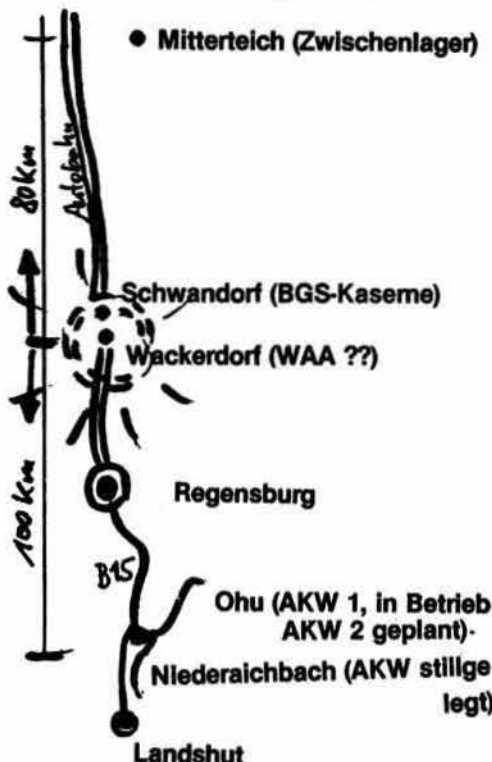
Letzte Runde im Wyhl-Prozeß !!!

14. November

Bundesweite Demonstration gegen die Startbahn West und gegen die Beton- und Strahlenpolitik der hessischen Landesregierung in Wiesbaden

Brokdorf - Prozesse

Termine, so weit bekannt, siehe Kriminalisierungsseiten



Rund um Gorleben

Vorläufiges Aus für's Zwischenlager

Am 11. September 1981 beschloß das Verwaltungsgericht Lüneburg einen sofortigen Baustop für das Zwischenlager in Gorleben. Dem Einspruch der sechs Kläger wurde in vollem Umfang stattgegeben. Der Gerichtsentscheid ist sofort wirksam, möglicherweise eingelegte Rechtsmittel haben keine aufschiebende Wirkung. Wie war es dazu gekommen?

Als am 15.6.81 der Gemeinderat von Gorleben die erste Teilbaugenehmigung für das erste atomare Zwischenlager in der BRD erteilte, war trotz der heftigen Proteste der Bevölkerung für die meisten klar: Jetzt wird gebaut.

Zu jenem Zeitpunkt war auf einem Trebler Treffen über Pfingsten von Vertretern norddeutscher Bürgerinitiativen eine Großaktion am Bauplatz des Zwischenlagers für Anfang August beschlossen worden. Zu dieser Aktion, zu der auch durch ein Flugblatt im letzten Atom Express aufgerufen wurde, kam es nicht. Dies hatte im wesentlichen drei Gründe:

1. Auf einem Vorbereitungstreffen Mitte Juli in Hannover war der Mobilisierungsstand für die beschlossene Großaktion gleich Null. Dies wurde einmal mit der Schwierigkeit begründet, Gorleben innerhalb der Bewegung nach den Ereignissen auf dem besetzten Bohrplatz 1004 überhaupt wieder positiv ins Gespräch zu bringen. Außerdem waren viele Leute durch die Urlaubszeit für diese Aktion nicht ansprechbar.

2. Das Treffen fand unter Beteiligung vorher noch nicht in der Diskussion stehender BIs statt, so daß wir in Richtung eines konkreten Beschlusses nicht vorankamen.

3. Sechs Kläger aus Gorleben hatte eine einstweilige Anordnung beim Verwaltungsgericht Lüneburg beantragt, um vollendete Tatsachen zu verhindern. Als die Anwälte aus Dringlichkeitsgründen noch eine Zwischenverfügung stellten, erreichte das Gericht in einem **Rundgespräch** zwischen Oberkreisdirektor Pogendorf, DWK und BLG (Brennelemente Lager GmbH Gorleben) eine Vereinbarung, nach der sich die Betreiberfirmen bereit erklärten, freiwillig mit dem Baubeginn bis zum Gerichtsentscheid zu warten.

Um die ersten Diskussionen nicht im Urlaubsloch versinken zu lassen, wurde ein weiteres BI-Treffen vereinbart, auf dem ein erster Aufruf für die Aktionstage in Gorleben vom 1.-4. Oktober beschlossen wurde. Warum so spät? Inzwischen hatte das Verwaltungsgericht Lüneburg den Antrag der sechs Kläger, demzufolge der Landkreis keine Baugenehmigung erteilen könne, so lange das atomrechtliche Verfahren für das Zwischenlager nicht abgeschlossen sei, zurückgewiesen. Daraufhin wurde Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht eingelegt. Dieses lehnte die Annahme mit folgender Begründung ab: Der Antrag gehe inhaltlich ins Leere, da das Gericht erst dann darüber entscheiden könne, wenn eine Baugenehmigung vorliege. Vorbeu-

gender rechtsschutz könne nicht gewährt werden. Somit gab der Landkreis Grünes Licht für die ersten Bauabschnitte, d.h., die Rodung eines 7 - 11 ha großen Waldstückes und die Baustellenumzäunung, wobei nicht näher definiert wurde, wie diese Umzäunung ausssehen soll. Ein einfacher Zaun oder schon der endgültige, etwa 30m breite Sichtstreifen mit Erdwällen, Detektionszäunen, Videokameras und Mikrofonen, Gräben und Mauern? Die Anwälte zogen daraufhin ihre Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht zurück und beantragten wiederum beim Verwaltungsgericht aufschiebende Wirkung gegen die Baugenehmigung. Da hier wegen der Ferienzeit eine Entscheidung nicht sofort getroffen werden konnte, hatte ein weiteres Rundgespräch eine erneute Bauverzögerung zur Folge. Deshalb wurden die Aktionstage auf Anfang Oktober verschoben; zudem sollte eine mögliche Überschneidung mit der damals noch geplanten Großdemonstration in Wethen vermieden werden.

Während die Entscheidung des Verwaltungsgerichts weiter auf sich warten ließ, wurde in der ersten Septemberwoche bekannt, daß die Bezirksregierung in Lüneburg keine Genehmigung erteilen würde. SPD-Gemeinderat H. Wilkens aus Gorleben, zugleich im Sold der DWK stehend, hatte an den Beratungen über den Bebauungsplan teilgenommen, außerdem das Sitzungsprotokoll geführt und manipuliert! Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen die nds. Gemeindeordnung, da Wilkens durch die finanzielle Abhängigkeit von der DWK als befangen gilt. (Als ob die anderen nicht genauso geschmiert wären!)

Gorleben Aktionstage 1.-4.10. Es lebe der Rechtsweg – oder?

Weitgehend unbeachtet haben in den letzten Wochen verschiedene Treffen zur Vorbereitung der Gorlebenaktionstage stattgefunden. Die Bereitschaft der Anti-AKW-Bewegung, sich im Wendland gegen die Zwischenlagerpläne zu engagieren war noch nie so gering, die örtlichen Widerstandsgruppen waren noch nie so zerstritten wie im Vorfeld dieser Aktionstage. Terminverschiebungen, schlecht besuchte Vorbereitungskonferenzen, öffentliche Distanzierungen von Aufrufstexten und eine übersprudelnde Gerüchtküche waren Ausdruck dieser Situation. Die BI Lüchow-Dannenberg schlug den Rechtsweg ein, die bäuerliche Notgemeinschaft orientierte auf die Kommunalwahlen. So lasteten Planung, Organisation und Vorbereitung der Aktionstage auf den Schultern einiger autonomer Gruppen im Wendland. Durch das Zusammenwirken von vielen Aktionsformen innerhalb eines Wochenendes – Sternfahrt, Blockaden, Versuch einer Platzbesetzung, Großdemonstration, Besuche bei Betreiberfirmen



Besonders brisant wird diese Entscheidung im Blickfeld der am 27.9.81 stattfindenden Kommunalwahlen. Sollte es ein anders zusammengesetztes gemeindeparlament geben, so wäre bei einem neu einzuleitenden Bebauungsplanverfahren - wovon eigentlich auszugehen ist - mit einer erheblichen Abfuhr für die DWK zu rechnen.

Durch den eingangs zitierten Verwaltungsgerichtsbeschuß dürfte ein erste Baugenehmigung ohne ein vorhergehendes atomrechtliches Verfahren nicht möglich sein. Der tatsächliche Baubeginn ist damit in weite Ferne gerückt, zumindest aber bis zur Berufungsverhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht in frühestens zwei Monaten.

usw. - sollte allen Gruppen die Möglichkeit gegeben werden, sich in den Widerstand einzubringen; so das Konzept. Trotz dieser für Lüchow-Dannenberg Verhältnisse neuen Qualität im Widerstand blieb die Resonanz der auswärtigen BIs gering.

Auch das letzte Vorbereitungstreffen am 12. und 13. September in Gedelitz war nur mäßig besucht. Ca. 40 Leute aus 20 Initiativen einigten sich darauf, trotz des tags zuvor verhängten Bauverbots an den Aktionstagen festzuhalten, wenn auch unter anderen Vorzeichen. Da die Einschätzung vorherrschte, daß das Oberverwaltungsgericht womöglich noch Ende dieses Jahres im Berufungsverfahren zugunsten der DWK entscheiden wird, wurde es für wichtig gehalten, schon jetzt Gorleben auch durch Aktionen wieder ins Gespräch zu bringen.

Die Aktionstage sollen der Auftakt sein, die nach wie vor zentrale Bedeutung des Zwischenlagers für das westdeutsche Atomprogramm aufzuzeigen und Möglichkeiten bieten,

in einem größeren Zusammenhang über effektiven Widerstand zu diskutieren. Ab Donnerstag, den 1.10., werden die - hoffentlich vielen - Auto-, Fahrrad- und sonstigen Konvois von außerhalb im Landkreis erwartet. Ein erstes Treffen soll abends in den Trebeler Bauernstuben stattfinden. Für Freitag und Samstag ist Öffentlichkeitsarbeit angesetzt. Weiterhin werden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenkomplexen - Kriminalisierung, Betreiberstrategien, Widerstandsformen usw. - eingerichtet und an mehreren Orten sollen Kulturveranstaltungen ablaufen. Samstagabend gibt es ein großes Fest. Der Sonntag steht im Zeichen einer gemeinsamen Abschlussdemonstration zum vorgesehenen Zwischenlagerbauplatz 1003. Auf der Kundgebung sollen AKW-Gegner aus La Hague, aus Belgien, aus Wyhl und aus dem Raum Biblis sprechen sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen von den Vortagen zugetragen werden.

Gorleben-Gespräch

Politiker aus Hessen in Gartow

Gartow. Von den Erfahrungen hiesiger Kommunalpolitiker in der Auseinandersetzung um Gorleben wollen CDU-Ratsherren aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg profitieren, die sich gestern in unserem Kreis aufhielten.

Am Mittag begrüßte MdL Kurt-Dieter Grill die Gäste aus Hessen am Gartower „Haus des Gastes“ (Foto). Dort standen neben weiteren CDU-Kommunal-

politikern auch die Informationsbeauftragten Kulke und Dr. Becker-Platen sowie Mitarbeiter der Brennelementlager Gorleben GmbH als Gesprächspartner zur Verfügung. Das Besuchsprogramm sah auch Besichtigungen von Bohrstellen vor.

Die Gäste, die noch am Abend in ihre Heimat zurückfahren, gehören den Gemeinderäten Arolsen, Korbach und Diemel-

see an, in deren Nachbarschaft der Standort für die in Hessen geplante Wiederaufarbeitungsanlage, Wethen, liegt.

Für sie, so erklärte der hessische Landtagsabgeordnete Dieter Fischer, der die Kontakte zu MdL Grill knüpfte, lag es nahe, im Raum Gorleben die Problematik einer WAA zu erörtern. Zudem wolle man die Informationsarbeit nicht einseitig der Bürgerinitiative überlassen, sondern sich ein möglichst umfassendes Bild über die tatsächlichen Verhältnisse in unserem Kreis verschaffen.

Aufn.: H.-H. Müller

akt. 2/1.2.



Rund um Gorleben

Endlager passé?

Am gleichen Tage, an dem der Baustop für das Zwischenlager verhängt wurde, traf sich die Bonn-Hannoveraner Ministerclique in Sachen Atommüll. Mit der altbekannten Negativ-Formel - es sind bisher keine Tatsachen bekannt, die begründete Zweifel an der bisherigen Einschätzung des Salzstockes Gorleben für die Aufnahme hochradioaktiven Abfalls rechtfertigen - beschlossen sie die Abtäu- fang zweier Schächte. Dies widerspricht allen wissenschaftlichen Analyse-Methoden; es müßte ja wohl der Beweis der Eignung und nicht der der Nichteignung erbracht werden, zumal ein Kriterienkatalog vorliegt. Ginge es mit halbwegs rechten Dingen zu, wäre Gorleben eigentlich als Endlagerstandort gestorben.

Die Abtäu- fang der Schächte mag zwar Jahre dauern, doch wäre es falsch, auf weitere Beweise der Nicht-Eignung zu warten. Vermutlich sollen doch finanzielle Sachzwänge geschaffen werden, die später anstelle von Sicherheitskriterien das Endlager ermöglichen sollen. So etwas deutete sich schon auf dem Endlager-Hearing im Mai dieses Jahres in Lüchow an, wo wegen der bis jetzt schon ausgegebenen 60 Millionen die Durchsetzung des Endlagers Gorleben von den Bürokraten gefordert wurde. Eine Unverschämtheit, wenn man bedenkt, mit welcher fundierten Gutachten die Bürgerinitiativen noch vor der ersten Tiefbohrung die Untauglichkeit des Gorleber Salzstockes belegten. Die „Probe“bohrungen erhärteten die schon vorher gewonnenen Erkenntnisse: So ist das von einer tiefen Rinne durchzogene Deckgebirge in einem Zustand, „wie es schwächer kaum sein kann“ (so ein beteiligter Geologe), direkter Grundwasserkontakt zum Salzstock ist eindeutig nachgewiesen und ein steiler Zahn des Salzes ragt bis 130m unter die Erdoberfläche. Das Salzstockinnere ist mit Spalten und Klüften sowie mit unzähligen, nicht genau lokalisierbaren Carnallitkörpern durchzogen, die sich bei der Einlagerung von Atommüll aufgrund der Hitzeentwicklung sofort in Kristallwasser auflösen und das umgebende Salzgestein ablaugen würden. Trotz des bisherigen Festhaltens am Endlagerstandort Gorleben scheinen die Betreiber

jedoch in aller Heimlichkeit Alternativen aus- zukunftschaften. Neben dem Schacht Konrad (vgl. Artikel in diesem AE) sind in jüngster Zeit die Namen anderer Orte durchgesiebert, an denen möglicherweise Erkundungsbohrungen drohen. Es handelt sich um den Salzstock bei Aschendorf/Hümmlingen im Emsland (!), Salzformationen in Schleswig-Holstein, den Salzstock bei Wittingen/Gifhorn und um das bayerische Granitmassiv in der Oberpfalz. **Also - aufgepasst!!**

Sprühaktion im Wendland

In den letzten Wochen haben beherzte Künstler Beton- zu Klagemauern umgestaltet. Der Bevölkerung des Landkreises wurde auf diese Weise offenbart, welche Firmen sich am Bau des Zwischenlagers beteiligen wollen. Da sich keiner der angeprangerten Betriebe von solch schändlichen Vorhaben distanzier- te, wollen autonome Wenden dafür sorgen, „daß die Bosse mehr Leid als Profit aus ihrer Unterstützung der Atomlobby ziehen.“

Die Republik Freies Wendland und das Dorf 1004

ist der Titel einer knapp 4-stündigen Ton-Dia-Schau von zwei Berliner AKW-Gegnern. Mit schönen Fotos, Doppelbild-Projektion, guter Musik und einer sich auf das nötigste beschränkenden Kommentierung wird die Schau trotz 1200 Bildern niemals langweilig, sondern ist ein interessantes und beeindruckendes Dokument der Geschehnisse rund um die Platzbesetzung. Nach einem fotografischen und musikalischen (Walter Moßmanns Lied vom Lebensvogel) Rückblick auf die Entwicklung des Widerstandes in der Region wird die Geschichte der Republik Freies Wendland erzählt: Vorbereitungsphase, Inbesitznahme des Geländes, Dorfaufbau und Dorfleben bis hin zur Räumung. Die Ton-Dia-Schau ist dabei mehr als ein nostalgischer Rückblick; sie setzt sich auch kritisch mit tatsächlichen und vermeintlichen Schwächen der Aktion auseinander, z.B. den Querelen um die Gewaltfrage.

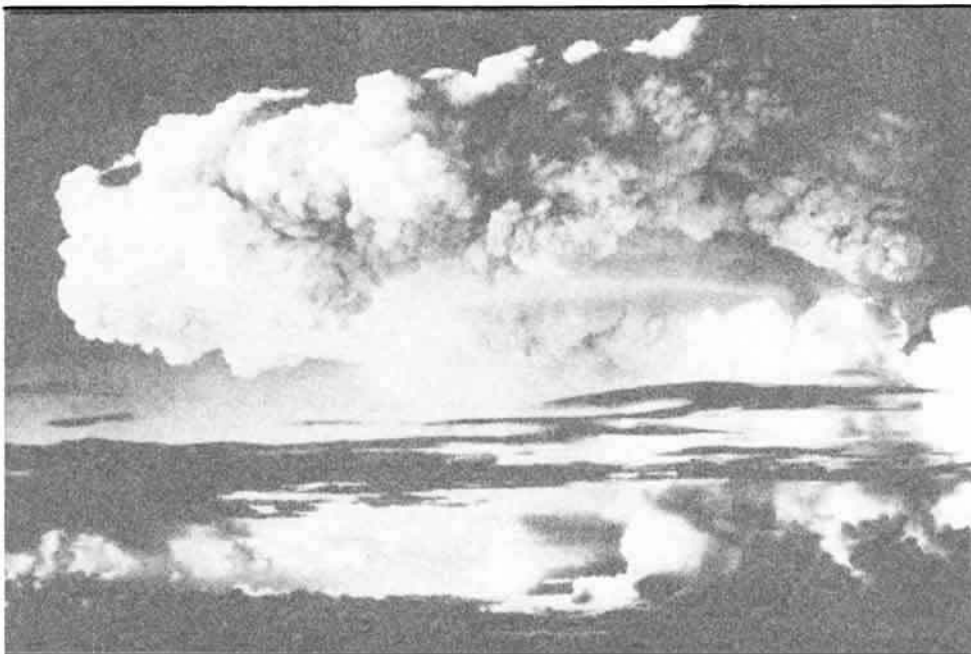
Hans Otto und Kerstin waren mit ihren Bildern im August und September schon in vielen Orten der Bundesrepublik. Um allen Interessierten das Zuschauen und Zuhören zu ermöglichen, wurde kein Eintrittsgeld erhoben; die eingesammelten Spenden sind den juristischen und politischen Kämpfen gegen das Zwischenlager zugute gekommen. Leider mußten die beiden ihre Tournee vorzeitig abbrechen: In der Nacht vom 12. auf den 13. September wurden ihnen große Teile der Ausrüstung gestohlen. Der Stand der Spensammlung betrug bis dahin 5300.- DM.

Falls die Ton-Dia-Schau irgendwann mal in eurer Gegend zu sehen ist - geht hin, es lohnt sich wirklich!

Kontakt:
Hans Otto Zimmermann
Winterfeldtstr. 7
1000 Berlin 30

Abb.: Das Werbeplakat, normal. Din A 3





Radioaktivität noch gefährlicher! Neue Ergebnisse aus Hiroshima

Der Bombenabwurf von Hiroshima - das war das 'Großexperiment' der Atomforschung, bei dem die grundlegenden Daten für die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlen gewonnen wurden.

Aus den dort berechneten Ergebnissen hatte die offizielle Wissenschaft unter anderem auch die Grenzwerte für 'zulässige' radioaktive Belastungen abgeleitet. Auch die sogenannte 'Schwellentheorie', laut der unterhalb einer bestimmten Strahlungsmenge keine Gefährdung der Menschen vorliegt, hat hier ihren Ursprung.

Aber in den letzten Monaten gerieten diese bisher als gesichert geltenden Ergebnisse ins Wanken: Die Daten aus jenem schrecklichen Ereignis müssen revidiert werden.

Wie war das möglich?

Auf der einen Seite lagen natürlich die Zahlen über Krebsfälle bei den Überlebenden der Katastrophe vor. Auf der anderen Seite mußte man aber wissen, welche Strahlenmenge oder -dosis diese Opfer erlitten hatten, um daraus Schlüsse über die Wirkung einer bestimmten Dosis ziehen zu können. Das hat man, da natürlich damals in Hiroshima keine Messinstrumente aufgestellt waren, mühsam nachträglich zu rekonstruieren versucht. Dazu diente eine später durchgeführte Versuchsexplosion, sowie Simulationen mit Computern, auch die erzeugte und später noch messbare Radioaktivität des Bodens, der Häuseruinen usw.. Aus all dem schloß man auf eine bestimmte Menge an Strahlungsbelastung infolge Gammastrahlen oder Betastrahlen, sowie auch von Neutronen, die bei der Explosion der Bombe frei wurden.

Nun gelten allgemein Neutronen als zehnmal gefährlicher als Gamma- oder Betastrahlen, das heißt, dieselbe Strahlungsmenge, wenn von Neutronen verursacht, hat zehnmal mehr Krebsopfer zur Folge als von Gamma- oder Betastrahlen. Berücksichtigte man das, erhielt man dann aus den Daten von Hiroshima die gesuchten Dosis-Wirkungsbeziehungen, die, wie gesagt, praktisch allen seither verfaßten Lehrbüchern, gesetzlichen Grenzwerten für Atomarbeiter und für die Öffentlichkeit zugrunde liegen.

Nun zeigte sich durch erneute Computersimulationen, die von zwei Physikern, Loewe und Mendelsohn im Atomforschungszentrum Livermore durchgeführt wurden, daß die früheren Rechnungen die Zahl und damit die Dosis der Neutronen drastisch überschätzt hatten. Grob gesagt gab es rund zehnmal weniger Neutronen. Da die Zahl der Opfer ja nun vorliegt, gibt es nur zwei Konsequenzen:

- Entweder müssen die wenigen Neutronen noch zehnmal mehr gefährlicher sein; das würde heißen, daß die Grenzwerte für Neutronenbelastung um zehnfache gesenkt werden müßten, und daß deshalb einschlägige Firmen, wie auch gerade die Atombombenforschung selbst, zehnmal mehr Leute einstellen müßten (um die gefährliche Strahlung entsprechend zu verteilen).

- Oder aber die Gamma- und Betastrahlen müssen entsprechend gefährlicher sein, um ihrerseits die hohe Zahl der Opfer erklären zu können. Das hätte nicht nur für die Arbeitsschutzbestimmungen in Atomkraftwerken, sondern auch für die Belastung der Öffentlichkeit drastische Konsequenzen. Wieviel gefährlicher die Gamma- und Betastrahlen sind, hängt allerdings vom Mengenverhältnis dieser Strahlen zu den Neutronen ab, kann aber auch bis zum Faktor Zehn gehen.

Die Ursache auf die Neutronen zu schieben, würde natürlich auch heißen, daß der Einsatz von Neutronenbomben entsprechend noch verheerender sein würde als ohnehin.

Offenbar neigt die Mehrheit der offiziellen Wissenschaft mehr der zweiten Möglichkeit zu, denn die Hypothese, daß Neutronen nun sogar hundertmal gefährlicher sein sollen als Gammastrahlen, erscheint in der Tat auch angesichts von Tierversuchen aller Art als reichlich unplausibel. Aus denen kann man zwar, wie die Erfahrung zeigt, nicht auf absolute Gefährdungszahlen beim Menschen schließen, aber die relativen Verhältnisse der Wirkung von Neutronen und Gammastrahlen dürften doch recht zuverlässig sein. Bleibt also der Schluß, daß eben die Gamma- und Betastrahlen soviel gefährlicher sind.

Das würde die offizielle Wissenschaft auch eher in Übereinstimmung mit einer in den letzten Jahren angewachsenen Zahl von Befunden kritischer Wissenschaftler bringen, die, wie sich mehr und mehr zeigt, zu Unrecht angegriffen und als Schwindler und Querulanten beschimpft wurden. Neben den seit längerem bekannten Arbeiten von Sternglass sind hier vor allem Befunde von Bertell über die Wirkung von Strontium 90 in der Milch auf die Kindersterblichkeit, von Stewart über die Wirkung von Röntgenaufnahmen auf Ungeborene, die später an Leukämie erkrankten, sowie von andern Forschern über Krebs von Arbeitern der Atomindustrie zu nennen.

Solche kritischen Arbeiten haben nun schon, ohne auf die neuerdings erst erfolgte Korrektur der Neutronendosis Bezug nehmen zu können, aus einer Reihe von anderen Gründen gezeigt, daß die offiziellen Daten das Krebsrisiko unterschätzen.

- Da ist zum einen ein Effekt, auf den Stewart hingewiesen hat: Das Auftreten von Krebs, der durch Strahlung erzeugt wurde, kann sehr verzögert sein - bei manchen Krebsarten mehrere Jahrzehnte. In diesen Zeiträumen sind von den bedauerlicherweise Überlebenden der Katastrophe sicher viele schon aus anderen Gründen, die in den

Kriegs- und Nachkriegsbelastungen sowie der besonderen Straßensituation zu suchen sind, gestorben, bevor der in sie durch die Bombe eingepflanzte Krebs zum Ausbruch kam.

Bei einer 'gesunden Normalbevölkerung' kann schon aus diesem Grund bei gleicher Strahlenbelastung angenommen werden, daß das Risiko größer ist, an dem dadurch verursachten Krebs tatsächlich eines Tages zu sterben.

Ein zweiter Effekt, auf den unter anderem schon lange Gofman hingewiesen hat: Man muß bei derartigen Untersuchungen immer eine Vergleichsgruppe aus unbestrahlten Menschen heranziehen, um die Zahl der auf andere Ursachen zurückgehenden Krebsfälle abziehen zu können. Diese Vergleichsgruppe soll natürlich in allen anderen Faktoren der betroffenen möglichst ähnlich sein. Als diese Vergleichsgruppe angeblich unbestrahlter Menschen hat man die Einwohner der Randbezirke (von Hiroshima) gewählt, in der, wie man heute weiß, unberechtigten Annahme, deren relativ geringe Strahlenbelastung habe nicht zur Krebsrate beigetragen. Es ist klar, daß dadurch das Strahlenrisiko unterschätzt wurde, weil Fälle, die in Wahrheit auf Strahlung zurückgehen, irrtümlich abgezogen wurden.

Dieser Effekt wird noch verschärft dadurch, daß die von der japanischen Regierung gezahlten Entschädigungen nach dem Abstand vom Explosionszentrum gestaffelt wurden. Viele Menschen gaben deshalb verständlicherweise an, näher darangewesen zu sein, als der Wahrheit entsprach; wiederum mit dem Effekt, daß man die Zahl der Krebsfälle in einem bestimmten Abstand einer zu hohen Dosis zuschrieb, oder umgekehrt, einer geringeren Dosis zu wenig Krebsfälle.

Schließlich berücksichtigte man nicht, daß eine große Zahl der als Vergleichsgruppe verwendeten in den ersten Tagen nach der Explosion zu Hilfsarbeiten ins Stadttinnere kamen und dabei durch die radioaktive Strahlung belastet wurden.

Radioaktivität noch gefährlicher

All diese Gesichtspunkte führen dazu, daß die jetzt von offizieller Seite zugegebene erhöhte Gefährlichkeit noch immer nicht das volle Ausmaß der Gefahr erfaßt, immerhin ist es ein bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung.

Von Interesse ist auch die nähere Entstehungsgeschichte der nunmehr erfolgten Revision: Neben den erwähnten Physikern im Atomforschungs- und vor allem Atomwaffenzentrum Livermore waren es der Physiker Kerr im Zentrum Oak Ridge und außerdem private Wissenschaftsfirmen, die unabhängig voneinander diese Untersuchungen durchführten. Alle wurden ausgerechnet von einer Abteilung des Pentagon finanziert, die an genauerer Information über Bombenwirkung interessiert war, andererseits nicht allzusehr Rücksicht auf die dramatisch be-

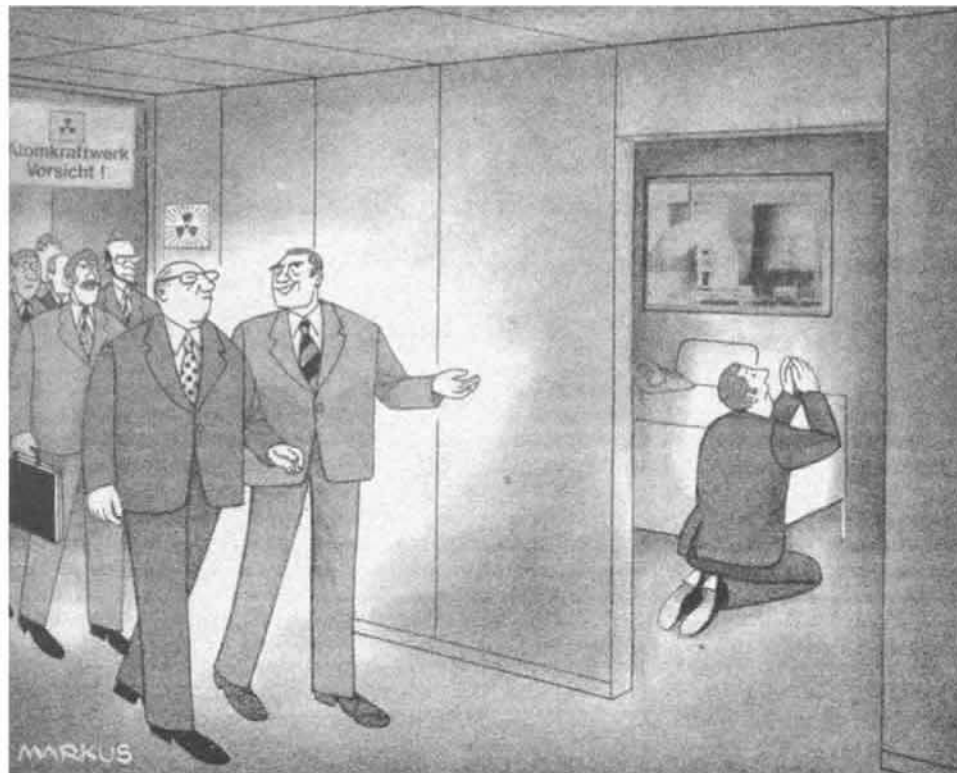
cherweise so viel höhere Gefährlichkeit der Neutronen beunruhigt waren.

Das angeschlagene Establishment versucht natürlich, zu retten was zu retten ist. So schoben die Livermore die Angabe nach, die Neutronendosis sei zwar geringer, dagegen die Gammastrahlendosis entsprechend höher, sodaß sich gar nichts geändert habe. So wird gewiss auch in Deutschland argumentiert werden. Ich wandte mich an die Autorität hier im Lande, an Prof. Radford, Epidemiologe, also Fachmann für Krankheitsstatistik in Pittsburgh und Vorsitzender des Komitees der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften über die biologischen Effekte ionisierender Strahlen (BEIR). Was der mir nun schrieb, übertrifft selbst meine Erwartungen noch:

In einem Brief an die Zeitschrift Science, der am 7.8.81 erschien, hatte Radford noch geschrieben, daß die neuen Daten erforderlich machen, das **Krebsrisiko für Männer und Frauen viermal bzw. siebenmal höher anzusetzen**. Nunmehr schreibt er mir persönlich, daß neuere, soeben erhaltene Daten aus Nagasaki, die das Auftreten von Krebs bis 1978 verfolgt haben, ihn dazu bringen, daß **das Krebsrisiko noch wesentlich höher ist**.

Man darf jetzt wirklich gespannt sein, ob und welche Konsequenzen diese neuen (und erschreckenden) Ergebnisse für die Atomindustrie haben.

Diesen Artikel (leicht gekürzt) schickte uns Jens Scheer.



„Unser Sicherheitsexperte beschäftigt sich gerade mit den neuen Daten aus Hiroshima.“

rührten Interessen der zivilen, sogenannten friedlichen Atomindustrie zu nehmen brauchten.

Es zeigte sich dann, daß die in den 60er Jahren von dem Vorgänger Kerrs in Oak Ridge, Auxier, durchgeführten Rechnungen und Abschätzungen, die zu den heute als falsch erkannte Neutronendosen führten, in keiner Weise kontrollierbar oder reproduzierbar waren. Das lag, wie Auxier selbst erklärt, daran, daß ein großer Teil seiner Originalakten bei Umzügen innerhalb des Atomforschungszentrums Oak Ridge 1972 vernichtet worden waren. Bezeichnenderweise sind seine Rechenmethoden und sonstigen Verfahren nie irgendwo veröffentlicht oder sonstwie festgehalten worden.

Daß die ganze Sache überhaupt wieder aufgegriffen wurde, lag an der Beharrlichkeit einer privaten Institution, des National Council on Radiation Protection and Measurements, die Informationen über Strahlungsgefahren sammelt und veröffentlicht. Daß sie ausgerechnet beim Pentagon Gehör fanden, liegt unter anderem auch daran, daß die Wissenschaftler in Livermore, die selbst vor allem durch Neutronenstrahlung belastet werden, durch die Gerüchte über die mögli-

Zunächst also »besteht jetzt allgemeine Übereinstimmung, daß die Neutronendosen in beiden Städten viel niedriger waren, und die Gammastrahl-Dosen deutlich niedriger in Nagasaki aber nicht sehr verändert in Hiroshima.«

Auch der jahrelange Streit um die 'Schwellentheorie' kann jetzt im Grunde beigelegt werden. Die Schwellentheorie stützt sich vor allem auf die Daten aus Nagasaki. Die sind zwar sehr unvollständig, streuen auch sehr, aber mit gutem (oder bösem) Willen kann man da eine entsprechende Kurve hineinlegen. Die sehr viel zahlreicheren und zuverlässigeren Daten aus Hiroshima dagegen zeigten unzweifelbar einen proportionalen Verlauf (d.h. es gibt keine untere Grenze für die Schädlichkeit von Radioaktivität). Der wurde aber, und das ist das entscheidende, bisher immer abgetan mit dem Argument, das waren ja vor allem Neutronen, daraus kann man für die bei der zivilen Atomtechnik vor allem wichtigen Gammastrahlen nichts schließen! **Dies wesentliche Argument ist nun also zusammengebrochen. Nunmehr stützt gerade Hiroshima die vorsichtigeren Verwendung der dosisproportionalen Kurve, auch und gerade für Gamma-(und Beta-)Strahlen.**

Erstarrte Atomexperten — Glosse zum Symposium 'Kernenergie und Gesundheit' in München

Es ist ein Phänomen: Man kann Atombefürworter noch so sehr in die Enge treiben, sie bei Widersprüchen und Lügen ertappen - sie lassen sich nicht durch Worte von ihrem tödlichen Kurs abbringen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes vom Atomwahn besessen.

Diese Erfahrung konnten ca. 300 Ärzte und Medizinstudenten am Samstag, dem 13. Juni in München im Hörsaal des Physiolog. Institutes wieder einmal machen. Ein eifriger Verfechter der Atomtechnik, Prof. Dr. med. K. Trott hatte sämtliche Teilnehmer des Podiums und das gesamte Publikum gegen sich, als er erklärte: eine Reaktorkatastrophe sei zwar schlimm, aber wirklich gefährdet sei nur der engere Umkreis von 12 km um den Reaktor, und man könne die Bevölkerung ja leicht evakuieren. Auch wenn seit Harrisburg die Möglichkeit einer Katastrophe nicht mehr mit Sicherheit ausgeschlossen werden könne, so müsse man aus Energiegründen doch weiter Reaktoren bauen, natürlich mit allen modernen Sicherheitsvorkehrungen. Als Arzt meinte er Wiederaufbereitung und Entsorgung seien keine technischen Probleme. Ob er wohl nur die eine Hälfte der Gutachten kennt?

Die anderen an der Tagung beteiligten Experten wie der Biologe Dr. Peter Weish, der Physiker Dr. Klaus Bätjer, der Dipl. Biologe Dieter Teufel und der Arzt Eberhard Weber hatten vorher in ihren Referaten sehr überzeugend die Gefahren und die biologische Unvertretbarkeit der Kernenergiegewinnung dargelegt. Die Diskussion hatte keine neuen Gegenargumente geliefert. Atombefürworter waren also entweder nicht gekommen oder es sind ihnen die Argumente ausgegangen. Nun, Herr Prof. Trott blieb unerbittlich auf seinem Atomkurs und er nutzte den Vorteil des Mikrofons, indem er ständig den Diskussionsrednern ins Wort fiel. Man kann seine Panik verstehen: schließlich hat er als hochdotierter Strahlenexperte der Atommachthaber einen Namen und eine Existenz zu verlieren. Er hat es jahrelang verstanden, die ganze Ärzteschaft in Sicherheit zu wiegen und die Kritiker einzuschüchtern. Noch vor einem Jahr hat er verkündet, daß so eine Reaktorkatastrophe medizinisch eigentlich kein Problem sei und daß *»danach in der umliegenden Bevölkerung in den folgenden Jahrzehnten weder die Häufigkeit von Krebs noch die Häufigkeit von Erbkrankheiten signifikant erhöht sein dürfte«*.

Walter Harten

Schacht Konrad —

Nadelöhr für die Atomindustrie

Am 22./23.8. fand in Braunschweig ein Treffen verschiedener BIs statt. Es ging um die Perspektiven der Anti-AKW-Bewegung in Süd-Ost-Niedersachsen, speziell um Endlagerung von schwach- und mittelaktivem Atommüll im Raum Wolfenbüttel/Salzgitter. Es wurde dort festgestellt, daß das Problem der Endlagerung von diesem Atommüll von der Anti-AKW-Bewegung bisher kaum beachtet worden sei. Zur gesamten Atommüllproblematik und zur Rolle des Schachts Konrad wurde ein längerer Artikel verfaßt. Da die Entsorgungsfrage schon öfter im Atomexpress behandelt wurde, sollen hier nur kurz die Punkte, die sich auf Schacht Konrad beziehen, dargestellt werden.

Es ist bekannt, daß der größte Anteil an radioaktivem Müll schwach- und mittelaktiv ist. Jedes Jahr werden 25.000 Fässer allein an schwachaktivem Abfall produziert. Nach einer Systemstudie „Radioaktive Abfälle in der BRD“, durchgeführt im Auftrag des Bundesforschungsministeriums 1977, fallen in den Jahren 1975 bis 1990 aus AKWs, sonstiger Brennstoffkreislaufindustrie und Großforschungszentren 279.000 Kubikmeter Atommüll an. 58% davon ist schwach-, 32% mittel- und 10% hochradioaktiver Abfall; 251.000 Kubikmeter sind also schwach- und mittelaktiv. Daß gerade diese großen Mengen Atommülls für die Atombetreiber das Problem darstellen und erst in zweiter Linie die relativ kleinen Mengen hochradioaktiven Atommülls, zeigen folgende Zitate:

„Dieser Vergleich zeigt, daß die meisten Abfälle in die untere Aktivitäts- bzw. Dosisleistungsklasse fallen. Sollten sich in Zukunft die jährlichen Abfallmengen erhöhen, so darf angenommen werden, daß ein Entsorgungssystem stärker durch die Mengen und weniger durch die radiologischen Eigenschaften der Abfälle belastet wird.“ (Systemstudie)

„In diesem Zusammenhang ist es wichtig, der verbreiteten Meinung entgegenzutreten, daß die Realisierung eines geologischen Endlagers für hochaktiven Abfall vordringlich sei. Die verlasteten hochaktiven Abfälle aus der Wiederaufarbeitung können, ebenso wie die verbrauchten Brennelemente selbst, ohne zusätzliches Risiko einige Jahrzehnte oberirdisch zwischengelagert werden. Sollte sich also wider Erwarten (?? Anm. d.S.) der Salzstock von Gorleben als ungeeignet für hochaktiven Abfall erweisen, bliebe genügend Zeit, Alternativen zu erkunden.“ (LEVI, Geschäftsführer der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF); die GSF ist Antragstellerin für den Schacht Konrad)

„Die schwach- und mittelaktiven Abfälle sind wegen ihres viel größeren Volumens weniger geeignet für eine längere oberirdische Lagerung.“ (LEVI)

Für den hochaktiven Müll ist der Salzstock bei Gorleben vorgesehen, für den anderen Müll die ASSE und vor allem Schacht Konrad:

„Das Versuchsendlager (!!! Anm. d.S.) ASSE nimmt für die Versuchseinlagerung ausgewählte radioaktive Abfälle auf. Eine obere theoretische Grenze für die jährlich einlagerbare Menge ...wäre ...etwa Mitte der 80er Jahre erreicht. Dieser Zeitpunkt könnte sich unter Berücksichtigung eines reduzierten Kernkraftwerkszubaues ...gegen das Ende der 80er Jahre verschieben. In jedem Fall folgt aus dieser modellmäßigen Betrachtung, daß ein Endlager für den Routinebetrieb schnellstens bereitgestellt werden muß.

Die derzeit laufenden Untersuchungen am ehemaligen Eisenerzbergwerk Konrad bei Salzgitter zur Tauglichkeit dieses Bergwerks als Endlager für radioaktive Abfälle, stellen bereits einen

Schritt in diese Richtung dar. Diese Arbeiten sind zügig fortzusetzen. Bei Eignung ist das Bergwerk als Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle einzurichten.“ (Systemstudie)

Es ist also klar, daß der Schacht Konrad ein entscheidender Knackpunkt für die Durchsetzung des Atomprogramms ist. Seit 1975 konnte mit ca. 50 Mio DM der Schacht ohne großen Widerstand erkundet werden.

Der Widerstand wächst aber, wie die Aktionen der letzten Zeit zeigen. Sorgen wir dafür, daß dieses „Nadelöhr Schacht Konrad“, durch das die Atomindustrie hindurch muß, verstopft wird.



Konrad-Demo 27.6.81
Turmbau vor dem
Rathaus SZ-Lebenstedt
Abschlußkundgebung
(Foto: R. Hübner)

UNSER WIDERSTAND GEHT WEITER

Das Rezept ist einfach:

Man verbiete eine Demonstration eine Woche vor Stattfinden, insbesondere dann, wenn aus dem Aufruf nicht klar hervorgeht, daß 'gewaltfrei' demonstriert werden soll, und wenn sich anzeigt, daß ein Einlenken hinsichtlich des Demonstrationsortes nicht in Aussicht steht.

(Ob ein juristisches Gerangel um das Verbot eine gewollte Prise Salz oder nicht ist, erscheint nebensächlich, dann das ist bis heute nicht geklärt!)

Mache Straßensperren, Personenkontrollen und lasse hier welche nach Verhandlungen durch und dort nicht und vor allen Dingen versuche den Demozug zu zerreißen und zu spalten, damit nicht allzuviel Ueingeplantes geschieht und kein geschlossenes Vorgehen ermöglicht wird.

Die Zutaten sind beliebig auswechselbar und auch nicht alle zwingend.

Wenn trotzdem noch einige wagen, sich gegen diese diktierte Form des Widerstandes zur Wehr zu setzen - massiv oder hilflos, wie in Brokdorf geschehen - dann mache sie mit Wasserkanonen, Greiftrupps, Sondereinsatzkommandos, Hubschrauberzielflügen u.ä. endgültig ein. Das wichtigste sind jedoch die 'qualifizierten Festnahmen' (Innenminister Barschel), die noch getätigt werden müssen.

Anklagen werden sich finden, Polizeizeugen auch, Prozesse werden stattfinden.

Wenn Du Glück hast, dann macht ein Reporter auch noch ein Foto, auf das man einen 'Mordversuch' konstruieren kann, und das die Presse gegen die Bewegung ausschlagen kann. Das Ergebnis könnte sein:

Eine verunsicherte Anti-AKW-Bewegung, eine Anti-AKW-Bewegung, die sich über Formen des Widerstandes streitet und nicht mehr über die Legitimität von Widerstand diskutiert.

Eine Anti-AKW-Bewegung, die vergißt, daß alle Formen des Widerstandes in ihrer gemeinsamen Anwendung uns bisher große Erfolge gebracht hat.

Eine Anti-AKW-Bewegung, die sich ihren Widerstand in Zukunft diktieren läßt - wo und wie sie irgendetwas machen darf - und die, die sich darauf nicht einlassen, 'Störer' und 'Gewalttäter' nennt und sich nicht mehr daran stört, welche Gewalt von Atomkraftwerken und ihren Schutztruppen ausgeht.

Vielleicht ist auch das Ergebnis, daß sich überhaupt nicht mit den Prozessen beschäftigt wird. Aber wir kommen nicht umhin - auf eine große Anzahl von AKW-Gegnern kommt in allernächster Zeit eine Flut von Prozessen zu.

Die Angeklagten haben Angst - und diese Angst scheint durchaus berechtigt - daß sie alleine vor den Richtern stehen, daß Solidaritätsaktionen, die so wichtig sind, nicht stattfinden.

Jedoch auch kurz vor den Grohnde-Prozessen war die Situation ähnlich.

Zeigen wir, daß unsere Solidarität mit den Angeklagten der Anti-AKW-Bewegung genauso stark werden kann, wie damals, getreu dem Motto:

'Was ist kriminell - Atomkraftwerke bauen oder sie verhindern?'

Was bedeuten die Prozesse für uns alle?

Wir haben als Anti-AKW-Bewegung bereits Erfahrungen mit Prozessen dieser Art. Besonders auf die Demonstration in Grohnde 1977 folgten Anklagen - und Verurteilungen - wegen ähnlicher 'Straftatbestände' (Vergleiche Atomexpress Nr.6!).

Damals war die Bewegung jünger, schlagkräftiger und impulsiver, konnte aber Verurteilungen

nicht verhindern, heute haben wir das, was vielleicht an Spontaneität an verschiedenen Standorten verloren ging (an anderen aber durchaus vorhanden ist), durch eine breitere Verankerung des Problemfelds Atomkraftwerke/Zerstörung unserer Umwelt in der Bevölkerung voraus.

Unbekannt ist auch für viele nicht mehr, daß die Gerichte so unabhängig nicht sind, daß manipulierte Anklagen gehandhabt werden, daß Polizeizeugen abgesprochene Aussagen machen, und ihnen mehr Glauben geschenkt wird, als irgendwelchen von uns, die dagegen zeugen können.

(Und - eine Menge mehr Menschen als 1978, zur Zeit der Grohnde-Prozesse, spricht heute dem Staat bzw. den Gerichten die Legitimität ab, über ihr Leben, Denken und Handeln zu verfügen, denn nicht ohne das durchbrechen 100 000 Menschen so bewußt ein Demo-Verbot, wie am 28.2.) Natürlich werden die Gerichte versuchen, den Hintergrund der von ihnen angeklagten Straftatbestände als 'nicht verhandlungswürdig' hinzustellen:

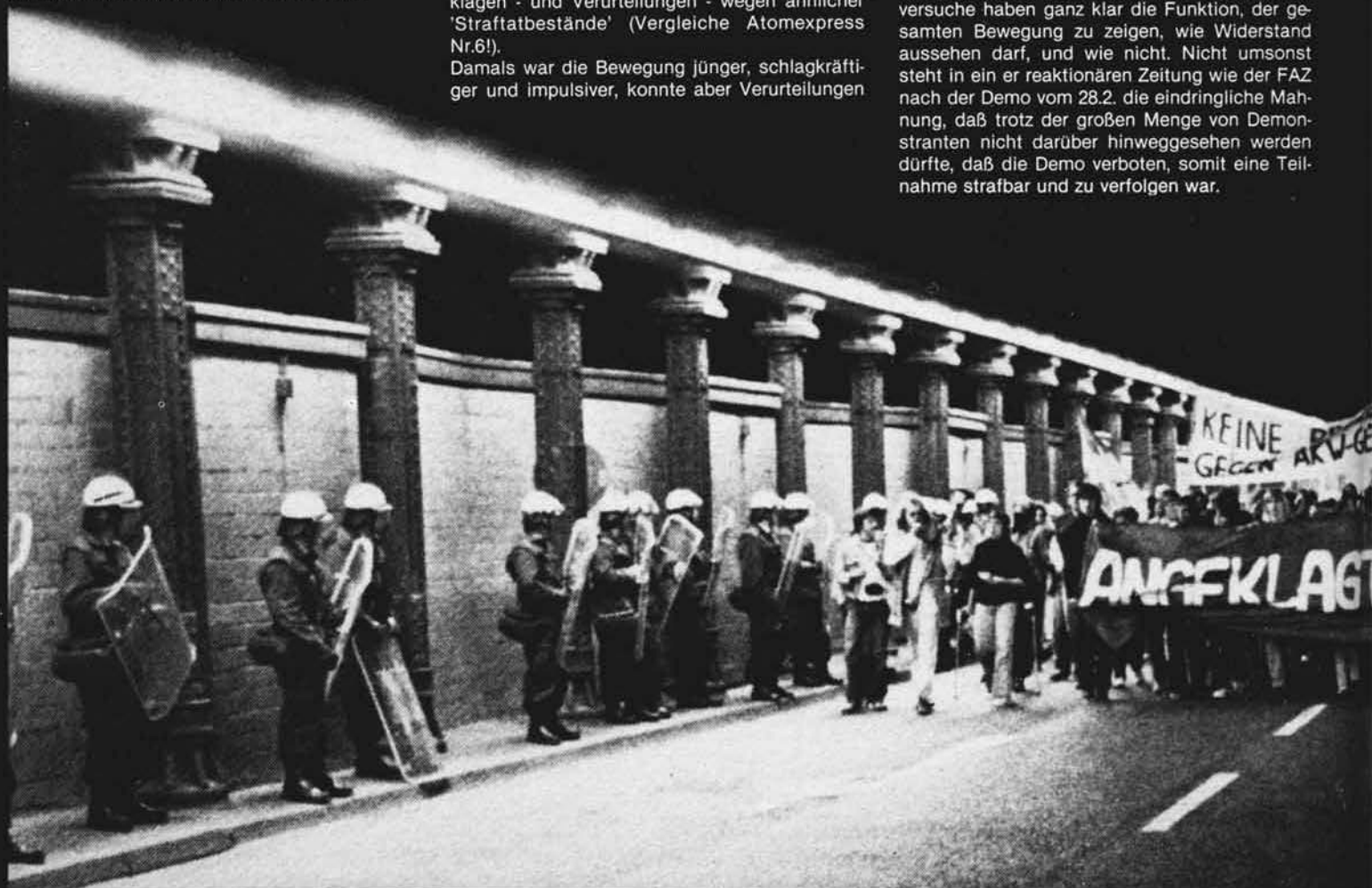
es wird ihnen um 'Landfriedensbruch' gehen (das soll sein: 'Gewalttaten aus einer Menschenmenge heraus verübt') und nicht um berechtigten Widerstand gegen die Atommafia.

Es geht ihnen um 'schwere Körperverletzung', und nicht darum, ob aufgehetzte Polizisten zuschlugen und jemand sich gewehrt hat.

Es geht ihnen um 'Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte' und nicht darum, ob eine(r), die willkürlich gegriffen wurde, sich dagegen wehrte.

Nur zu gut wissen wir aber inzwischen, daß keine(r) von uns vor einem solchen Angriff sicher sein kann, sodaß die Parole 'Angeklagt sind wenige - gemeint sind alle' auch heute wieder ihre Gültigkeit hat.

Die Prozesse und sonstigen Kriminalisierungsversuche haben ganz klar die Funktion, der gesamten Bewegung zu zeigen, wie Widerstand aussehen darf, und wie nicht. Nicht umsonst steht in einer reaktionären Zeitung wie der FAZ nach der Demo vom 28.2. die eindringliche Mahnung, daß trotz der großen Menge von Demonstranten nicht darüber hinweggesehen werden dürfe, daß die Demo verboten, somit eine Teilnahme strafbar und zu verfolgen war.



— ER LÄBT SICH NICHT VERBIETEN!

In diesem Rahmen sind die Bußgeldbescheide und Strafbefehle zu sehen: Alle, von denen sie wissen, daß sie teilgenommen haben, bekommen Geldforderungen, zum Teil sehr hohe.

Die Lächerlichkeit wird hinter §§ versteckt, aber der Abschreckungseffekt soll greifen, und tut es sicherlich auch hier und da.

Geld ist natürlich nicht alles. Und größere Abschreckungskraft hat der Knast - gerade dann, wenn klar ist, daß es mit der 'Rechtsstaatlichkeit' der Gerichte nicht so weit her ist, und wenn klar ist, daß es scheißegal ist, ob individuell nun 'praktischer Widerstand' geleistet worden ist oder nicht.

Was können wir tun!

Die Angeklagten, ihre Verteidiger, Ermittlungsausschüßmenschen und sonstige Interessierte haben sich zur Vorbereitung der Prozesse ein paar Mal getroffen. Dabei zeigte sich, daß 'die bisherigen Anklagen Menschen aus den unterschiedlichsten Lebenszusammenhängen treffen, mit zum Teil stark von einander abweichenden Vorstellungen von Widerstand. Erschwerend für ein ungefähres gemeinsames Vorgehen der Angeklagten kommt noch hinzu, daß die Justiz um einiges differenzierter vorgeht: dies wird in der Zuweisung der einzelnen Angeklagten an unterschiedliche Gerichte (Amtsgericht, erweiterte Schöffengerichte, Landgericht) mit jeweils verändertem Strafzumessungsraum, und dies bei zum Teil gleichen oder ähnlichen Vorwürfen'.

(Markus in seiner Einschätzung der Prozesse)

Wie auch schon bei den Grohnde-Prozessen und bei der Demo am 28.2. selbst, gibt es Differenzen in der grundsätzlichen Einschätzung der Prozesse/der Prozesstaktiken.

Die einen sehen in der Kriminalisierung Einzelner mittels zusammengeschusterter und konstruierter Anklagen zum einen einen Angriff auf die gesamte Anti-AKW-Bewegung, zum anderen sei der politische Zusammenhang, in dem diese abschreckenden Mittel angewandt würden, das Demonstrationsrecht und das Recht auf freie Meinungsäußerung weiter einzuschränken.

Die anderen sagen, daß die Taktik, Einzelne zur

Abschreckung hinter Gitter zu bringen, ein Angriff auf die eigenständigen Strukturen und den Willen der Anti-AKW-Bewegung sei, die sich gegen Zerstörung/AKW's etc. praktisch zur Wehr setzt. Die Einstellung der Angeklagten zu den unterschiedlichen Widerstandsformen, würden die Gerichte zum Anlaß nehmen, in sogenannte friedliche und gewalttätige zu unterteilen, Strafmilderungsangebote an 'Distanzierungswillige' zu machen und dadurch provozieren, daß Differenzen über Widerstandsformen im Gerichtssaal ausgetragen und Angeklagte und Bewegung so gespalten werden.

Die Gemeinsamkeit der Einschätzung besteht darin, daß die Angeklagten im Gerichtssaal nicht die Speerspitze der Bewegung sein könnten, sondern eine Solidaritätsbewegung außerhalb und letztlich die Weiterführung des Widerstandes gegen das Atomprogramm den politischen Rahmen für die Prozesse schaffen müßten.

Die Gemeinsamkeiten sollten die Basis der Unterstützung der Angeklagten sein und die Differenzen nicht auf die Spitze getrieben werden. So schreibt Markus in seiner Einschätzung, daß 'an diesem Punkte die Bewegung prüfen muß, ob es Ziel der Prozesse sein soll, im Sinne von Machtpolitik Organisationen und deren Absichten zu stärken, oder ob es ihr wichtig ist, durch die Schaffung von Gegenöffentlichkeit einen Schutz für den jeweiligen Angeklagten herzustellen, um dadurch eine Verurteilung zu erschweren oder zu verhindern, und um zugleich deutlich zu machen, daß unsere Stärke aus jedem einzelnen von uns herrührt'.

Auf den Betroffenenentreffen wurde sich geeinigt, daß am 26.9., also kurz vor dem ersten Prozess gegen Ralf, in Itzehoe eine politische Kundgebung mit anschließender Demonstration stattfinden soll.

Um hierzu breit zu mobilisieren, ist es inzwischen recht spät, aber die Prozesse werden monatelang

laufen und für weitere Aktionen ist es nicht zu spät.

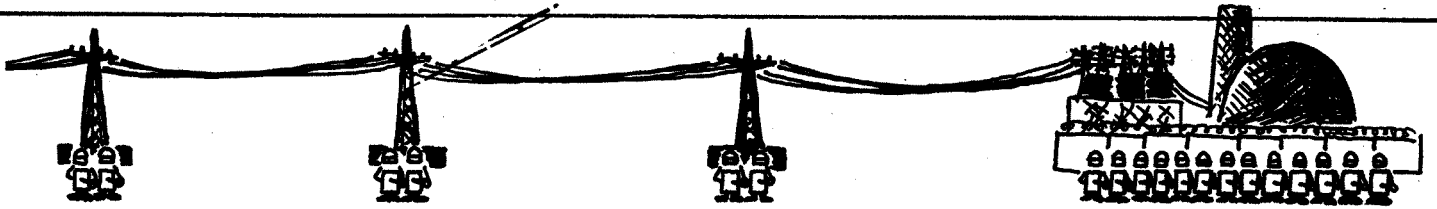
In den Initiativen muß eine breite Diskussion begangen, Flugblätter geschrieben werden, Veranstaltungen und Aktionen gemacht werden. Auf allen anstehenden Aktionen, z.B. in Hessen und Gorleben müssen die Prozesse öffentlich gemacht werden. Auch die Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn könnte ein Forum werden.

Die Beteiligung an den Betroffenenentreffen muß größer werden, dazu sollte auch breiter eingeladen werden. Vor allen Dingen sollten viele Menschen mit in die Gerichtssäle kommen, Öffentlichkeit fordern, den Gerichten ihre Zuständigkeit absprechen, über unseren Widerstand zu urteilen, und die Einstellung der Prozesse fordern. Und - es muß doch auch zu schaffen sein, zu den Prozessen noch eine große Demonstration zu organisieren !?

In unserer Berichterstattung zur Kriminalisierung beginnen wir mit der Übersicht über Bußgeldbescheide, Strafbefehle, Anklagen, Ermittlungsverfahren und Aktivitäten dagegen. Danach wollen wir die Angeklagten oder, bei Michael, Freunde und seinen Verteidiger selber zu Wort kommen lassen.

Foto: Demonstration gegen die Grohnde Prozesse am 10.6.78





Bußgeldbescheide von 20.- bis 1000.-DM Anklagen und Ermittlungsverfahren

(Grundlage: Brokdorf-Prozeß-Mappe und AKL-Info)

Laut telefonischer Auskunft des zuständigen Beamten in Itzehoe - Herr Steenbock - hat er ca. 70 Bußgeldbescheide wegen 'Teilnahme an einer verbotenen Demonstration' verschickt.

Mehr als die Hälfte dieser Bußgeldbescheide entfallen auf die 62 AKW-Gegner, die am 28.2. in und um Brokdorf von der Polizei festgenommen, zum Teil verprügelt und mehrere Stunden auf dem Baugelände festgehalten worden waren.

Sie haben über ihre Anwälte Widerspruch eingelegt. In der Regel wird ein Bußgeld von 500.-DM verlangt, einzelne sollen sogar 1000.-DM löhnen. Ein Rendsburger AKW-Gegner soll mit 250.-DM für die Verteilung eines Aufrufflugblattes zur Demo am 28.2. büßen (Prozeßtermin in der Auflistung unten!), ein Glückstädter hat für dasselbe 'Vergehen' einen Bußgeldbescheid über 500.-DM bekommen.

Ein Abgeordneter der SPD Schleswig-Holstein wurde (nach Eigenrecherchen des Herrn Steenbock beim Bürgermeister von Brokdorf) mit einem Bußgeld bedacht; ebenso die vier Grünen Stuttgarter Abgeordneten.

Zwei Pfarrer aus Osnabrück, die sich in ihrer Pfarrzeitung mit den Brokdorfdemonstranten solidarisierten und bekannten, daß auch sie dabei gewesen sind, haben Bußgeldbescheide über je 1000.-DM und ein kircheninternes Disziplinarverfahren bekommen.

20.-DM Bußgeld wegen Verstoßes gegen die Straßenverkehrsordnung haben die drei Leute bekommen, die bereits bei der Abfahrt des Konvois in Hamburg festgenommen worden waren.

Klaus aus Kiel hat einen Strafbefehl wegen Widerstand bei seiner Festnahme über 800.-DM, Andreas aus Hamburg einen über 900.-DM (ersatzweise 30 Tage Haft) wegen Teilnahme an der verbotenen Demo und Mitführen von waffenähnlichen Gegenständen (Knallfrösche, Sechskantmuttern, Seitenschneider) bekommen.

Bernd aus Hamburg, der auch vor dem Bauplatz am 28.2. gefangengenommen worden war, hat jetzt die Mitteilung erhalten, daß gegen ihn noch wegen Teilnahme an einer verbotenen Demo ermittelt werde. Vorher hatte ihm die Polizei ein Paket mit einem Schlagstock zugeschickt, den er als sein Eigentum quittieren sollte. Er hat das Paket zurückgeschickt.

Mitte Juli wurde gegen Michael aus Bremen und Markus aus Dithmarschen beim Landgericht Itzehoe Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung gestellt. (Hintergründe der Verhaftung im Atomexpress Nr.24 Seite 24 ff) Ab 1.Oktober wird mit Prozeßbeginn gegen die beiden gerechnet.

Ralf und Wilfried, beide Sanitäter aus Osnabrück: Ralfs Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und versuchte Gefangenenbefreiung. Gegen ihn soll der Prozeß bereits am 29.September um 9.00 Uhr vor dem Amtsgericht in Itzehoe beginnen.

Wilfrieds Anklageschrift ist noch unterwegs. Ermittelt wurde bisher gegen ihn wegen schweren Landfriedensbruchs, Mißbrauch von Amtsabzeichen (Tragen der Rot-Kreuz-Binde), Teilnahme an einer verbotenen Demo. Polizisten wollen ihn als einen derjenigen erkannt haben, der vorher Steine auf Polizeiketten geworfen habe. Seine Verletzungen sollen von steinwerfenden Demonstranten verursacht worden sein. Um ihn vor weiteren Steinwürfen zu schützen, sei er von Beamten hinter die 'schützenden Reihen der Kollegen' gezogen worden. In Wirklichkeit ist er von einer Meute gewaltgeiler Polizisten krankenhausauffällig geschlagen worden und hatte noch wochenlang die Folgeschäden auszukurieren. (Siehe dazu auch den Bericht im letzten Atom Express und den 'Zeugen gesucht' Aufruf diesmal)

Herbert aus Stadensen bekam seine Anklageschrift schon im Juli - schwerer Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und schwere Körperverletzung sind die Vorwürfe gegen ihn. In der Krankenstation auf dem Baugelände wollen ihn Polizisten als einen derjenigen wiedererkannt haben, die zuvor beim Wasserwerfer Nr.19 Steine geworfen haben. Allerdings konnten sich die Polizeizeugen noch nicht einigen, ob er eine schwarze Lederjacke oder eine gelbe Öljacke trug.

Sein Prozeß soll vor der großen Strafkammer des Landgerichts Itzehoe stattfinden, d.h.

- a) das Strafmaß kann höher ausfallen, als vor dem Amtsgericht
- b) eine Berufungsinstanz würde entfallen.

Der Termin steht noch nicht fest, erstmal ist auch Widerspruch gegen diese Instanz eingelegt worden.

Edeltraut aus Tübingen befand sich auf der Bundesstraße 431 und lief weg, als Wasserwerfer die Straße räumten. Beim Weglaufen wurde sie vom Wasserwerferstrahl umgerissen und daraufhin verprügelt. Während des Weglaufens soll sie angeblich mit Gegenständen auf Polizisten geworfen haben. Ihre Entlastungszeugin hat sofort einen Bußgeldbescheid wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration erhalten. Edeltraut hat eine Anklage vom Amtsgericht Itzehoe bekommen wegen versuchtem körperlichem Widerstand gegen den festnehmenden Polizisten, den sie mit dem Ellbogen gestoßen haben soll, und wegen Landfriedensbruch.

Anzeige:



Für böartige Bullen.

Wrafftliche Befestigung, geflecht, geflocht, in der Herde und Kopf leicht und ohne Zeitverlust einsetzbar. Soll bei Bullen bedien, nur die Rette ausfahren. Mit unentbehrlich von vielen Landwirten erprobt. Zu haben à 12 Stk. bei

W. Kellmann,
Bergum, Hagen.

Als vorerst letzte haben die beiden Hamburger AKL-Kollegen Kai und Uwe, die beim Angriff der Polizei auf den Lautsprecherwagen aus dem Fahrerhaus gezerrt worden waren, jetzt Anklagen wegen Landfriedensbruch, Körperverletzung, Widerstand und Verkehrgefährdung bekommen. Wegen dem Umfang des Verfahrens soll es vor einem erweiterten Schöffengericht stattfinden. Die Staatsanwaltschaft bietet nicht weniger als 22 Polizeizeugen auf. Einige dieser Beamten sind bereits bei anderen Prozessen einschlägig in Erscheinung getreten.

Gegen Jo (BBU-Vorstand) wird wegen Leitung einer verbotenen Demonstration ermittelt.

Ermittlungsverfahren gegen 'Busanmieter' gibt es in Wolfenbüttel, wo ein Sozialarbeiter wegen Fahrkartenverkauf eine Vorladung bekam. Akteineinsicht wurde bisher nicht gewährt, es hat sich in diesem Fall noch nichts weiter getan.

Ähnliches in Braunschweig, wo 4 Mitarbeitern des ASTA von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Braunschweig vorgeworfen wird, presserechtlich verantwortlich für den Demo-Aufruf gezeichnet zu haben. Gegen sie und die Flugblattverteiler besteht der 'Verdacht der Durchführung einer verbotenen Versammlung' bzw. der Teilnahme daran.

Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen das AKW in Brokdorf gibt es noch vier Anklagen wegen Brandanschlägen auf das Amtsgericht Glückstadt und das Büro der Elektrizitätsgesellschaft Schleswig in Glückstadt. Angeklagt sind Axel, Frank, Andreas und Manfred aus dem Raum Glückstadt/Itzehoe. Der Prozeß beginnt am 5.10. um 9.00 Uhr im Amtsgericht Itzehoe.

Schließlich gibt es noch Ermittlungsverfahren gegen sieben Mitglieder der BUJ Itzehoe und der 'Bewegung Weiße Rose' wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung (§ 129 a). Begründet wird das mit Sabotageaktionen gegen Firmen, die am Bau des AKW in Brokdorf beteiligt sind. Am 16.Juni wurden Hausdurchsuchungen im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen durchgeführt.

Prozeßtermine

23. September 81	Amtsgericht Rendsburg, 14 Uhr, Saal 1, Königstr. 17 gegen Bernd Broux; Bußgeldeinspruchs-Hauptverhandlung wegen Verteilung eines Aufrufflugblattes zum 28.2.81
29. September 81 weiter 1.10. und mehr	Amtsgericht Itzehoe, 9 Uhr, Raum 13 gegen Ralf Uchtmann; wegen schwerem Landesfriedensbruch, Widerstand und versuchter Gefangenenbefreiung am 28.2.
1. Oktober 81 weiter i.a. immer Do/Fr	Landgericht Itzehoe (Jugendkammer) gegen Markus Mohr und Michael Duffke (seit 31.3.81 im Knast; z.Zt. in Neumünster); wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch - es geht um den Vorfall im Graben am 28.2.
5. Oktober 81 und weitere Termine	Amtsgericht Itzehoe gegen Axel Schrotmann, Frank Breyhan und Manfred; wegen Brandanschlägen auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt im November/Dezember 1980

Eine BI soll zerschlagen werden

Itzehoe 11.8.(taz) Vor vier Wochen hat die Staatsanwaltschaft in Schleswig ein Ermittlungsverfahren gegen die Itzehoer Anti-AKW-BI "Weiße Rose" wegen des Verdachts der Bildung einer "kriminellen Vereinigung" eingeleitet (siehe taz vom 19.7.). Auf einer Pressekonferenz erläuterten die sieben betroffenen Personen die politischen und juristischen Hintergründe ihrer politischen Verfolgung. Sie erhoben dabei den Verdacht, daß die verantwortlichen Beamten vorsätzlich und wissentlich bei Vernehmungen von Verdächtigen, denen Brandanschläge auf das Amtsgericht und die Stadtwerke in Glückstadt vorgehalten werden, Amtsmissbrauch verübt haben zum Zwecke der Verfolgung Unschuldiger.

Dabei geht es insbesondere um die langen Vernehmungen von Manfred, der sich am 25.1. selbst der Kripo gestellt hatte und die Anschläge auf seine Kappe nahm. Gegen den Vernehmungsbeamten Söhrensens erheben die Mitglieder der Itzehoer BI den Vorwurf, von ihm formulierte frei erfundene Aussagen Manfred "untergeschoben" und ins Vernehmungsprotokoll aufgenommen zu haben. Die Absicht der Kripo war dabei vor allem, die BI Weiße Rose als den eigentlichen Drahtzieher der Aktionen aufzubauen. Die Kripo zu Manfred: "Ihr seid nur die verführten Jugendlichen, während die Drahtzieher und Hintermänner in der Weißen Rose sitzen". Ein wesentlicher Teil der insgesamt 14-stündigen Vernehmung von Manfred bestand offensichtlich darin ihm Aussagen "nahe zu legen", die diese These der Kripo erhärten sollte. Aufgrund des erstellten Vernehmungsprotokolls, deren Wahr-

heitsgehalt Manfred inzwischen bestreitet, und wegen der Veröffentlichung der Bekennerrbriefe zu den Anschlägen auf Betonfahrzeuge und ein Förderband einer Zementfabrik bei Itzehoe, leitete die Justiz das Ermittlungsverfahren nach §129 und §129a ein.

Bei den durchgeführten Hausdurchsuchungen im Juni wurden Flugblätter, persönliche Aufzeichnungen und die Adressenkartei der BI mitgenommen. So kann die BI im Augenblick nur schwerlich den Kontakt zu anderen BIs aufrechterhalten. Die Öffentlichkeitsarbeit wird beständig durch die Polizei behindert, wie z.B. durch den Abbau von Büchertischen, weil diese angeblich die vorgeschriebene Länge um 80 cm Die Staatsanwaltschaft verfolgt offensichtlich das Ziel, die Arbeit der BI zu verunmöglichen und Sympathisanten vor einer Solidarisierung mit der "Weißen Rose" abzuschrecken.

Lassen Sie bitte den Angeklagten vertreten, der beschuldigt wird, am 28.2. einen Polizeibeamten erheblich verletzt zu haben!



Zeugen gesucht !!!

Ralf und Wilfried aus Osnabrück suchen beide noch dringend Zeugen. Bitte seht Euch dafür den letzten Atom Express noch mal an, dort sind der Ort und die Umstände der Festnahmen genauer beschrieben.

Ralf sucht die Demonstrantin, die zwischen 16.30 und 17.00 Uhr in der Nähe der kleinen Holzbrücke (auf der Wiese neben der B 431) von den Beamten Unglaube (Koblenz) und Mehlinger (Kaiserslautern) festgenommen wurde.



Meldet euch bei:
Rechtsanwalt Klaus Rüter
 An der Petersburg 17, 45 Osnabrück
 Tel.0541/571693

Foto © 'Freunde der Erde', Berlin
 Dieses Bild zeigt Wilfried kurz vor seiner Festnahme. Die Jacke, die er über dem Parka trug, war leuchtend rot. Am linken Arm sieht man die Rot-Kreuz-Binde. Wer kann sich an diesen Sani erinnern? Wer hat gesehen, wie er kurz nach Aufnahme dieses Bildes festgenommen wurde? Wer kann darüber berichten, was er an der Kreuzung gemacht hat?

Meldet euch bei:
Rechtsanwalt Dr.Horst Simon
 Krahnstr.6, 45 Osnabrück
 Tel.0541/28233

Abschließend noch eine Bitte:Die Prozesse können sehr teuer werden! Wir benötigen noch dringend Spenden auf unser Rechtshilfekonto: „Spendenkonto für verfolgte AKW-Gegner“, Kontonr. 12275, Raiffeisen-Bank Osnabrück

Auch Herbert sucht noch Zeugen für seine Festnahme:
 Auf der Wiese Richtung Bauernhof, 300 m von der B 431 entfernt, wurde er nach einem Hubschraubertiefflug zu Boden geworfen, dort von einer Horde Polizisten mit Stöcken längere Zeit verprügelt und mit Handknebelketten schließlich in Richtung Wassergraben B 431 abgeführt. Kleidung: schwarze Lederhose, gelbe Regenjacke, blauer Helm.

Kontaktadresse:
 Ermittlungsausschuß BUU-Hamburg
 Bartelstr.26, 2 Hamburg 6
 Tel.040/4398671

AKL-Info

Der Arbeitskreis Leben will in der nächsten Zeit ein periodisch erscheinendes Info über - Bußgelder

- Strafverfahren gegen Demotellnehmer und - besonders über die Verfahren gegen die Gewerkschafter, die bei der Lautsprecherwagenkaperung festgenommen wurden, erstellen.

Wer in einen Fond, der eingerichtet wurde, um die Kosten der Prozesse, Anwälte, von Info-Material und Porto etc. bestreiten zu können, monatlich eine Spende von 5.-DM einzahlt, bekommt dieses Info zugeschickt.

Solidaritätskonto:

Zu den Vorfällen bei der Kaperung seines Lautsprecherwagens (ein großer blauer INTER RENT Wagen) sucht der Arbeitskreis Leben noch dringend Zeugen. Meldet euch sofort schriftlich bei der Kontaktadresse und teilt mit, was ihr genau bezeugen könnt.

Kontaktadresse:
Michael Petersen, Gustav Falke Str.2
2 Hamburg 13

Michael Petersen; PschA Hamburg
 Konto-Nr. 138478 - 205
 Stichwort: Brokdorf-Verfahren

Itzehoe, 15.8.81

Vorweg - vom Atom Express war keiner da, deswegen ein kurzer Bericht nach TAZ und einigen Telefonaten.

Die Forderungen nach Freilassung von Michael aus dem Knast und nach Einstellung der Ermittlungen nach §129, §129a gegen die BUU Itzehoe und die Bewegung Weiße Rose sollten mit der Demo in Itzehoe am 15.8. unterstützt werden.

Es kamen 300-500 AKW-Gegner, denen ebenso viele Grüne in Kampfausrüstung gegenüberstanden. Die unangemeldete Kundgebung, die an die Bevölkerung gerichtet werden sollte, überstand keine drei Worte, dann wurde der Lautsprecherwagen einkassiert. Mit Wasserwerfern und massivem Polizeieinsatz wurde versucht, die Demonstration zu zerschlagen. Beim Katz- und Mauspielen mit der Polizei gingen diverse Scheiben zu Bruch.

Da Michael eine Woche zuvor von Itzehoe nach Neumünster gebracht worden war, begaben sich ungefähr 150 Leute noch nach dort und zogen in Trüppchen durch die Stadt. Auch hier gab es Glasbruch; die Polizei soll wahllos Leute ange-macht und/oder auch eingesackt haben.

Ein Grüppchen von ca. 50 Leuten, die mit einem Spruchband über die Straße gingen, wurde eingekesselt und alle festgenommen, erkennungsdienstlich mißhandelt. Alle waren am Abend jedoch wieder frei.



Foto:
Demonstration am 15.8.81 in Itzehoe

Es würde mir ein Gefühl der Stärke geben, wenn ich viele Menschen hinter mir im Gerichtssaal wüßte, die genauso denken wie ich . .

(Prozeßerklärung von Ralf)

Wir haben in den letzten Wochen sehr viel über die Prozesse und wie wir sie führen könnten diskutiert. Was für mich dabei zu kurz kam, waren die ganz persönlichen Gedanken und Vorstellungen der einzelnen Angeklagten. Es wurde eigentlich immer nur über die für mich schwer faßbare Öffentlichkeit, über "die Bewegung" (Wer ist das überhaupt?) gesprochen, die sich mit den Angeklagten solidarisieren und gegen die Prozesse kämpfen soll. Ich glaube nicht, daß "die Bewegung" zur Zeit in der Lage ist, so viel Druck zu machen, daß sich die Gerichte davon beeindruckt lassen würden und diesem Druck - z.B. bei ihren Urteilsbemessungen - berücksichtigen würden.

Ich finde es gut, daß immerhin einige Leute sich konkret durch diese Prozesse bedroht und betroffen fühlen und aus diesem Gefühl heraus in den letzten Wochen sich aktiv an den Prozeßvorbereitungen beteiligt haben, indem sie auf den Treffen mit uns gemeinsam diskutiert und organisiert haben. Ich glaube, daß sie erkannt haben, daß mit diesen Prozessen wieder mal versucht werden soll, unseren berechtigten Widerstand mit all seinen Formen (so wie sie z.B. auch am 28.2. praktiziert wurden) zu zerschlagen, indem er auf die Ebene "krimineller" Handlungen geschoben wird und wir dann als "Kriminelle", die gegen "Gesetz und Ordnung" (Welche Ordnung hier wohl gemeint ist?) verstoßen haben, abgeurteilt werden sollen.

Ich weiß nicht, woran es liegt, daß jetzt zu den Prozessen kaum noch Menschen von denen da sind, die mit uns gemeinsam zum Beispiel am 28.2. in Brokdorf gegen diese Scheiß-AKW's und den erneuten Versuch, das Atomprogramm mit allen Mitteln durchzusetzen gekämpft haben. Es gibt sicher viele Gründe dafür, aber so richtig verstehen kann ich es nicht.

Zu meinem Prozeß, der ja anscheinend der erste Brokdorf-Prozeß sein wird, möchte ich noch sagen, daß ich es unheimlich gut fände, wenn ich nicht allein vor diesen Richtern stehen müßte, denen ich persönlich sowieso das Recht abspreche, über mich zu richten. Es würde mir ein Gefühl der Stärke geben, wenn ich viele Menschen hinter mir im Gerichtssaal wüßte, die genauso denken wie ich und die Wissen, daß wir Angeklagten stellvertretend für all die vor Gericht stehen, die nicht länger bereit sind, die Zerstörung ihrer Umwelt und der Vorstellungen von einer anderen, besseren Form des Zusammenlebens (Ohne Bullen, ohne AKW's, ohne Rüstung, usw.) einfach so hinzunehmen und die sich dagegen zur Wehr setzen.

Wie ich meinen Prozeß, weiß ich noch nicht so genau, mir ist aber klar, daß ich mich nicht von meinen Vorstellungen und Formen des Widerstandes distanzieren werde. Dieser Widerstand ist ein Teil von mir, und ich kann und will mich nicht von mir selbst distanzieren.

Vielleicht am Schluß noch der Dank an alle, die mir bisher so unheimlich gut geholfen haben und mir die Kraft geben, diesen Kampf fortzuführen und durchzustehen.

Kein AKW in Brokdorf und auch nicht anderswo auf der Welt!

Sofortige Freilassung von Michael aus dem Knast!

Einstellung aller Verfahren gegen AKW-Gegner, Hausbesetzer, und alle, die sich in irgendeiner Form gegen Unterdrückung und Vernichtung wehren! Venceremos!

Ralf aus Osnabrück

Foto:
Ein Resultat der Itzehoe-Demo waren kaputte Scheiben. Hier die einer Bank. Sinnig das Reklamefoto dahinter: "Start in ein besseres Leben!"



Zwei Wochen nach der großen Brokdorf-Demo vom 28.2. war in über 200 Tageszeitungen der BRD ein aus dem Zusammenhang gerissenes Sensationsfoto aus dem «Stern» zu sehen. Jenes Foto diente als Grundlage für einen Fahndungsauftrag der Staatsanwaltschaft Itzehoe, welcher von einem 'schwerverletzten Polizisten' und einem Kopfgeld auf die Täter von rund 5.000 DM sprach.

Zwei Tage nach diesem Fahndungsauftrag am 16.3. (besagter Polizist war bereits am 14.3.1 aus dem Krankenhaus entlassen worden, Anm. d.S.) fand dann bei mir zuhause die erste Hausdurchsuchung durch vier Landeskriminalamts-(LKA)-Menschen auf Grundlage zweier anonymer Anrufe statt.

Zunächst war ich bei der Hausdurchsuchung nicht anwesend, da ich etwas später von der Schule gekommen war. Bei meinem Erscheinen wurden mir sofort der Helm und die Handschuhe abgenommen und beschlagnahmt. Ich begab mich erst mal in die Küche, wo ich mich hinsetzte. Ich wurde dabei von den Schergen begleitet, die sich ebenfalls allesamt in diesen Raum begaben. Da unsere Küche nur von geringer Größe ist (acht Quadratmeter) war diese dann auch sofort gefüllt. Mit einem Mal sah ich mich einer Phalanx gegenüber, und da ich zudem noch zufällig in der Ecke saß, war ich unvermittelt physisch eingekesselt. Ich wurde in dieser Situation - ohne über meine Rechte belehrt worden zu sein - mit Fragen und Vorhaltungen bombardiert wie etwa: «Wo ist der Spaten? Wo ist die Regenjacke?» usw. Zu dem damaligen Zeitpunkt sind von meiner Seite einige Aussagen gekommen, die, obwohl sie richtig waren, in der Tendenz gegen mich ausgelegt werden können, getreu dem Spruch 'Alles was Sie sagen, kann gegen Sie verwendet werden'. Zwar war mir damals die Rechtshilfebroschüre der BUU bekannt, bzw. daß es am besten ist, immer die Aussage bei der Polizei zu verweigern, in dieser konkreten Situation sah es bei mir jedoch anders aus: Die Kripo-Beamten versuchen immer mit allem, was sie sagen, Verwirrung, Druck und Unsicherheit zu schaffen in der Hoffnung auf einige Aussagen. Ich denke, daß es sehr wichtig ist, sich niemals mit solchen Leuten auf ein Gespräch einzulassen. Auf alle Fragen und Vorhaltungen darf es nur ein 'Ich verweigere jede Aussage' geben.

Nachdem von der Kripo mir gegenüber quasi der Eindruck einer 'vorläufigen Festnahme' erweckt worden ist («Wir möchten Sie bitten, mit nach Brunsbüttel zu kommen.»), bin ich dann in Brunsbüttel einem etwa dreistündigen Verhör und einer erkennungsdienstlichen (ED) Behandlung unterworfen worden. In einem solchen Zusammenhang hat eine ED-Behandlung vor allem den Zweck, beim Betroffenen den Eindruck der absoluten Machtlosigkeit und des hilflos Ausgeliefertseins zu erreichen. Es war für mich ein unheimlich niederschmetterndes Gefühl von zwei Schergen umringt, einem dritten angefasst zu werden, um von mir die Fingerabdrücke zu nehmen. Nach dieser Prozedur liefen dann die Fotoaufnahmen, bei denen man von starken Scheinwerfern angestrahlt wird und eine Nummer unter den Hals geklemmt bekommt. Ich bin mir in dieser Situation wie ein Gebrauchspappkarton vorgekommen, der hin und her gestoßen und dabei registriert wird. Nach der ED-Behandlung wurden die Befragungen und die Verhöre weiter fortgesetzt. Mir gegenüber wurden dabei zwei Arten der Informationsherauspressung angewandt. Zunächst eine etwas härtere Befragungsmethode: «Wo ist der Spaten? Warum sind Sie gegen Polizisten? Wieso haben Sie zugeschlagen?» Nachdem ich weitestgehend nicht auf solche Sachen eingegangen bin, kamen von Seiten der Beamten solche 'Freundlichkeiten' wie etwa: «Wollen Sie nicht Ihre Lage verbessern? Wir sind doch auch an Ihrer Unschuld interessiert!... und überhaupt würden sie es auch ganz schrecklich finden «wenn De-

»Sie können mir doch sagen, wo Markus ist . . . wir wollen ihm doch nur helfen!«

Markus Mohr erzählt von Hausdurchsuchungen bei ihm, wie die Kripo ihn, die Mutter und Mitschüler verhörte, von Verhaftung, der Knastzeit und wie er sich dabei gefühlt hat.

monstranten von Polizisten zusammengeschlagen würden».

Beide Methoden wurden im Wechselspiel gegen(!) mich angewandt und dienten nur dem einen Ziel: Irgendwelche Informationen aus mir herauszubekommen, und sei es auch nur in der Form von Namen einiger Freunde usw.! Je mehr man anfängt mit diesen gedrillten Leuten zu reden, desto mehr gibt man ihnen in die Hand, womit sie argumentieren können.

Schließlich bin ich - nachts um 23 Uhr - nach Haus entlassen worden.

Die bei dieser ersten Hausdurchsuchung beschlagnahmten Sachen wurden mir drei Tage später **a l l e s a m t** von der Staatsanwaltschaft Itzehoe zurückgeschickt.

Es dauerte vom 16.3. ab noch zwölf Tage, bis ich am 27.3. in Itzehoe verhaftet worden bin. In dieser Zeit bin ich permanent von zwei Zivilen observiert worden. Fahrzeuge mit Itzehoer Kfz-Kennzeichen parkten in meinem Weg und notierten jedes Fahrzeug, das in diesen Weg hineinfuhr.

Fünf Tage vor meiner Verhaftung gingen sie dann ganz konkret an, mein Umfeld abzustecken. Zwei Kripo-Leute kamen in meine Schule und ließen

sich vom Direktor 16 willkürlich herausgegriffene Namen von Schülern geben. Das merkwürdige an dieser Namensliste war, daß die Herausgegriffenen sehr weit gestreut waren. So waren z.T. recht jüngere Schüler dabei, mit denen ich in meinem Leben noch nie ein Wort gewechselt hatte. Sie gingen dann an, einzelne Leute heraus zu picken, sie zuhause zu besuchen, ihnen das inzwischen auf DIN A 1 vergrößerte Foto zu zeigen, murmelten Irgendetwas von 'Mordversuch' und fragten, ob ich ihnen bekannt sei. In diesen Situationen sind von meinen Mitschülern Aussagen gekommen, da ihnen gegenüber von der Kripo der Eindruck erweckt wurde, daß sie bei einer Nichtbeantwortung von Fragen einen 'Mordversuch' decken würden.

Durch diese Verhöre von Mitschülern wurde ein wahnsinniger Druck auf mich in der Schule ausgeübt, da ich natürlich den wildesten Gerüchten und Fragen von Mitschülern ausgesetzt war, so daß ich in einen unheimlichen Legitimationsdruck gegenüber diesen Leuten geriet. Zu dem kam noch hinzu, daß die Ermittlungen eine Vorverurteilung von mir erreichen sollten. So wurde z.B. meine Freundin aufgesucht und befragt, ob sie den 'Mörder mit dem Spaten' kenne!

In dieser Situation kam es dann am 26.3. bei uns zu einer zweiten Hausdurchsuchung.

Dieses Mal waren 10 Kripo- und Justizmenschen damit beschäftigt unser Haus ein zweites Mal auf den Kopf zu stellen. Während dieser Durchsuchung wurde meine Mutter von dem Staatsanwalt und dem Einsatzleiter verhört. Offenbar war es die Absicht der Beamten, ein Psycho-Bild von meiner Person zu erhalten bzw. mein Umfeld abzustecken. Nach Schilderung meiner Mutter wurde sie folgendermaßen verhört und befragt: «Wir müssen wissen, wo Markus ist! Wie war das denn, als Ihr Mann gestorben ist, hat Markus das sehr mitgenommen?... Hat er sehr an seinem Vater gehangen? Das ist doch auch nicht einfach für Sie, so jung Witwe zu werden? Sie müssen doch wissen, wo Markus ist! Sagt er denn nie Bescheid, wo er hingehet? Haben Sie denn nie die Schaufel in seinem Besitz gesehen?» (Diese Frage kam ganz unvermittelt und in der Tonlage genau wie die anderen!) «Sie können mir doch sagen, wo Markus ist, ... wir wollen ihm doch nur helfen! Sagen Sie mal, Frau Mohr, ... Markus ist doch so 18 bis 19 Jahre alt, ... so im Flegelalter,



Foto: 28.2.81 in Brokdorf. Immer wieder werden mit Hubschraubern den flüchtenden Demonstranten Polizeitruppe hinterhergeschickt.

wie kommen Sie denn mit ihm klar? Ich hab' doch auch Kinder, ich weiß doch, wie das ist! Raucht Markus sehr stark, trinkt er viel, ... hascht er? Hat er viele Freunde auf der Schule? Kommt er gut klar in der Schule? Wie beschäftigt er sich denn in seiner Freizeit?» usw.

Da ich an jenem Tag nicht zuhause war, und wohl die Absicht der staatlichen Organe darin bestand, mich so schnell wie möglich zu greifen, wurde nach Beendigung der Durchsuchung ein Polizeiwagen vor unserer Wohnung postiert. Mein Anwalt konnte jedoch erreichen, daß dieser nach einer Weile wieder abzog, und ich die Nacht unbelästigt zuhause verbringen konnte.

»Haß und Rachsucht« und »niedere Motive«?

Am nächsten Tag fand mit mir und meinem Anwalt ein Termin beim Staatsanwalt im Polizeihochhaus in Itzehoe statt. Ich wurde von diesem noch einmal befragt, ob ich etwas 'zur Sache' sagen wollte. Als ich dies verneinte, zog er dann kurzerhand einen Haftbefehl hervor, in dem so saloppe Formulierungen wie etwa 'Haß und Rachsucht' oder 'niedrige Motive' enthalten waren.

Obwohl ich selber schon an sowas wie eine Verhaftung gedacht hatte, als ich damals nach Itzehoe gefahren bin, hat die Verhaftung bei mir psychisch doch ganz schön reingehauen, sodaß ich ziemlich fertig war und geheult habe. Verstärkt wurde diese ganze Niedergeschlagenheit auch noch durch die anschließende Fotografiererei, bei der ich mich in bestimmten Stellungen mit angezogenen Handschuhen hinstellen mußte, sowie dadurch, daß ich danach in eine einheitlich grau gestrichene Zelle, in die das Licht nur durch undurchsichtige, milchig-getrübte Plexiglasscheiben dringen konnte, gesteckt worden bin. Nachdem ich in der Zelle noch mit meinem Anwalt gesprochen habe, bin ich von Itzehoe nach Meldorf zum Haftrichter gefahren worden, der nichts besseres zu tun hatte, als den Haftbefehl zu bestätigen. Von Meldorf wurde ich dann nach Neumünster in den Knast gebracht. Rückblickend würde ich meine Zeit im Knast mit drei Stichworten beschreiben: Isolation, Druck und Machtlosigkeit.

Es dauerte im Knast für mich über eine Woche, bis ich eine Zeitung lesen konnte, die mir zudem noch zugeschmuggelt worden war. Ein Radio er-

hielt ich erst nach drei Wochen, ein Fernsehen erst fünf Tage vor meiner Entlassung. Zu dem kam noch eine Isolation bezüglich der anderen Gefangenen. Die meisten Leute im Knast sind soziale Gefangene, und es ist mir unheimlich schwer gefallen, ihnen meine Motive und Absichten bzw. den Hintergrund meiner Verhaftung aufzuzeigen. Sie konnten es einfach nicht verstehen, wie jemand für Brokdorf in den Knast kommen konnte.

Es scheint im Knast auch System zu sein, daß man permanent mit anderen Wärtern zu tun hat, da diese ständig wechseln. Ich habe dadurch in keiner Weise Bezugspersonen erhalten, die ich mal für irgendetwas verantwortlich hätte machen können.

Ein konkretes Beispiel war bei mir, als ich abends einmal einen Wärter bat, mir Briefpapier zu bringen. Er lehnte diese Bitte mit dem Hinweis ab, daß es Briefpapier nur morgens geben würde. Als ich dann morgens einen anderen Wärter darauf ansprach, meinte dieser nur, Briefpapier würde es nur abends geben.

Schwierigkeiten entstanden auch durch den Umstand, daß oftmals meine Zelle ohne mein Wissen gefilzt worden war. Irgendwann fehlten mir einige Broschüren. Einfach so, sie waren nicht mehr da! Eine Beschwerde gegen die diensthabenden Wärter blieb ergebnislos, da diese von nichts wußten.

Die schlimmste Erfahrung war für mich jedoch das verdammt eingepferchtsein auf 10 Quadratmetern 23 Stunden lang jeden Tag. Praktisch war ich gezwungen, den ganzen Tag auf dem Bett zu liegen, und habe mich physisch dann auch entsprechend gefühlt. Eine andere Seite ist die psychische Verfassung, in die ich durch diesen Umstand geraten bin. Ich schwankte innerhalb von Minuten zwischen absoluter Aggression und tiefer Depression. Dies äußerte sich darin, daß ich zum einen in der Zelle wie eine Raubkatze auf und ab ging und dabei mit Fäusten an die Wand oder Tür trommelte und zum anderen, daß ich schon kurze Zeit später zusammengesunken in der Ecke saß und hemmungslos heulte.

Nach 34 Tage Knast bin ich dann gemeinsam mit Axel und Frank freigelassen worden. Konkreter Anlaß für diese Maßnahme war eine Haftprüfung, die zu dem damaligen Anlaß hätte entschieden werden müssen. Mein Anwalt hatte beantragt, den Vorwurf überprüften zu lassen, und zwei Tage bevor eine Entscheidung von Seiten des Amtrichters hätte gefällt werden müssen, zog die Staatsanwaltschaft ihre 'Mordversuchsgeschichte' zurück und beantragte nun ihrerseits, mich aus dem Knast zu entlassen. Dies wurde dann auch von dem Amtrichter willig befolgt, und mein Haftbefehl wurde 'außer Vollzug' gesetzt,

d.h. ich habe nach wie vor einen Haftbefehl am Hals und befinde mich nur dank der Auflagen in Freiheit. Die Aufklagen sehen so aus, daß ich jedes Verlassen des Kreises Dithmarschen dem Staatsanwalt mindestens zwei Tage vorher bekannt machen muß (Markus' Anwalt wohnt in Hamburg! Anm. d.S.), daß ich mich zweimal in der Woche bei der Polizei zu melden habe, den Personalausweis und Reisepaß abgeben mußte, sowie daß ich allen Terminen bei Polizei und Justiz Folge zu leisten habe.

»Dialog mit der Jugend« oder ein »Exempel«!

Der 'Mordversuchsvorwurf', der Michael und mir gemacht worden ist, ist inzwischen in einen 'Verdacht der vorsätzlichen schweren Körperverletzung und des schweren Landfriedensbruchs' umgewandelt worden. Unter diesen Vorwürfen sollen wir nach Lage der Dinge im Oktober vor der Jugendkammer des Landgerichts in Itzehoe angeklagt werden.

Abschließend würde ich meine Freilassung so einschätzen, daß es der Staatsanwaltschaft aufgrund der recht breiten und großen Solidaritätswelle für mich nicht ratsam erschien, sich 'Märtyrer' zu schaffen bzw. sich noch im Prozeß den 'Dialog mit der Jugend' offenzuhalten.

Leider war es wohl doch so, daß bei der vielen Solidarität mit mir, Michael vielleicht etwas vergessen worden ist, so daß es der Staatsanwaltschaft umso leichter fällt, ihn in Haft zu halten. Ich denke, daß die große Gefahr besteht, daß versucht wird, eine Art 'Exempel' zu statuieren. Gerade dieses müssen wir verhindern, da ansonsten er und ich als Hebel zur Spaltung der Bewegung mißbraucht werden können. Ich denke, daß sich gerade an einer starken Solidaritätsbewegung zu ihren Gefangenen der Wille der Anti-AKW-Bewegung zeigt, sich die Widerstandsformen nicht vorschreiben zu lassen.

Wenn es der Justiz tatsächlich gelingen sollte, auch nur eines durchzuziehen ('Exempel', 'Dialog mit der Jugend'), so kann dies sicher vielen Menschen in diesem Land die Kraft, den Mut und auch den Willen nehmen, sich aktiv und praktisch für ihre Interessen einzusetzen.

Ma. Al.

Lob der Dialektik

Das Unrecht geht einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrückten richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt, außer der Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut: Jetzt beginne ich erst.

Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:

Was wir wollen, geht niemals!

Das Sichere ist nicht sicher.

So, wie es ist, bleibt es nicht!

Wenn die Herrschenden gesprochen haben

Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen: niemals?

An wem es liegt, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem es liegt, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns!

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute, sind die Sieger von morgen

Und aus Niemals wird: Heute noch

B.Brecht





Jede Bewegung ist so stark, wie sie sich zu ihren Gefangenen und Verfolgten verhält . . .

Für die Anti-AKW-Bewegung sitzt wegen der Brokdorf-Demo vom 28.2.81 ein Mensch seit dem 31.3.81 im Knast in Isolierhaft in Itzehoe bzw. Neumünster:

MICHAEL DUFFKE aus Bremen.

Als Untersuchungsgefangener soll man eigentlich als Unschuldiger gesehen werden. Michael wird aber wie ein Verurteilter behandelt. Der zuständige Richter Selbmann hat ihm sogar schon schriftlich angedroht, daß er ca. 10 Jahre Zuchthaus kriegen wird! Diese Art Rechtsprechung ist aus der Nazizeit bekannt!

Michael schreibt uns (Veröffentlichung hat er genehmigt):

Alle Briefe werden von der Strafammer geöffnet. Für was werde ich denn bestraft? Ich dachte, bis zu einer Verurteilung bin ich unschuldig! (...) Die Höhe wird mir irgendwann im Oktober mitgeteilt. Richter und Staatsanwalt müssen nun noch in ihrer Villa im Tessin um die Höhe würfeln. Warum dauert das bis Oktober? Tja, realer Faschismus...

...Rede mal 23 Stunden am Tag nicht! Draußen schaffst du es nicht. Hier muß ich es! ...

...Briefe werden alle gelesen, zensiert (eingeschwärzt), beschlagnahmt, „ausgewertet“...

...Es gibt wenig zu essen. Ich bin schon ganz abgemagert. Z.B.: am Sonntag ein kleines Stück Fleisch (wie eine Zigarettschachtel). Heute hatte ich das Stück zum Zeigen zur Besuchszeit mitgenommen. Sofort ist der Besuch (ich konnte ihm nicht Bescheid geben, es ist mir verboten worden) aus dem Knast gedrängt worden...

...Ein anderes Mal: Ein Besuch der Freundin wurde abgebrochen mit der Begründung, daß ich mich auf den „verkehrten“ der drei Besucherstühle gesetzt hatte...

...Neuerdings darf ich keine Zeitschriften mehr an die anderen weitergeben. Ja, ich weiß nun, daß es in Auschwitz nicht solche strengen Vorschriften gab. Es ist also schlimmer als im KZ...

Vermerk: Die Darstellung der Vollzugs- und Anstaltsverhältnisse ist entstellend.

Itzehoe 26.5.81, Penzlin Ri AG.

(Andere Gefangene aus Neumünster haben die Richtigkeit des Berichts bestätigt.)

Aus folgenden Abschnitten seiner Briefe können wir entnehmen, wie wichtig es für Michael ist, von außen – von uns AKW-Gegnern – etwas zu erfahren:

...Jede Unterstützung ist für mich lebenswichtig. Und Jedes Totschweigen usw. nehme ich mir doch sehr zu Herzen. Ich finde es gut, wenn Du schreibst, daß ich stellvertretend für alle AKW-Gegner sitze. Sie nehmen einen und bestrafen Millionen. Das Regime belastet es schon lange, daß es millionen AKW-Gegner gibt. Und mit Terror, Mord, Vergasen, KZ, Zuchthäuser, hat schon einmal ein Regime versucht, den Widerstand zu brechen. Es ist wichtig, daß die Jugend merkt, in was für einem Regime sie ist. Wichtig ist, daß alle Leute erfahren, was die mit gefangenen AKW-Gegnern machen. Und was die für raffinierte Foltereinfälle haben!... Ob die Isoliertolter bei mir wirkt, ist von Euch, von Eurer Aktivität abhängig! Klar ist, daß Besuche für mich sehr wichtig sind, und so versuchen die Wärter, mich zu isolieren.

...Ich weiß, daß der Staat es nicht schafft, die Anti-AKW-Bewegung zu liquidieren, auch wenn sie die AKW-Gegner in ihre Zuchthäuser und Folterkammern sperren!

...Also, Euer Geld ist angekommen. Es ist wichtig zum Zukaufen von Lebensmitteln, z.B. Brot, Butter, Milch, Brause, Bananen, Äpfel usw. Auch wenn jemand nur 20 Mark einzahlt, so ist das für den Knast hier doch sehr viel...

WARUM DAS ALLES

Ihm wird unterstellt, den kampferprobten Beamten eines Sondereinsatzkommandos (SEK), Rolf Schütt, mit einem Knüttel attackiert zu haben. Grund für Michaels Verhaftung ist ein im STERN veröffentlichtes Foto des Fotografen Tobias Heldt. Für die Denunziation wurde ein Kopfgeld von 5000 DM ausgesetzt. Noch am 23.3.81 berichtete das Fernsehen von lebensgefährlichen Verletzungen des SEK-Beamten Schütt, obwohl dieser bereits am 14.3.81 das Krankenhaus verlassen hatte. Ergebnis dieser Hetze war die Verhaftung von Markus Mohr und Michael Duffke. Mit ihnen glaubte man, die Personen des STERN-Fotos gefunden zu haben. Unter dem Vorwurf des versuchten Mordes wurden beide in Untersuchungshaft gesteckt. Dieser Vorwurf mußte als haltlos zurückgenommen werden. (Von POM Siemers aus Bremen wurde Michael „Mörder von Brokdorf“ genannt.) Jetzt lautet der Vorwurf „gemeinschaftliche schwere Körperverletzung“.

Markus Mohr wurde am 29.4.81 aus der U-Haft unter Auflagen entlassen. Michael Duffke sitzt aber immer noch in U-Haft unter strengen Sicherheitsvorkehrungen und unmenschlichen Haftbedingungen. Begründet wird es damit, daß er „nicht einsichtsfähig“ sei (soll er etwa sagen, daß AKWs prima Dinger sind?). Seine kritische Haltung dem Staat gegenüber kann man ihm ja wohl nicht verübeln! Seine aufrichtige Haltung wird durch die lange U-Haft bestraft:

Seine kritische Haltung dem Staat gegenüber kann man ihm ja wohl nicht verübeln! Seine aufrichtige Haltung wird durch die lange U-Haft bestraft:

Das ist **GESINNUNGSJUSTIZ!**

Über die Haftbedingungen schreibt Michael u.a.:

Um die für einen Untersuchungsgefangenen selbstverständlichen Bedingungen zu erreichen, unternahm er im Mai einen Hungerstreik. Sofort wurde er nach Neumünster gebracht und in eine Folterzelle gesteckt. Die folgende Beschreibung stammt aus seinem Brief, der Vermerk darunter ist bezeichnend für die Schikanen:

Im Knast ist es oft schlimmer, als ihr wißt. So gibt es Sonderzellen, mit Stahlplatten vorm Fenster, wo Tag und Nacht Licht brennt, wo alles rausgenommen wird (Kull, Papier, Rechtsanwalt-Unterlagen, Briefe, Bücher), wo die Türspione Tag und Nacht offen sind, wo alle 10 Minuten ein Wärter kommt und dich wie ein seltenes Tier beobachtet...

nach
Michael's
Zeichnung



Deshalb bitten wir jeden von euch: Überwindet eure Laschheit und euren Dogmatismus und schreibt persönlich gehalten Briefe an

Michael Duffke
z.Zt. JVA Boostedter Str. 30
2250 Neumünster

(Kopie an seinen Rechtsanwalt G. Baisch, Gröpelingener Heerstraße 261 a, 28 BREMEN). Schickt ihm Zeitschriften (zur Entspannung auch gern gesehen: Mickymäuse und Asterixe, auch alte Hefte). Schickt ihm Geld für Lebensmittel. Stellt Besuchsanträge an Richter Selbmann, Landgericht, 2210 ITZEHOE. (Nun ist kein „Alibi“ mehr nötig, daß man nicht in Brokdorf war am 28.2.81.)

Es ist gut, wenn Ihr merkt, daß es Euch irgendwann und irgendwo genauso passieren kann, d.h., das Einsetzen für mich dient irgendwie auch Euch, d.h., daß Ihr durchaus jetzt für Euch kämpft!

Die Brokdorf-Prozesse (ab 29.9.81) müssen mit großer Teilnahme von AKW-Gegnern stattfinden. Bei früheren Prozessen sind oft durch die Anwesenheit und durch Aktionen der Anti-AKW-Bewegung die angeklagten AKW-Gegner unterstützt worden.

Helft also alle mit:

LAßt SIE NICHT LEBENDIG BEGRABEN !

Wüste



Presserklärung von Michaels Verteidiger

Bremen, d. 27.8.81

Betr.: Brokdorf-Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr

Am 1.10.81 soll der Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr vor dem Landgericht Itzehoe beginnen. Das Verfahren, von Polizei und Staatsanwaltschaft zunächst als „Mordversuch der Schläger vom Graben in Brokdorf“ aufgemacht, wird zwar inzwischen „nur“ noch wegen gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch geführt, ist aber das bisher einzige, welches nicht vor dem Amtsgericht, sondern einer Jugendkammer des Landgerichts eröffnet wurde. Die Staatsanwaltschaft hat das ungewöhnlicherweise nicht einmal begründet. Ihr scheint selbstverständlich, daß für die den Angeklagten zur Last gelegte Tat drei Jahre Freiheitsstrafe, die Grenze für den Amtsrichter, nicht ausreichen werden. Verhandelt werden soll – bei allein 44 Zeugen und vier Bänden Akten – über Monate.

Wegen der zu erwartenden hohen Strafe haben Staatsanwaltschaft und Gericht bis heute den Haftbefehl gegen Michael Duffke nicht außer Vollzug gesetzt. Selbst ein Kautionsangebot seiner geschiedenen Frau blieb erfolglos. So wird Michael Duffke zu Prozeßbeginn genau sechs Monate in U-Haft verbracht haben. Das ist in der Prozeßgeschichte der Anti-AKW-Bewegung bisher ohne Beispiel.

Hafttrichter und Gericht bestreiten entschieden, daß Michael Duffke als politischer Gefangener besonderen Bedingungen unterworfen wäre. Aber war es gewöhnlich, daß jeder Besucher über Monate ein Alibi erbringen mußte, ehe er meinen Mandanten besuchen durfte? Ein Alibi, das ihn – falls er selbst einer der 100.000 Demonstranten gewesen war, gleichzeitig der Gefahr eines Bußgeldes von 1000 DM, aussetzte? Ist es gewöhnlich, daß ein gut Teil der Briefe, die Michael Duffke an AKW-Gegner geschrieben hat, jetzt als Gegenstände richterlichen Augenscheins dem Gericht vorliegen? Daß Verteidigerpost trotz deutlicher Kennzeichnung von Beamten der Haftanstalt durchgelesen und beanstandet, daß ein Verteidigertelefonat mitgehört wurde?

Daß Herr Duffke, der häufig unter starken Kopfschmerzanfällen leidet, mehrfach einfache Spalttabletten verweigert worden sind?

Trotz Beschwerde vom 14.8.81 ist Michael Duff-

ke noch heute in der JVA Neumünster in einer Sicherheitszelle – soweit mir bekannt ohne richterliche Anordnung. Besuche werde, entgegen richterliche Anordnung. Besuche werden, entgegen der Regel, von zwei Beamten überwacht und beim Kleidungswechsel (Michael Duffke trägt eigene Kleidung) wird von ihm ohne ersichtliche Notwendigkeit jedesmal verlangt, daß er sich nackt auszieht – sonst erhält er keine frische Wäsche.

Trotz allem steht Michael Duffke in regem Briefkontakt mit vielen AKW-Gegnern, die seine Verhaftung und den bevorstehenden Prozeß als stellvertretend gegen alle AKW-Gegner begreifen. Auch Besuche und materielle Unterstützung wachsen.

Daran wird hoffentlich auch das jüngste Manöver nichts ändern: Eine offenkundig auf diese Solidarität zielende weitere Anklage gegen Michael Duffke und andere wegen einer exhibitionistischen Handlung. Michael Duffke hat diesen Vorwurf schon vor langer Zeit entschieden zurückgewiesen. Das Verfahren hatte die Staatsanwaltschaft Itzehoe noch Ende Juni 81 selber wegen Unwesentlichkeit eingestellt. Jetzt wird es plötzlich angeklagt. Noch ehe die Verteidigung Akteneinsicht hat, ist schon Zeitungsberichten zu entnehmen, daß es mit dem Brokdorfprozeß verhandelt werden soll. Das ordnet sich würdig ein in ein Verfahren, das mit der unter Beugehaft erzwungenen Herausgabe eines Pressefotos von einem Journalisten begann, fortgesetzt durch eine reißerische Fernsehführung, die vor allem auf eine rasche Verurteilung ausging, vorab durch die öffentliche Meinung. Wen kümmerts, daß die Angaben damals und selbst noch in der Anklageschrift zu den angeblichen Verletzungen, die der Polizist Schütt durch Schläge der Angeklagten erlitten haben soll, nicht einmal mit den eigenen Angaben des Herrn Schütt übereinstimmen, der sagt, er wäre später, von anderen Demonstranten erst erheblich verletzt worden.

Dem Anschein nach steht die Staatsanwaltschaft unter Erfolgszwang. Ein Grund mehr, das Verfahren gegen Michael Duffke und Markus Mohr aufmerksam zu verfolgen und die Angeklagten zu unterstützen, vor allem mit der Forderung: Sofortige Freilassung von Michael Duffke!

G. Baisch

Foto:
15. August 81
Die Polizei räumt die Innenstadt von Itzehoe mit zwei „Wasser“-Werfern. Die Demonstranten werden auf eine Polizeikette zugetrieben und – in der engen Häuserschlucht – in die Zange genommen.



Krieg den Kriegsvorbereitungen !

Die Gefahr eines dritten Weltkrieges wird immer unübersehbarer. Der Atomtod bedroht uns in ständig steigendem Maße durch Atombomben. Diese Bedrohung wird bereits von einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung der BRD erkannt, selbst die bürgerlichen Presseorgane berichten von erhöhter Kriegsgefahr und die Meldungen über Verschärfungen im Ost-West-Konflikt überschlagen sich. Der Kampf gegen den Krieg muß auch Thema der Anti-AKW-Bewegung sein. Dies

.... S.14

S. 22 **Atomkraftwerke völlig überflüssig!**

Neben den Zahlen über die gesamte in der Bundesrepublik installierte Kraftwerkskapazität und den gesamten Stromverbrauch ist besonders der Anteil der einzelnen Energiequellen an der Stromversorgung von Interesse. Zum einen der Anteil der Energiequellen an der gesamten Brutto-Engpaßleistung, d.h. de

Im Dickicht der Macht – Verflechtungen in der Energiewirtschaft

Für einen Außenstehenden kann es noch so aussehen, als würden die verschiedenen Energiebereiche Öl, Kohle, Gas und Uran miteinander konkurrieren, doch wenn man hinter die Kulissen schaut, dann merkt man, daß in allen

.... S. 26

Sanigruppen – Dein Schutz bei Putz!!!

Sie gehören zum vertrauten Bild bei vielen Demonstrationen, Blockaden, Hausbesetzungen und anderen Aktionen – die Sanis. Ursprünglich aus der Anti-AKW-Bewegung entstanden, erleben sie z.Z. eine gewaltige Ausweitung ihrer Arbeitsfelder. Die Werbung übernimmt die Polizei: in Brokdorf, Gorleben (Klinikum Weiterhin ausführliche Film- und Materiallisten mit Bestelladressen sowie Adressenverzeichnis von Bürgerinitiativen.

Der Kalender kostet 6,- DM; Büchertische, Buchläden etc. zahlen (hohfentlich) 4,-DM.

Bestellungen an:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen



Die norddeutschen Bürgerinitiativen

Fa.

Betr.:Beteiligung am Bau des AKW Brokdorf

Die norddeutschen Bürgerinitiativen haben auf ihrem Untereitelbeschluss beschlossen, Bauplatzwachen durchzuführen. Als Ergebnis dieser Wache wurde festgestellt, daß auch Fahrzeuge Ihrer Firma sich auf dem Gelände bewegten. Da demnächst die Liste aller gegenwärtig festgestellter Firmen veröffentlicht werden soll und wir unbedingt Irrtümer vermeiden möchten, bitten wir um Rückäußerung binnen acht Tagen. Sollte binnen acht Tagen an einer der unten angegebenen Kontaktadressen keine Mitteilung ergangen sein, gehen wir davon aus, daß die gemeldete Beobachtung der Wahrheit entspricht. Die Nordwestdeutschen Kraftwerke AG versuchen gegenwärtig durch Auftragsvergabe gerade auch kleineren Firmen aus der Umgebung die Beteiligung am Bau des AKW Brokdorf schmackhaft zu machen. Größeren Firmen ist von Anfang an klar gewesen, daß sie sich gegen den erklärten Willen von hunderttausenden Menschen an einem Projekt beteiligen wollen, das die Existenz- und Lebensbedingungen vieler Menschen vernichtet. Ihnen ist auch klar, was sie dabei riskieren. Z.B. hat die Firma Matthiesen an allen LKW's, die am Atomkraftwerksbau beteiligt sind, die Firmenschilder überklebt oder ganz entfernt. Wie wichtig vielen Menschen die Verhinderung des Atomkraftwerks ist, ist zumindest auch ansatzweise aus unserer Aufzählung von Anschlägen gegen beteiligte Firmen zu entnehmen.

Wenn Sie die Beteiligung am Bau des AKW-Brokdorf einstellen, würden wir uns über eine diesbezügliche Mitteilung freuen.

Die norddeutschen Bürgerinitiativen

(Vorschlag aus Itzehoe)

ANTI - AKW TELEGRAMM 24

INHALT: sept 81

- Brokdorf
- Aktionen gegen den Weiterbau
- Wie stehen wir dazu?
- Stellungnahmen und Einschätzungen verschiedener Gruppen
- Brief an die beteiligten Baufirmen
- Ergebnisse der Bauplatzwache
- Prozesse gegen AKW-Gegner im Sept./Okt. in Itzehoe
- vorbereitung, Aktionen, Stellungnahmen
- Demonstration am 26. Sept. in Itzehoe
- Kompakttag in Brokdorf
- Erörterungstermin im Oktober
- zur Auseinandersetzung mit den AKW-Gegnern vor Ort
- Stand des Atomprogramm
- Industriezentrum Brunsbüttel
- Bericht des AKU Brunsbüttel
- unser Widerstand und die Aufrüstung der Polizei
- Gorleben
- Bundesweite Aktionstage im September
- Widerstand gegen Nato/Hawain
- "eine kleine Knastgeschichte"
- Koladen Hamburg

über 70 Seiten! Preis 4,-DM, für Bis 3,-DM zu bestellen bei:

AK Politische Ökologie
Postfach 202
Turnerstr. 9
2000 Hamburg 6
Tel.: 040/432364



Blockaden in Brokdorf

Gewaltfreie Aktionsgruppen setzten im Juli 4 Tage lang unter dem Motto: „Am Ende wird sich zeigen, wir machen uns unser Leben zu eigen!“ die Blockadeaktionen vor dem Brokdorfer Bauplatz fort, die im Februar begonnen hatten. Musik, Tanz und Pflastermalerei waren ihre Ausdrucksformen. Landrat Brümmer wollte sich „sowas nicht länger bieten lassen“ und schickte zwei Hundertschaften. Diese räumten mit zu-

nehmender Brutalität die Leute ab, die sich in Intervallen (immer ca. 40 Leute) vor das Haupttor begaben, und setzte sie in „Internierungslagern“ bis zu 11 Stunden auf dem Bauplatz fest. Gegen Abend wurden die ungefähr 100 Verhafteten in 20er Grüppchen wieder freigelassen. Kontakt: Gewaltfreie Aktion/Brokdorf Plenum, 40 Werkstatt 3, Nernstweg 32, 2 Hamburg 50. (Nach „Umweltmagazin“)

12.200.000.-DM

Eine 10.600 Mann starke Schutztruppe kümmernte sich direkt oder indirekt am 28.2. um das Wohl des Brokdorfer Bauplatzes. Das kostete müde 12,2 Mio. DM Steuergelder. Die Anti-AKW-Bewegung wirtschaftete ökonomischer: Ausgaben ca. 4 Mio. DM.

Was hätte man mit dem ganzen Geld alles andere anfangen können?

9.+10. Sept.: Wyhl-Prozeß



Nach fast zehnmonatiger Unterbrechung ging das Berufungsverfahren im Streit um den Bau des KKW Wyhl weiter.

200-300 Menschen, großteils aus dem Kaiserstuhl, auch aus dem Elsaß und aus Freiburg, hörten dem Prozeß zu. Schon bei der Ankunft der Busse wurden wir daran erinnert, daß dies kein normaler Prozeß ist. Überall stand Polizei herum, sogar zu Pferd und mit Hunden. Am Eingang mußten wir uns die Taschen untersuchen lassen (Auch die Gutachter wurden nicht verschont!). Auf vielen mitgebrachten Transparenten und Schildern gaben wir unsern ungebrochenen Widerstand kund. Außerdem waren zuvor etliche Wandzeitungen mit Argumenten gegen die Kernenergie angebracht worden.

Der erste Verhandlungstag begann gleich mit einer Überraschung. Kaum hatten wir uns hingesetzt, stellten unsere Anwälte Rainer Beeretz und Siegfried de Witt einen Befangenheitsantrag gegen die Richter Sommer und Weidemann. Die Anwälte hatten, erst letzte Woche noch herausgefunden, daß der Berichtstatter des Senats, Sommer, am 7.7.80 in Köln bei der Gesellschaft für Reaktorsicherheit war und dort ein verständiges Gespräch mit dem Sachverständigen Handge hatte.

Just selbigen Handge bestellte das Gericht später quasi als Hauptgutachter. Laut Sommer ging es ihm nur darum, zu erfahren, ob die schriftlichen Fragen des Beweisbeschlusses auch beantwortet werden können und bis wann mit dem Gutachten zu rechnen sei. Im übrigen sei der Fragenkatalog inhaltlich übernommen worden. Die Anwälte der Betreiberseite, Naumer und Kuhn, führten die Informationspflicht des Gerichts und dessen „Bemühen um Wahrheitsfindung“ an. — Aber dagegen hatte auch niemand etwas gesagt. Die Frage ist aber — und die stellten unsere Anwälte auch —: warum geht ein Richter seiner Informationspflicht gerade bei dem Sachverständigen nach, der später als „neutraler“ Gutachter auftritt? Was hätte sich wohl für ein Geschrei der Betreiberseite erhoben, wenn Sommer nach Heidelberg zum IFEU gegangen wäre?! Warum dauert es vier Stunden, um die Formulierung von ein paar Fragen zu besprechen? Warum hat das Gericht nicht, wie in der ersten Instanz in Freiburg, bei der Vorbereitung der Beweiserhebung die Prozeßbeteiligten hinzugezogen? Dies hat z.B. der Verwaltungsgerichtshof München bei der Verhandlung über das KKW

Grafenrheinfeld so gehandhabt. Da alle Aussagen der Sachverständigen aus der mündlichen Verhandlung gewonnen werden müssen (außer dem Gutachten), war dies Gespräch eine Vorwegnahme der Beweiserhebung. „Die Kläger haben den Eindruck, daß die Beweiserhebung thematisch wie inhaltlich abgesprochen wurde.“

Wichtig dabei ist, daß es für einen Befangenheitsantrag juristisch nicht darauf ankommt, ob der jeweilige Richter nun tatsächlich befangen ist, sondern auf den Eindruck den die Kläger haben. Diese müssen genügend Gründe nennen, aufgrund derer sie den Richter für befangen halten. Und das war ja wohl gegeben! Zumal, und das bringt das Faß nun vollends zum Überlaufen, es ja schon das zweite Mal in dieser Prozeßrunde ist, daß Richter Sommer solch eine „Informationsreise“ unternahm. Damals im August 77 führte ihn sein „Bemühen um Wahrheitsfindung“ gleich nach San Francisco ins Hilton-Hotel. Dort fand eine Fachtagung statt, bei der u.a. auch Prof. Kußmaul einen Vortrag hielt. In Englisch! Nur: Sommer konnte so gut wie kein Englisch!! Da fragt mann/frau sich doch, wieso unternimmt ein Richter eine Dienstreise in die USA, um sich dort zu Informationszwecken einen Vortrag anzuhören, wenn er diesen schon wegen der Sprache überhaupt nicht versteht??!!

Just diesen Kußmaul bestellte das Gericht dann auch zum Hauptgutachter. Aber vielleicht erklärt dies einiges: Auf der Konferenz ebenfalls anwesend waren (welch ein Zufall!) die Betreiberanwälte Naumer und Kuhn sowie der spätere Gutachter Wutschig.

Auch diese Dienstreise haben unsere Anwälte damals nur durch Zufall erfahren. Nach dem Befangenheitsantrag gab es erst mal eine längere Pause, in der wir Gelegenheit hatten, mit alten Bekannten zu reden und unsere Wyhl-Infos zu verkaufen. Mehr oder weniger alle rechneten mit einer Ablehnung des Antrages. Hätte die Annahme doch bedeutet, daß praktisch das gesamte Berufungsverfahren wiederholt werden müßte.

Und so war es denn auch. Mit Sprüchen wie „es gibt keine objektiven Gründe in den Augen eines vernünftigen Menschen“ und „kein Grund für Befangenheit bei nüchterner Betrachtung“ wurde der Antrag abgelehnt. Wer 1980 dabei war, erinnerte sich, daß es damals teilweise haargenau die gleichen Formulierungen waren.

Eines steht aber fest und das erklärten die Badisch-Elsäbischen Bürgerinitiativen auch: „Ein Vertrauen in das Gericht ist nun endgültig zerstört. Auf die für die Zukunft zu erwartende Entwicklung werden sich die Bürgerinitiativen einstellen.“

Die Beweiserhebung, die am Nachmittag begann, war geprägt von fachspezifischen und detaillierten Fragen. Sie ist darum nicht so ohne weiteres wiederzugeben. Die Auswertung, zu der auch die Gutachten nochmals herangezogen werden müssen, dauert noch an. Wer genaueres über die Gutachten und die fachliche Beweiserhebung wissen möchte, den verweisen wir auf unsere Wyhl-Infos Nr. 5/6/7. Die Beweiserhebung begann mit den Gutachtern Wutschig und Ruf. Am 2. Verhandlungstag wurden die Gutachter J. Bleck-Neuhaus und P.

„Wir verlassen uns nicht auf das juristische Gleis!“

Handge befragt. Ebenso wie Wutschig zeichnete sich Handge dadurch aus, daß er mehr Verwaltungsbeamter denn Wissenschaftler ist. Seine Arbeit bestand in der Hauptsache darin, Zahlen in die allgemeinen (amtlichen) Berechnungsgrundlagen einzusetzen. Wie er es mit der eh schon strapazierten Neutralität, bzw. Objektivität der Wissenschaft hält, bewies er deutlich. Nachdem er auf einige Fragen nicht antworten konnte und ihm etliche Arbeiten anderer Wissenschaftler, die seinen Ergebnissen widersprachen, nicht bekannt waren, gab er von sich: „Legen Sie uns die Arbeiten schriftlich vor, und wir werden sie Ihnen widerlegen.“ Wie weit es mit der Neutralität Handges als Gutachter überhaupt sein konnte, mag man u.a. daran ermesen, daß sein Vorstand, bzw. Vorsitzender mit auf der Beklagtenbank (Betreiberseite) saß.

Als erster und auch einziger von sechs Gutachtern(!) trat mit Jörn Bleck-Neuhaus, Kernphysiker an der Uni Bremen, ein Sachverständiger auf, der nicht 100%iger Befürworter der Atomenergie ist. Im Gegenteil. Prof. Bleck-Neuhaus hat ein Gutachten erstellt zur Strahlenbelastung der Schilddrüse durch Jod 131! Ein, wenn nicht gar das wichtigste Gutachten in dieser Prozeßrunde, wie Richter Sommer meinte. Anders als Wutschig oder Handge war Bleck-Neuhaus nun wirklich sachverständig. Da er sein Gutachten selbst erstellt hat, konnte er es auch entsprechend erklären und mußte nicht, wie die anderen Sachverständigen, ab und zu hilflos nach hinten oder gar zur Beklagtenbank schauen. Er hat eigene Berechnungen und Modelle erstellt und zweifelt auch des öfteren die amtlichen Berechnungsgrundlagen an. Er kann die Unbedenklichkeit des geplanten AKWs nicht bescheinigen und ist der Meinung, daß das „KKW Wyhl nicht zu verantworten“ wäre.

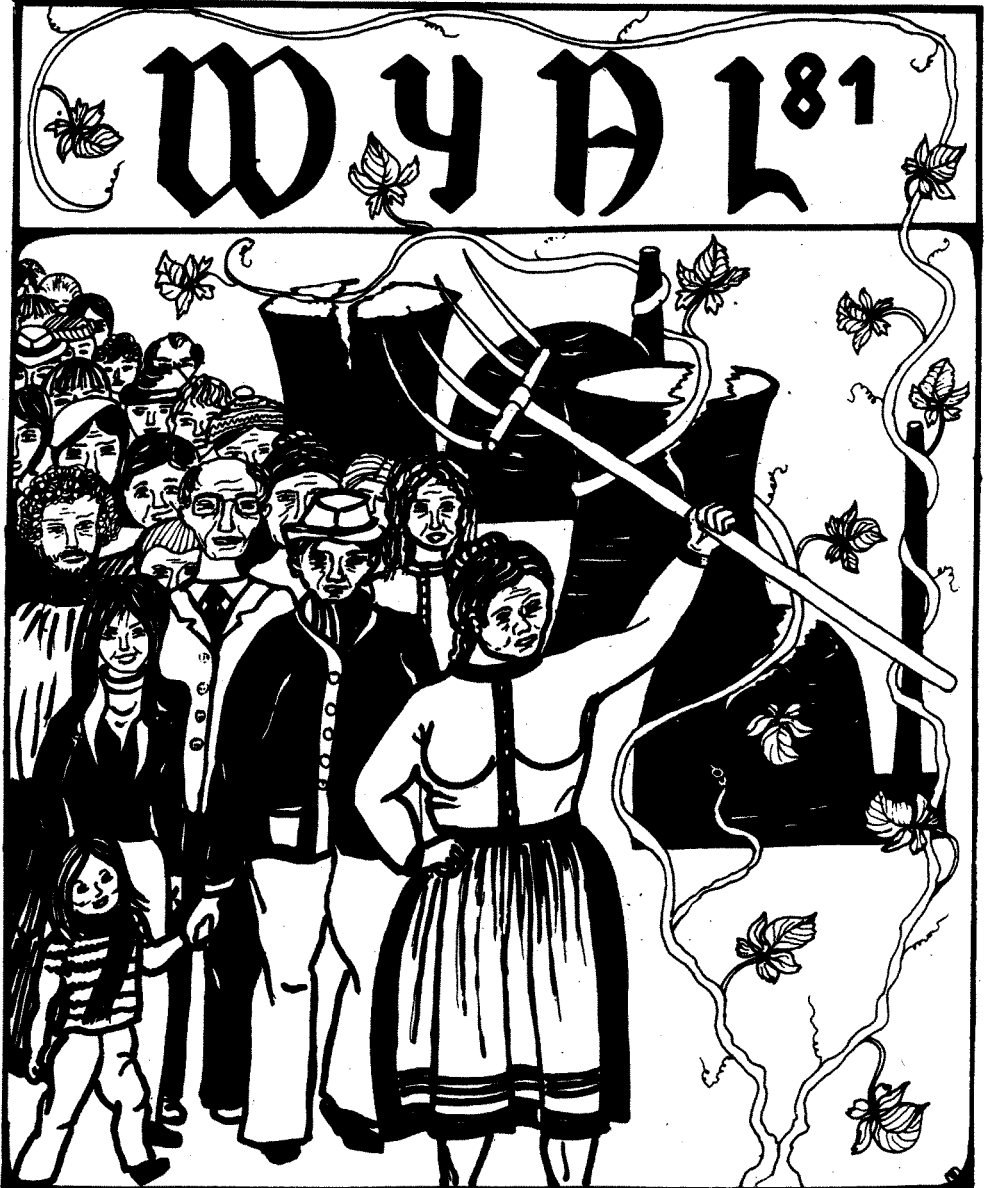
An dieser Stelle sei auch die gute Arbeit der Leute vom IFEU und von Dr.C.Büchle erwähnt. Sie halfen unseren Anwälten als wissenschaftliche Beistände. Besonders Dieter Teufel und Bernd Franke haben durch ihre fachkundigen Fragen die Schwächen der „Sachverständigen“ Wutschig und Handge sowie deren Gutachten deutlich gemacht.

Zu den Betreiberanwälten Naumer und Kuhn ist zu sagen, daß sie einzig und allein durch Polemik „glänzten“. Besonders Naumer, den das Gericht dann sogar mehrmals zurückpfiff. Sie versuchten es wieder auf ihre alte Tour. Nämlich, die Wissenschaftler unserer Seite zu diffamieren und ihnen die Sachkenntnis abzusprechen. Das war ihre Notbremse, wenn immer ihre Gutachter durch die Fragen und Gegenargumente von Franke und Teufel arg ins Schwimmen gerieten.

Als wir am Donnerstag abend in unsere Busse stiegen, hatten wir wohl alle ein gutes bis optimistisches Gefühl. Doch ebenso war allen klar, daß das nicht allzu viel zu bedeuten hat. Wie objektiv und neutral das Gericht ist, wissen wir. Dementsprechend wird auch das Urteil sein. Die Presse berichtete von „Punktgewinnen für die KKW-Gegner“. Dies dürfte u.a. wohl daran liegen, daß zum ersten Mal ein Gutachter gehört wurde, der kein Befürworter der Kernenergie ist.

Auf einer stark besuchten Veranstaltung am Kaiserstuhl nach dem Prozeß erklärten unsere Anwälte, nach den Erfolgsaussichten gefragt: „Wir haben es ihnen wesentlich schwieriger gemacht. Außerdem ist noch nicht alles Pulver verschossen.“

Zeitplan ist folgender: Am 27./28.10.81 ist Termin für entweder eine weitere Beweisaufnahme oder für die Plädoyers.



Unsere Anwälte stellen neue Beweisanträge und außerdem sollen noch zwei weitere Gutachter gehört werden. Ob diese für den Tatbestand wichtige weitere Beweiserhebung stattfindet, wird das Gericht entscheiden. Je nachdem ist das Urteil u.U. noch dieses Jahr zu erwarten. Juristisch besteht dann die Möglichkeit eines Revisionsverfahrens in Berlin (Bundesverwaltungsgerichtshof) oder einer Beschwerde gegen die Ablehnung einer Revision oder gleich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Rechtsanwalt de Witt war dementsprechend optimistisch und meinte, die nächsten ein bis zwei Jahre sei mit einem Baubeginn nicht zu rechnen.

Die Kaiserstühler sind aber auf der Hut. Baltasar Ehret, ein Kläger, meinte sinngemäß auf dieser Veranstaltung: „Wir verlassen uns nicht nur auf das juristische Gleis. Wir wollen lieber mehrgleisig fahren. Die Betreiber könnten seit Oktober

75 bauen, rechtlich gesehen. Nur der Widerstand der Bevölkerung dieser Region hat sie daran gehindert. Die Kaiserstühler KKW-Gegner sind sich der Wichtigkeit bewußt, die sie im Anti-KKW-Kampf haben. Von hier aus nahm 1974 der Widerstand gegen den Atomwahnsinn seinen Anfang. Die Bäume im Wyhler Wald wachsen, und das sollen sie auch weiterhin.“ Es bleibt dabei - kein KKW in Wyhl !!!

Bericht eines Mitglieds der BI Freiburg

Kontakt- und Bestelladresse für die Wyhl-Infos:
R. Maier
Gießenstraße 3
7800 Freiburg
(die Wyhl-Infos kosten 30 Pfg. pro Stück)

Kraft-Wärme-Koppelung:

Chance für »alternativen« Weg?

Gegen den massiven Ausbau der Kernenergie, aber auch gegen den verstärkten Einsatz der Kohleverbrennung plädierte Anfang 81 der Sachverständigenrat für Umweltfragen. Stattdessen soll auf Einsparung (z.B. durch Wärmedämmung) und verbesserter Nutzung der eingesetzten Energie gesetzt werden.

'Der wohl wichtigste Prozess dieser Art ist die Verdrängung von leichtem Heizöl aus dem Raumwärmemarkt durch Fernwärme', schreibt der Spiegel. Der verstärkte Ausbau der Fernwärme wurde bereits im Sommer 1980 mit in den Forderungskatalog der Enquete-Kommission des Bundestages aufgenommen. Ist die Fernwärme also zum Lieblingkind einer neuen Energiepolitik geworden?

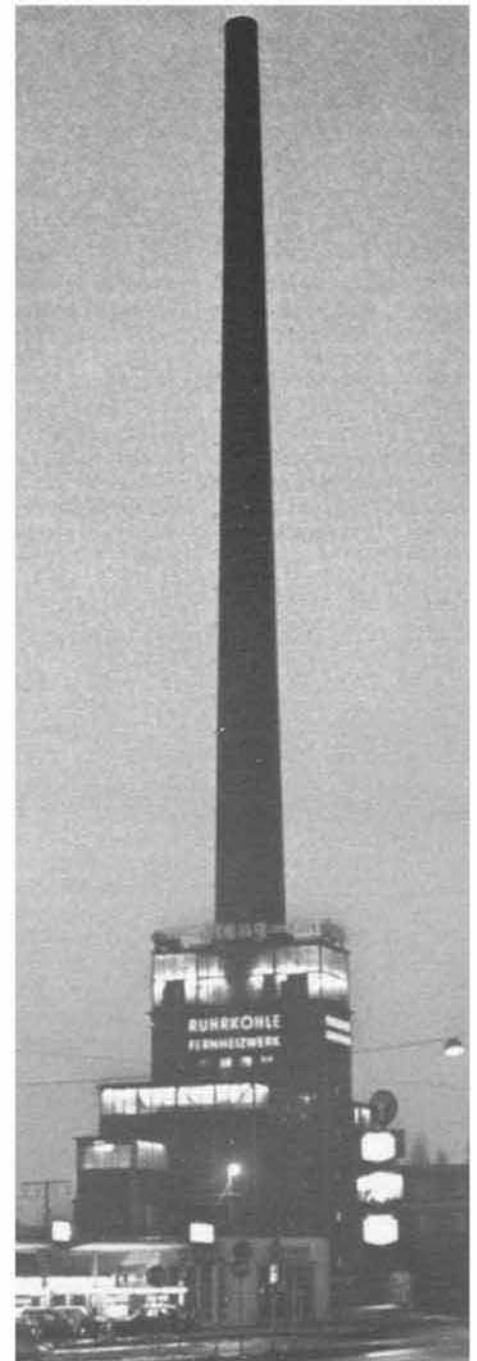
Vorteile der Kraft-Wärme-Koppelung

Bei herkömmlichen Kraftwerken liegt der Wirkungsgrad der eingesetzten Primärenergie bei 30-40%, bei Heizkraftwerken aber durch die gleichzeitige Produktion von Strom und Wärme bis zu 85%. Dadurch wird auch die Abwärme, die sonst ungenutzt Wasser und Atmosphäre aufgeheizt hätte, erheblich vermindert. Darüberhinaus leistet die Kraft-Wärme-Koppelung noch einen weiteren 'bedeutenden Beitrag für den Umweltschutz, da sie die Schadstoffemissionen erheblich herabsetzt' (1).

Insbesondere werden durch Fernwärme private Einzelbefuerungen überflüssig gemacht, und damit ein erheblicher Rückgang der Schwefeldioxidemissionen bewirkt.

Wieviel Öl spart Fernwärme ein ?

"Durch Kraft-Wärme-Koppelung in Verbindung mit kleinen wirbelschichtbefeueten Kohlekraftwerken könnten in der Bundesrepublik bis zu 40 Mio.Tonnen SKE, vor allem Heizöl, eingespart werden. Das ist die Hälfte dessen, was die deut-



Fernheizwerk ohne Stromerzeugung: engiertechnisch unsinnig

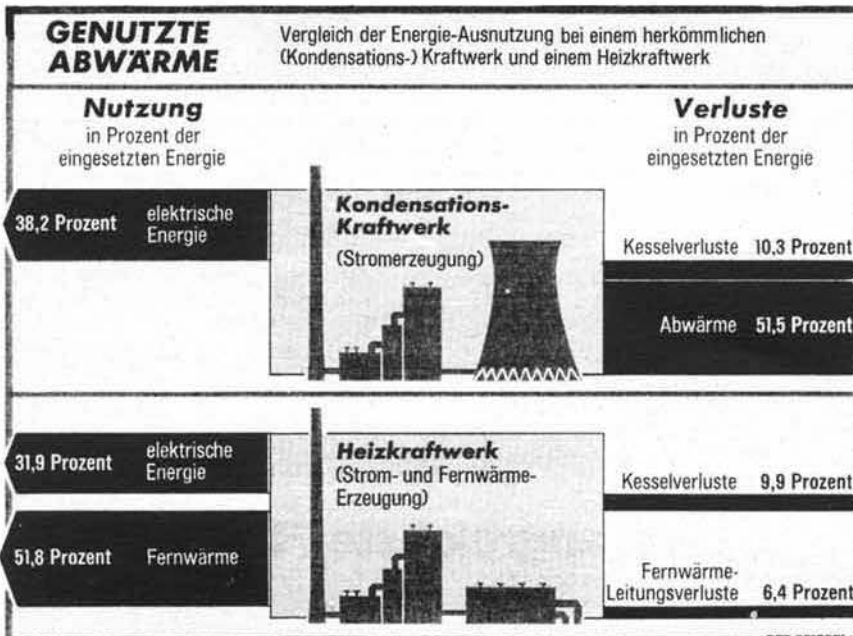


Abb. 1 Spiegel 16/81

Heizkraftwerk in Flensburg:
Im Vergleich zu Öl und Gas zahlen
die Kunden die Hälfte



schen Haushalte an Heizenergie verbrauchen und zwölfmal so viel, wie die heutigen Atomkraftwerke an Energie liefern" (2). Die große Bedeutung dieser Einsparung erkennt man durch die Tatsache, daß eben die privaten Haushalte 1977 etwa 27% der Endenergie verbrauchten, davon 82% allein zur Raumheizung.

Selbst die Kraftwerksunion (als Hersteller von AKW!) prognostiziert immerhin eine Ersparnis von 20 Mio. t SKE durch Fernwärme - entsprechend etwa 14 Mio t Öl.

Die offizielle "Gesamtstudie Fernwärme" (1977) des Bundesforschungsministeriums (BMFT) kommt - unter Zugrundelegung des Energiepreinsniveaus von 1975/76(!) - auf einen bis 1990 ausschöpfbaren Anteil von 25-33% am Niedertemperaturwärmemarkt, bei einem jährlichen Investitionsvolumen von 1,8-2,8 Mrd. DM im gleichen Zeitraum. Diese Summe erscheint gewaltig, doch sie verliert ihren Schrecken, wenn man sie gegen den dadurch bewirkten Rückgang der jährlichen Ölrechnung um 4,3 Mrd. DM (Preisstand 1980 !) aufwiegt, den der nordrhein-westfälische Minister Haak in einer Studie berechnete (4).

Aus solchen Überlegungen heraus hielt Haak Investitionen von 50 Mrd. DM Höhe für den Fernwärmeausbau für notwendig. Dafür müßten von

staatlicher Seite 10 Mrd. DM an Subventionen bereitstellen. Stattdessen stellen Bund und Länder nun nur 1,2 Mrd. DM zur Verfügung. Das lange Hin und Her um dieses Förderungsprogramm nahmen die Energieversorgungsunternehmen "dankbar" zum Anlaß, eiligst ihre Investitionspläne zusammenzuziehen (siehe Abb. 2).

EVU: Fernwärmeschienen statt dezentraler Inselstrategie

Doch auf der anderen Seite knien die Energieversorgungsunternehmen (EVU) bereits in ihren Startlöchern, um die bescheidenen Fördermittel für sich zu beanspruchen. Etwa wie die STEAG AG, die mit einem 'konkreten Vorschlag', das halbe Ruhrgebiet mit Fernwärme zu versorgen, hervorgetreten ist - das staatliche Förderprogramm vorausgesetzt. 12 Mrd. DM soll dieses gigantische Projekt kosten, und dieses Beispiel macht deutlich, was die EVU unter Fernwärmeausbau verstehen: Ihre Vorliebe gilt den großen Fernwärmeschienen, die es auf lange Sicht ermöglichen,

auch die sonst unrentable Abwärmenutzung von Großkraftwerken - im Klartext: für die Zukunft von AKW - voranzutreiben. Von dezentralen Kohleheizkraftwerken, wie sie Haak in seiner 'Inselstrategie' propagiert, halten die EVU wenig (5). Tatsächlich wurden 1977 ganze 42 Mio. DM in den Bau von Heizkraftwerken investiert - weniger als ein halbes Prozent der EVU-Investitionen in jenem Jahr!

Abb. 2 Spiegel 16/81

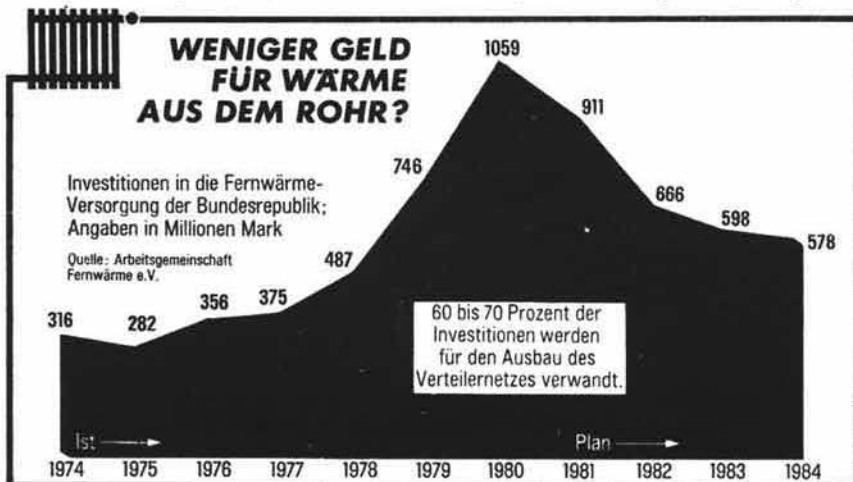
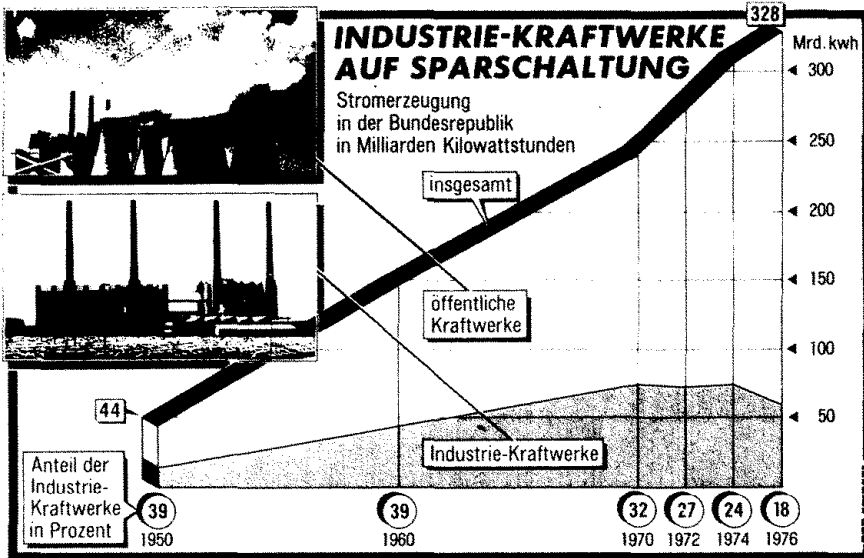


Foto: Verlegung von Fernwärmetrasse in Hauskanälen



Strom aus Industrierwärme

Ebenso wenig finanzielle Beachtung findet ein längst bestehendes Potential an Wärme-Kraft-Koppelung: die Nutzung industrieller Prozeßwärme zur Stromerzeugung. Hier wollen wir nicht näher darauf eingehen, das wurde bereits im Atom Express Nr. 19 (April 1980) getan. Zur Erinnerung: Nach Angaben der Vereinigung Industrieller Kraftwirtschaft (VIK) könnte ohne großen Aufwand eine Stromkapazität von 16.000 MW mobilisiert werden - entsprechend 12 funktionierenden großen AKWs. Über Jahrzehnte ist wegen der Preispolitik der EVU's der Industrieanteil zurückgegangen (vgl. Abb. 4). Im August 1979 ist es dann durch den Druck des Bundeskartellamtes zu Vereinbarungen zwischen den EVU's und VIK gekommen, nach denen die Benachteiligungen im wesentlichen beseitigt werden sollten. Die Elektrizitätswirtschaft stellt zwar nun bei jeder Gelegenheit diesen Vertrag als Beweis ihrer Kooperationsbereitschaft heraus, doch was sich konkret seit 1979 geändert hat, darüber lassen sich seither interessanterweise keine Presseberichte finden. Der Vertrag enthält jedenfalls die Einschränkung, daß die EVU's nur solche Stromüberschüsse übernehmen müssen, die 'energiepolitisch sinnvoll erzeugt worden sind' (7).

EVU's blockieren Kohleheizkraftwerke

Doch was sinnvoll ist oder nicht - darüber bestimmen seit jeher die EVU's: Haben sie doch mit dem Energiewirtschaftsgesetz von 1935 (!) immer noch ein Instrument in der Hand, den Ausbau dezentraler Kraft-Wärme-Koppelung zu behindern. Bekanntlich ist zwar das EVU nach §6 verpflichtet, 'jedermann an sein Versorgungsnetz anzuschließen und zu versorgen', doch Eigenerzeuger sind davon ausdrücklich ausgenommen! Kommunale Versorgungsnetze sind selten so von den großen EVU's unabhängig, wie es z.B. Flensburg als Voraussetzung für sein Fernwärme-Konzept ist. So konnte sich die Stadt Krefeld erst auf gerichtlichem Wege aus ihrer Abhängigkeit vom Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk RWE lösen. Das RWE hatte sowohl die Abwärmenutzung aus einer kommunalen Müllverbrennungsanlage als auch den Bau eines eigenen Heizkraftwerkes blockiert. (8) Und dies ist nicht der einzige Fall, wo das RWE den Bau von Kohlekraftwerken verhindert, um seinen harten AKW-Kurs durchzudrücken: so verweigerte das RWE Stromabnahmeverträge für bereits genehmigte Anlagen von zusammen 16 000 Megawatt - fast die Hälfte der derzeitigen

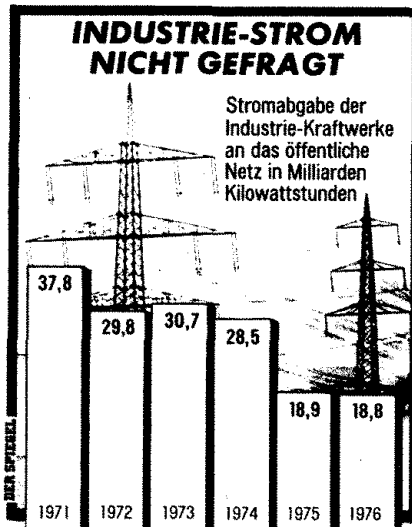


Abb. 4

Kapazität in Nordrheinwestfalen - um eine verstärkte Fernwärmenutzung zu verhindern. Würde doch selbst nach RWE-Berechnungen dann der Stromverbrauch in NRW bis zum Jahre 2000 fast stagnieren. (9)

Erst jüngst unterband Rudolf von Bennigsen-Foerder, Veba-Chef und Aufsichtsratsvorsitzender des 50% Brokdorf-Teilhabers Nordwestdeutsche Kraftwerke NWK, sämtliche Kohlekraftwerksplanungen im NWK-Einzugsgebiet. Dies war in Absprache mit Atom-Stoltenberg geschehen, denn es sollten keine Anträge auf Genehmigung von Kohlekraftwerken vorliegen, die gegen Brokdorf aufgerechnet werden können. (10) So sollte das AKW Brokdorf in der Öffentlichkeit ohne Alternative dastehen, wobei die Hamburger Kontroverse das Paradebeispiel darstellt, wie man den Ausbau von Fernwärme zugunsten des energetisch unsinnigen Einsatzes von Strom im Wärmemarkt verhindert. Nicht umsonst stellt das anfangs erwähnte Umweltgutachten fest, daß die Chancen der rationellen Energienutzung durch einen forcierten Zubau großer Kohle- und Kernkraftwerke gefährdet wären. (11) Der Ablauf: Seit Jahren betreiben die Hamburger Elektrizitätswerke HEW die Strategie, bis zum Jahr 2000 die mit Elektroheizungen versorgten Wohnungen in Hamburg von 100 000 auf 200 000 zu verdoppeln. Die fernwärmebeheizten Wohnungen dagegen wollte die HEW nur von 60000 auf 100000 steigern. (3) Aber selbst mit dieser einseitigen Ausrichtung wäre der Strombedarf nach Senatsberechnungen allein mit konventionellen Kraftwerken bis 1994 'sicher gedeckt'. Für die weitere Zukunft hatte der Senat den Beschluß gefaßt, über 300 000

Haushalte aus kleinen Heizkraftwerken mit Fernwärme zu versorgen. (12) Dennoch konnte Hamburgs Bürgermeister Klose den Ausstieg aus Brokdorf gegenüber der HEW (und dem Bonner Atom-Kabinett) nicht durchsetzen, obwohl Hamburg 72% der HEW-Aktien besitzt!

Heizen mit (Atom-)Strom

Der Widerstand der Elektrizitätsunternehmen gegen Fernwärme aus Heizkraftwerken ist von ihrem Standpunkt her nur allzu verständlich: Fernwärme ist ein Gegner auf dem Wärmemarkt. In diesen nämlich versuchen die EVU's massiv einzusteigen, da in allen anderen Bereichen der Stromverbrauch stagniert bzw. sogar zurückgeht. Ihre Instrumente dafür sind Elektroheizungen und Elektrowärmepumpe. Bereits heute dienen gut 10% der Stromerzeugung allein zur privaten Raumheizung und Warmwasserbereitung. Im Atomexpress Nr.22 (November 1980) wurde bereits beschrieben, wie Speicherheizung und Wärmepumpe den stetigen Rückgang der Stromzuwachsrate aufhalten (sollen). Dennoch werden die Zuwachsrate immer geringer. 1980 konnte der Stromverbrauch gerade noch einen Zuwachs um 1% ('Nullwachstum' für die EVU's) verzeichnen. Doch während der Industrieverbrauch zurückging, steigerten die Haushalte als zweite wichtige Verbrauchergruppe ihren Verbrauch um immerhin 2,6%. Damit ist klar, wo das 'Arbeitsfeld' der EVU's in der Zukunft liegen wird: im Wärmemarkt und hier besonders im Bereich der Raumwärme, der mit rund 40% der größte Endenergiesektor ist. Ebenfalls rund 40% Anteil besitzt die Raumwärme am Ölverbrauch - und somit liegt die Strategie der EVU's auf der Hand: 'Also: Wärme aus Strom statt aus Öl!' (13) 'Weg vom Öl' ist heute das Lieblingslied aller Energiepolitiker, da ist dann das Motto 'Energiesparen ist nicht gleich Stromsparen' nur logisch, zumal wenn man eine Verdoppelung des Strombedarfs, der 'sowieso' gedeckt werden muß, annimmt.

"Wärme 2000": Energielücke wegen Elektroheizung und Wärmepumpe

Diesen mittlerweile längst überholten Stromzuwachs um etwa 3% jährlich unterstellt nämlich die VDEW in ihre Studie 'Wärme 2000', mit der sie ihre Wärmemarkt-Strategie rechtfertigt. Einen solchen Stromzuwachs und eine allgemeine Steigerung der Primärenergie um 1,6% jährlich (tatsächlich ist der Primärenergieverbrauch 1980 um 4% zurückgegangen und im ersten Halbjahr 1981 sogar nochmal um weitere 5,6%) angenommen, ergibt sich dann 'natürlich' eine Energielücke von 120 Mio t SKE, die 'aus heutiger Sicht nur durch Kernenergie bereitgestellt werden kann'. (14, S.4/5). Wohl bekomm's, denn dazu wäre eine Verzehnfachung der AKW-Kapazität nötig! Wie kommt diese Lücke überhaupt zustande? Nur dadurch, daß mittels Elektroheizungen und Elektro-Wärmepumpe große Teile des Wärmemarkts durch Strom gedeckt werden sollen. Mit dieser Strategie ist dann klar, daß der Stromverbrauch steigen muß. Dem Leser der Studie kann dann treuherzig versichert werden, daß 30% aller Wohnungen (ca. 8 Mio) mit Strom beheizt werden können, 'ohne dafür eigens neue Kraftwerke bauen zu müssen' (14; S.16), da der Strombedarf sich bis 2000 sowieso verdoppelt! Die Katze beißt sich also selbst in den Schwanz: Eine heute völlig unrealistische Stromzuwachsrate wird zur Begründung einer energiepolitisch

GROSSE ERWARTUNGEN

Verkauf von Elektro-Wärmepumpen in der Bundesrepublik; Schätzungen des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie



überaus brisanten Strategie herangezogen, die wiederum jene Traum-Prognose realisieren soll — 'selffulfilling-prophecy'.

Die zweite Unterstellung, mit der in 'Wärme 2000' gearbeitet wird, ist ein stetig anwachsender Raumwärmebedarf. (Der Wärmebedarf soll bis 2000 'trotz aller Sparmaßnahmen' gegenüber 1977 um 25% (!) steigen.) "Tatsächlich ist dieser Bedarf aber zwischen 1973 und 1979 infolge sinnvollerer Umgangs mit der Heizung bereits um 22% gesunken, und er würde auf lange Sicht noch wesentlich drastischer absinken, wenn das enorme technische Einsparpotential aktiviert wird" (15).

Doch so etwas ist nicht das Geschäft der VDEW, deshalb will sie den Anteil von Elektroheizung und Elektro-Wärmepumpe am Raumwärme-Sektor von knapp 5% (1977) auf insgesamt 32% steigern. Den Anteil der Fernwärme an der Raumheizung dagegen will sie nur von heute 8% auf mickrige 11% ansteigen lassen (14; S.9 u.15)! Zur Erinnerung: Selbst Forschungsminister von Bülow, alles andere als ein 'grüner Spinner', schätzt den Anteil bei einem 'realistischen Ausbaukonzept' in 10-15 Jahren auf immerhin 25-30%.

Atomstrom für den Wärme-markt

Dazu müßte es aber erst einmal zu einem solchen Ausbaukonzept kommen, denn die energiepolitischen Weichen sind bereits größtenteils in die andere Richtung gestellt: Lokomotive dafür ist Ernst Albrecht, der in seinem niedersächsischen Energieprogramm dem (Atom-)Strom für den Wärmemarkt Priorität einräumt. Sein Programm zeigt deutlich, wohin der Zug geht: In den nächsten 20 Jahren sollen über eine halbe Million Wohnungen mit Elektrowärmepumpen ausgestattet werden, was den Stromverbrauch um jährlich 4% ansteigen lassen soll (16). Und Albrecht steht da nicht alleine, die große Koalition der Wärmemarkt-Strategen reicht auch zu Biblis-Freund Börner: "Einer der Zwecke meiner Kernenergiepolitik ist es, das Heizöl aus dem Haushalt zurückzudrängen zugunsten von anderen Wärmequellen. Wir müssen es den Bürgern ermöglichen, mehr Strom zu nutzen" (17).

Wie setzt sich aber nun diese Politik konkret durch? Ein 'Fallbeispiel' hierfür ist Würzburg, wo die Inbetriebnahme des (vergessenen?) AKW Grafenrheinfeld bereits heute ihre Schatten vorauswirft. Die bayrische Staatsregierung hat nicht nur unberührt von den Kontroversen in Brokdorf, Wyhl und Biblis ihr Atomprogramm ohne größeren Widerstand durchsetzen können — ihre Energiepolitik schafft zugleich auch mit der Zerstörung kommunaler Energieversorgungen Voraussetzungen für die Wärmemarktstrategie.

Praxis in Würzburg:

AKW Grafenrheinfeld bedroht Kraft-Wärme-Koppelung

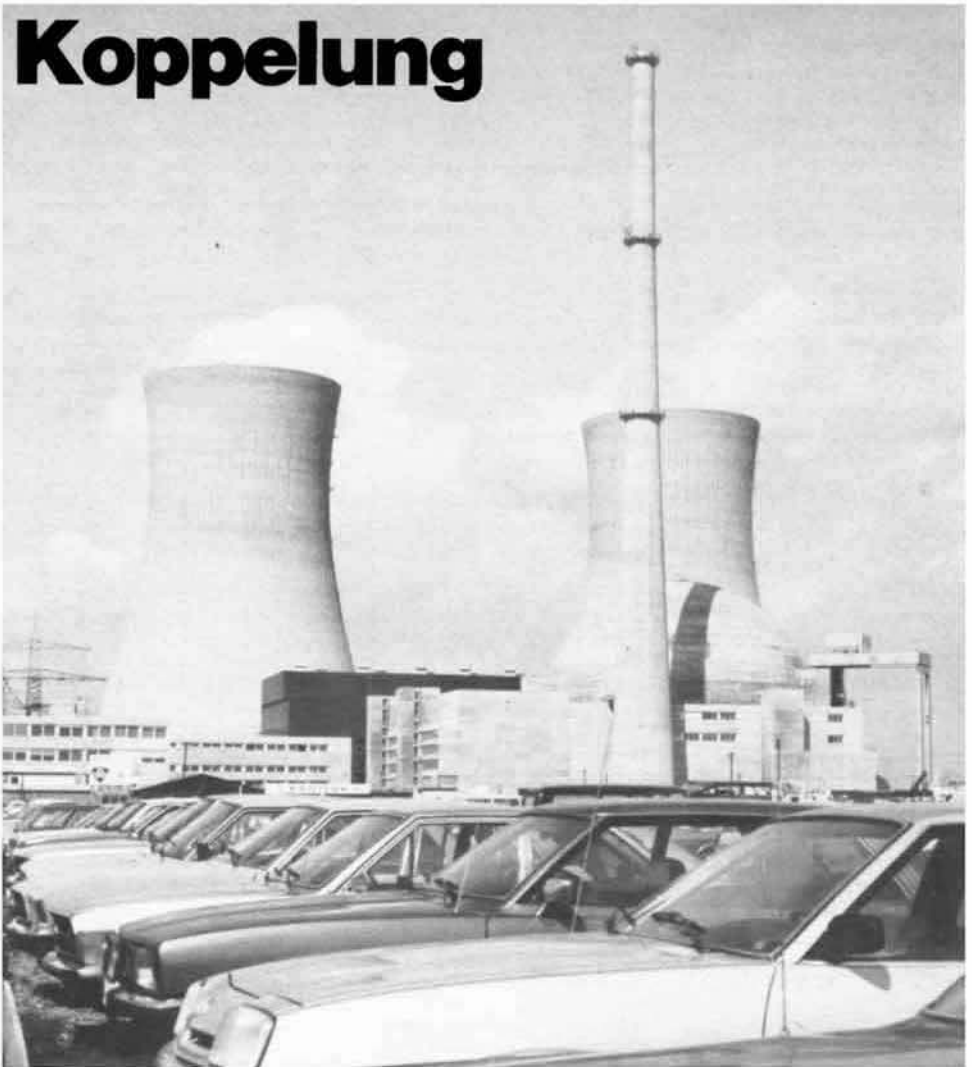


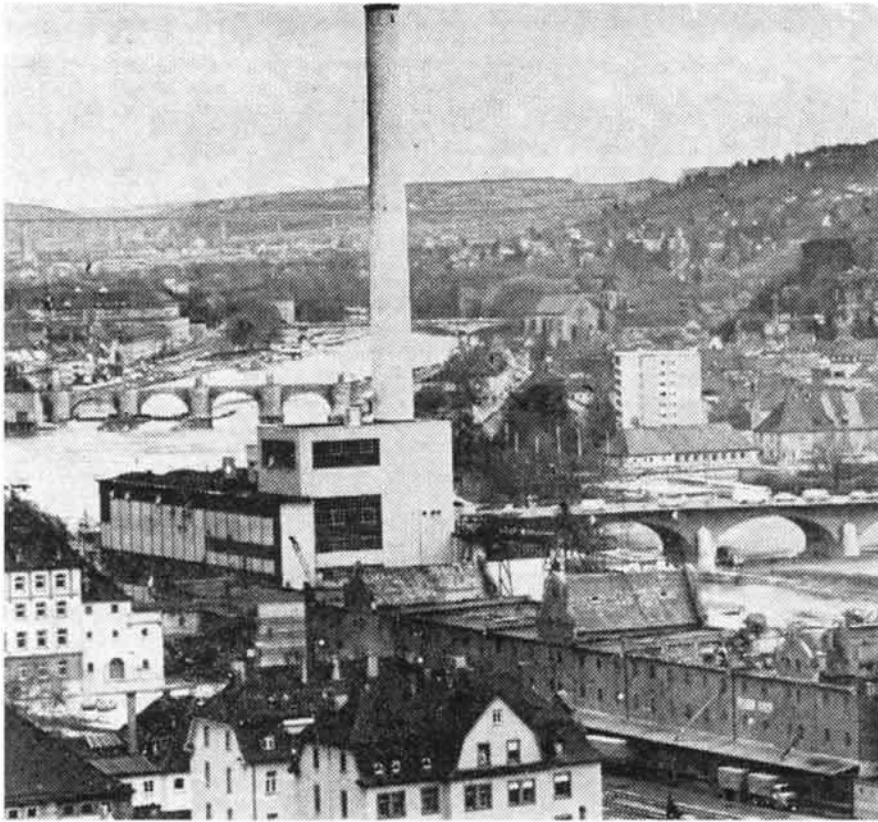
Foto: AKW Grafenrheinfeld

Fernwärme ist in Würzburg kein Fremdwort: Seit den fünfziger Jahren produzieren die Würzburger Stadtwerke auf der Basis von Wärme-Kraft-Koppelung. Ihr Heizkraftwerk am Main hat bisher ca. 80% des Würzburger Strombedarfs gedeckt und so eine relativ autonome, dezentrale Energieversorgung gewährleistet. Doch die Unabhängigkeit steht nun auf dem Spiel: Vom Großteil der 'Stadtväter' wird eine Fremdbeteiligung an den kapitalschwachen Stadtwerken erwogen. Als mögliche Interessenten haben sich bereits das Überlandwerk Unterfranken (ÜWU) und die Bayernwerk AG (BAG) einen Fuß in der Tür. Worauf diese als künftige Kapitalteilhaber hinauswollen, deuten sie schon heute an: Sie schlagen - so das ÜWU - eine Stilllegung des Heizkraftwerks vor. Zu wessen Gunsten das geschehen soll, ist auch kein Geheimnis: Ein Stadtwerke-Betriebsrat äußerte denn auch schon den Verdacht, "daß kleine Stromversorger wie Würzburg ausgehungert werden sollen, weil das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld in Betrieb gehen muß". (18)

Gewinne und Gewerbesteuer: Die kommunalpolitische Szenerie

Die Wirtschaftlichkeit von Wärme-Kraft-Koppelung zeigt sich in Würzburg dadurch, daß die Stadtwerke über Jahrzehnte hohe Gewinne und Konzessionsabgaben gesichert haben. Der größte Teil der Gewinne floß in den städtischen Etat.

Die Konzessionsabgaben schöpften die 'Stadtväter' nur allzu gerne ab: Neben Grund- und Gewerbesteuer sind die Konzessionsabgaben die einzigen ungebundenen Finanzierungsmöglichkeiten. Somit besteht also ein direkter Zusammenhang zwischen den hohen Abgaben und einer im Vergleich zum bayrischen Durchschnitt erheblich niedrigeren Gewerbesteuer, die die CSU-Mehrheit im Stadtrat ihrer Klientel auf diesem Weg bieten kann.



Das bedrohte Würzburger Heizkraftwerk

Die Stadtwerke wurden also nach allen Kräften geschöpft, jahrelang wurde versäumt, sie ausreichend mit Eigenkapital auszustatten. Dabei wurde seit 1977 wiederholt die Notwendigkeit einer Kapitalaufstockung betont. Spätestens 1979 war die bedrohliche Entwicklung abzusehen, als die neue Verschuldung gerade die Zinsen decken konnte. Doch noch 1980 wurden die Stadtwerke als 'flourierendes Unternehmen' bezeichnet. Die unzureichende Kapitalausstattung war eine 'gute' Voraussetzung, daß der Gesamtkonzern WVV 1980 in die roten Zahlen geriet. Dies war für bestimmte Leute der willkommenen Anlaß, gerade die Stadtwerke als krankes Energieversorgungsunternehmen darzustellen. Dabei hatten diese auch noch 1980 Gewinne erwirtschaftet - allerdings weniger, so daß nach Ausgleich mit den anderen Verlustbetrieben ein Minus blieb.

Bayernwerk und Preisaufsicht: Der energiepolitische Hintergrund

Der Rückgang der Gewinne wurde vor allem dadurch verursacht, daß die Eigenproduktion der Stadtwerke 1980 wegen einer Kesselumrüstung gesunken war. Entsprechend stieg der Fremdbezug an Strom vom ÜWÜ, das für das Bayernwerk die Verteilerfunktion übernimmt. Die BAG - und damit das ÜWÜ - ließen in den letzten Jahren keine Gelegenheit aus, ihre Strompreise zu erhöhen. Die Stadtwerke aber, als Endversorger, unterliegen der Kontrolle der bayrischen Preisaufsicht. Diese erlaubte die Weitergabe der Preiserhöhungen nur zu ca. 50%, der Rest ging immer zu Lasten der Stadtwerke und brachte diese so an den Rand der Wirtschaftlichkeit.

Scheinbar ein normaler Vorgang - wenn nicht der bayrische Wirtschaftsminister Jaumann letztlich der oberste Dienstherr der Preisaufsicht wäre. So ergibt sich hier für ihn - wie so oft - eine Doppelrolle: Denn Jaumann sitzt zugleich im Aufsichtsrat des beinahe staatseigenen Bayernwerks. Die

se Personalunion deutet sein Interesse an, kommunale Energieversorger in die Unwirtschaftlichkeit und somit in die Hände des Bayernwerks zu treiben! Selbst die kurzsichtigen 'Stadtväter' haben dies bereits bemerkt - etwa der Oberbürgermeister Zeitler, der, als er die energiewirtschaftliche Eigenständigkeit Würzburgs herausstellte, anfügte: "Daß dies beim Bayernwerk dem einen oder anderen anderen vielleicht die Nase 'raufgeht, ist verständlich'".

Auch für die örtliche Presse ist es "kein Geheimnis, daß die großen Stromproduzenten oder -verteilern seit Jahr und Tag an den Städten interessiert sind..." Und das einzige Interesse, das solche Unternehmen in Würzburg mit einer Kapitalbeteiligung haben können, ist - kurzfristig gesehen - die Verfügungsgewalt über einen kommunalen Energieversorger wie die Stadtwerke zu bekommen. Für das Heizkraftwerk würde dies bedeuten, daß es zuerst - wie vorgeschlagen - im Sommer stillgelegt würde. Mittelfristig würde dann auch im Winter die Stromproduktion eingestellt werden. Zitat aus der örtlichen Presse: "Die großen Stromunternehmen argumentieren, daß letztlich die Zeit der kleinen, also auch die Zeit solcher Einrichtungen wie des Würzburger Heizkraftwerks zum Produzieren von Strom vorbei sei".

Der 'Nebeneffekt' wäre zudem, daß die Fernwärmenutzung dabei auf jedem Fall unrentabel wür-

de. An einen Ausbau der Fernwärme gar - umweltpolitisch für Würzburg wegen seiner schlechten Luftsituation geboten, energiepolitisch von Enquête-Bericht und Umweltgutachten gefordert - wäre nicht mehr zu denken!

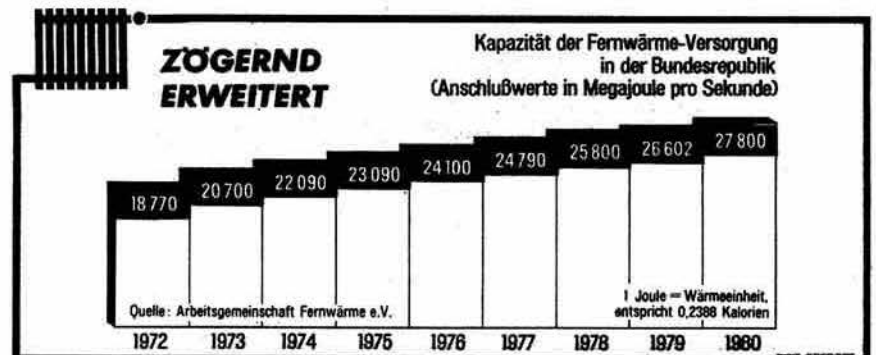
Vom Umweltgutachten hält Wirtschaftsminister Jaumann sowieso wenig: Es lasse 'übergeordnete Gesamtschau' vermissen. Jaumann hat für die bayrische Energiepolitik anderes im Sinn: Dort "müssen die Weichen sofort gestellt und klare Entscheidungen gefällt werden. Es ist höchste Zeit, ja zur Kernenergie zu sagen". Da in Bayern staatliche Energiepolitik de facto mit den Vorstellungen des einzigen großen Stromversorgers Bayernwerk eins ist, mag die Forderung Jaumanns nach forciertem 'Einsatz von primär durch Kernenergie und Kohle erzeugtem Strom zur Raumheizung' nicht mehr überraschen.

Würzburg ist da ein nicht unbedeutender Teil im Kalkül der bayrischen Wärmemarkt-Strategen. Dabei kommt ihnen die kurzfristige Politik der Würzburger 'Stadtväter' entgegen, für die natürlich eine Fremdbeteiligung einen bequemen Weg aus ihrer finanziellen Misere bietet. Doch gerade auf dieser kommunalpolitischen Ebene ist vielleicht ein Ansatzpunkt, den harten energiepolitischen Weg zu verhindern.

Energiepolitischer Arbeitskreis der Umweltgruppe Würzburg

Quellenangaben:

- (1) Programm Energieforschung und Energietechnologien, 1977-1980 (Hrsg. BMFT), Bonn 1978, S.46
- (2) vgl. Barbara Ruske/Dieter Teufel: Das sanfte Energie-Handbuch, Reinbek 1980, S.37-48
- (3) "Fernwärme: Heizung für die halbe Republik", Spiegel Nr.16, 1981
- (4) vgl. Dieter Haak: "Eine Inselstrategie mit kleinen, stadtnahen Kohleheizkraftwerken", Kurzfassung in: Frankfurter Rundschau, Dokumentation, 2.6.1981
- (5) vgl. z.B. Stellungnahme der VDEW, "Kohlegefeuerte Kleinkraftwerke - eine Alternative zu großen Kraftwerksanlagen?", in: "Energiediskussion" (Hrsg. BMFT), Dezember 1980, S.28-30
- (6) Johano Strasser/Klaus Traube: Die Zukunft des Fortschritts, Bonn 1981, S.177
- (7) Süddeutsche Zeitung, 6.7.1981
- (8) Spiegel Nr.8 und Nr.28, 1979
- (9) Spiegel Nr.10, 1980
- (10) Spiegel Nr.5, 1981
- (11) zit. n. FR-Dokumentation, 14.8.1981
- (12) vgl. Spiegel Nr.4, 1981
- (13) "Zum Verheizen ist das Erdöl viel zu kostbar", Kurzfassung der Studie "Wärme 2000" der VDEW
- (14) FR-Dokumentation, 11.6.81
- (15) Klaus Traube: "Die sinnlose Verschwendung ist das eigentliche Problem", FR-Dokumentation, 5.12.1980
- (16) Zeitung für kommunale Wirtschaft 1/81, S.8
- (17) zit. n. Günter Karweina, Der Megawatt Clan, Hamburg 1981, S.50
- (18) Main Post, 11.3.1981
- (19) Main Post, 6.3.1981



»Uranabbau ist nicht verantwortbar«

2. Europäische Konferenz gegen Uranabbau

Am 14. Juni ging in Bad Alexandersbad (Fichtelgebirge) die 2. Europäische Konferenz gegen Uranabbau zu Ende.

Eingeladen von der AG Uranabbau im Fichtelgebirge und der Kreisgruppe des Bundes Naturschutz, diskutierten die über 100 Teilnehmer 3

Tage lang über den weltweiten Stand des Uranabbaus.

Da das Treffen auch von der Anti-AKW-Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet blieb, fassen wir im folgenden die Ergebnisse - wie schon im letzten Atom Express angekündigt - zusammen:

gestiegen und beteiligt sich an der rücksichtslosen Erschließung indianischer Territoriums. (vgl. hierzu auch den letzten AE.)

Brief an die Mitglieder des Europaparlaments

Die Konferenzteilnehmer verfaßten weiterhin einen offenen Brief an die Europa-Parlamentarier, aus dem wir nachfolgend einige Passagen zitieren:

...Die Teilnehmer der Urankonferenz protestieren... gegen die Uranpolitik der EG... Das erklärte Ziel der EG ist es, eine möglichst große Selbstversorgung an Uran zu erreichen. Zur Zeit steigt der Uranverbrauch innerhalb der EG aufgrund des starken Einsatzes von Kernenergie steil an...

Da die gesamte jährliche Uranproduktion innerhalb der EG etwa 2200 t beträgt, bedeutet die Steigerung, daß die EG den Abbau in Europa drastisch erhöhen muß, und daß die EG auch etwa 2/3 des Uranbedarfs importieren muß. Da die EG-Uranproduktion bis 1990 höchstens auf 5000 t anwachsen würde, ist die EG ständig vom Ausland abhängig. Auch wenn man die gesamten europäischen Uranvorkommen sofort abbauen könnte, würden sie den Bedarf nur acht Jahre lang decken - in Bezug auf Energieversorgung und Abhängigkeitsverhältnisse eine sehr kurze Zeit...

Aber nicht das ganze Geld geht in den Bereich Uran. Um der Anti-Atom-Bewegung in den Mitgliedsstaaten entgegenzuwirken, plant die EG, eine massive Propagandakampagne durchzuführen, die darauf ausgerichtet ist, einen weiteren Uranabbau in Europa zu sichern.

Exkursion in Versuchsstollen

Ein wichtiger Bestandteil der Urankonferenz war ein Kurzlehrgang über Umgebungsüberwachung, an den sich zwei Exkursionen zur Abraumhalde eines in der Nähe gelegenen „Versuchsstollens“ der ESSO-Erz-GmbH anschloß.

Auf der Halde, wo angeblich nur „taubes“ Gestein lagert, maßen die erschrockenen Teilnehmer Radioaktivitätswerte von bis zu 600 millirem !!! Der Steinbruch ist nicht gesichert und liegt direkt oberhalb eines Wasserschutzgebietes. Einmal mehr ein praktisches Beispiel für die direkte und unmittelbare gesundheitliche Bedrohung durch die Atomenergienutzung und ihre „Randerscheinungen“...

Übrigens, die nächste Konferenz gegen Uranabbau soll nächstes Jahr in Schweden stattfinden.

Kontaktadresse:
AG Uranabbau im Fichtelgebirge
c/o Gertrud Winkler
Bahnhofstr. 37
8664 STAMMBACH
Tel.: 09256/1387

Veranstaltungshinweis:
Die Gesellschaft für bedrohte Völker organisiert am 16. Oktober 81 in Berlin ein Seminar über Uranabbau in den Ländern der Dritten Welt. Eingeladen sind u.a. Vertreter aus den betroffenen Regionen (Indianer aus den USA, Aborigines aus Australien und Swapo-Vertreter aus Namibia).

Am 17. Oktober werden in einer Großveranstaltung im Audimax der FU Berlin die Ergebnisse des Seminars diskutiert. Zu dieser Veranstaltung sind alle herzlich eingeladen.

Kontakt:
Gesellschaft für bedrohte Völker
c/o Stephan Dömke
Hochstätter Str. 3
1000 Berlin 65
Tel.: 030/4554691

Gesundheitsgefahren durch Uranbergbau

Auch bei Anwendung moderner Abbaumethoden verursacht der Abbau von Uran zusätzliche Strahlenbelastungen für Bergarbeiter wie für die Bevölkerung. Durch die radioaktiven Zerfallprodukte des Urans wird besonders die Lunge belastet. So ist bei Uranbergarbeitern in den USA die Lungenkrebsrate 6 mal höher als normal. Bei beruflich strahlenbelasteten Männern war der Anteil unfruchtbarer Samenzellen etwa 30 mal höher als normal, obwohl die Strahlenbelastung unterhalb der zulässigen Grenzwerte lag. Die Teilnehmer der Konferenz forderten eine gründliche medizinische Untersuchung der Bergleute, die in den 50er Jahren im Fichtelgebirge im Uranbergbau arbeiteten. Fest steht, daß mehrere Arbeiter an Krebs oder Leukämie erkrankt oder verstorben sind. Im Uranabbaugebiet von Limoges (Frankreich) mußte ein ganzes Dorf wegen radioaktiver Verseuchung evakuiert werden.

Uranabbau und „Dritte Welt“

Auf skrupellose Weise geht die internationale Uranmafia besonders in Dritte Welt Ländern vor: auf Kosten der Gesundheit der einheimischen Bevölkerung bauen die Konzerne hier das Uran ab, mit dem weltweit die AKWs betrieben werden.

3 Beispiele:

Im von Südafrika besetzten Namibia wird von der britischen Rio Tinto Zinc, der westdeutschen Urangesellschaft, der französischen Total und zwei südafrikanischen Firmen die Rössing-Mine, die größte Tagebau-Uranmine der Welt, betrieben. Aus ihr bezieht, trotz des „Verbots“ von Rohstoffimporten durch die UNO, die BRD 30% ihres Uranbedarfs, Großbritannien sogar die Hälfte.

Die schwarzen Minenarbeiter müssen ohne jegliche Schutzvorrichtungen und unter brutaler Polizeiüberwachung arbeiten, sind in völlig unzureichenden Behausungen untergebracht und verdienen zudem erheblich weniger als ihre wenigen weißen „Kollegen“.

Die atomare Unterstützung des rassistischen Regimes in Südafrika durch die Länder der „Freien Welt“ wird so durch eine brutale Komponente ergänzt.

In Argentinien wird unter maßgeblicher Beteiligung von Siemens der größte Urantagebau Lateinamerikas betrieben. Der Deutsch-Argentinische Atomvertrag sichert Siemens u.a. einen 20% -Anteil an der argentinischen Uranproduktion.

Auch in Brasilien ist die Urangesellschaft mit 25% in die Uranförderungsfirma NUCLEN ein-



UND DIE ORDNUNGSHÜTER



Am 25./26. Juli fand auf der Wiese des Bauern Maas naben dem Schnellen Brüter in Kalkar das STOP-KALKAR-FEST statt. Während des Festivals sollte ein Anti-Atom-Dorf als Gegeninformationszentrum entstehen. Schon Wochen vor dem Fest wurde dieses Vorhaben mit zahlreichen Verfügungen und Strafandrohungen durch die Kreisverwaltung bekämpft – während des Festivals überfielen nächtliche Räumkommandos der Polizei mehrmals das entstehende Dorf und rissen selbst das kleinste Zelt wieder ab.

AKW-Gegner aus Kalkar berichten vom Ablauf der Aktion und der jetzigen Situation auf dem Platz:

Die Idee des Anti-Atom-Dorfes und des Festivals entstand bei einem Aktionscamp Anfang Mai im Freundschaftshaus. Kalkar sollte wieder ins Bewußtsein der Bevölkerung zurückgerufen werden. Das Anti-Atom-Dorf sollte nicht nur ein Symbol des Widerstandes sein, sondern durch eine Windkraftanlage und eine Biogasanlage sollten auch praktische Alternativen gegen das Energieprogramm der Bundesregierung aufgezeigt werden. Kurze Zeit nach dem Aktionscamp ist mit dem Bau des Fundamentes für das Windrad begonnen worden. Die Windkraftanlage ist ein Prototyp der ein Jahr lang praktisch in Holland erprobt wurde. Die Anlage ist 23 Meter hoch und hat eine Leistung von 10 kw. Bei den Vorbereitungsarbeiten wurde einer von uns vorläufig festgenommen. Zudem wurde ihm eine Strafe in Höhe von 50.000 DM angedroht, falls die Arbeiten am Fundament nicht eingestellwürden. Der Aufbau des Windrades wurde daraufhin bis zum Bau des Anti-Atom-Dorfes verschoben. Zwischenzeitlich wurde der Melkstall zum Freundschaftshaus umgebaut.

Am Donnerstag vor dem Festival besetzten ca. 30 AKW-Gegner den umgebauten Melkstall, damit Bauer Maas nicht in rechtliche Schwierigkeiten geraten sollte. Auch dem Bauer Maas wurde eine Geldstrafe in Höhe bis zu 50.000 DM angedroht, falls er den Bau des Anti-Atom-Dorfes auf seinem Grundstück erlauben würde. Für den Bau des Dorfes wurde versucht, Holz auf den Platz zu bringen, was von der Polizei aber mit allen Mitteln verhindert wurde. „Ein zweites Wendland werden wir mit allen Mitteln verhindern.“ (Zitat von einem Behördenarsch) Da wir zu wenig Schlafplätze im Freundschaftshaus hatten, wurden Zelte aufgebaut. Gegen ca. 23 Uhr wurden wir von der Polizei aufgefordert, die Zelte innerhalb von 30 Minuten zu räumen. Dieser Aufforderung folgten wir nicht (na so was!) und setzten uns vor unsere Zelte, um den Abriß durch die Bullen zu verhindern. Eine Hundertschaft fiel mit Hunden und brutaler Gewalt

über die Leute und Zelte her, wobei einer von uns so schwer verletzt wurde, daß er stationär behandelt werden mußte. Die Zelte wurden zum größten Teil schwer beschädigt und beschlagnahmt.

Das gleiche Schauspiel wie des Nachts konnten wir dann am nächsten Morgen noch einmal erleben, wobei ca. 5 Zelte geräumt wurden. Später konnte Mensch wieder mit eigenen Augen sehen, was es heißt, in einem Atomstaat zu leben. Jeder der zum Platz wollte, mußte durch mehrere Polizeisperrn gehen und wurde dabei auf das genaueste gefilzt. „Da wird der Zucker zu Dynamit, der Kaffeesatz zu Shit...!“ Im Laufe des Tages wurden einige Unterschlüpfte gegen das miserable Wetter gebaut. Am gleichen Abend begann bereits das Festival. Samstagmorgen dann beglückten uns wieder unsere Freunde und Helfer mit einer Räumungsaktion. Da die Hütten von uns besetzt wurden, hatte es die Polizei nicht ganz so leicht wie bei den vorherigen Räumungsaktionen. Auch bei dieser Aktion gab es einen Verletzten auf unserer Seite durch einen Hundebiß. Spätnachmittags waren sie dann schooon wieder da, zu dem Zeitpunkt waren ca. 1000 Leute auf dem Platz, wovon sich die meisten vor den Bullenreihen postierten und laut „Fußball, Fußball!“ riefen. Aber die grüne Mannschaft hatte anscheinend keinen Bock, Fußball zu spielen und ist wieder abgezogen. Abends unter strömendem Regen verwandelte sich in eine riesige Schlammgrube, so daß Schlafplätze nur noch im Freundschaftshaus vorhanden waren.

So kam es, daß wir nur noch ca. 70 Leute waren, als wir am Sonntagmorgen wieder einmal von Bullen geweckt wurden. Die Polizei ließ es sich nicht nehmen, auch unsere letzten Notunterkünfte und Holzreste abzuräumen und zu beschlagnahmen. Kurz danach wurde beschlossen, die Reeser Rheinbrücke zu besetzen, um die Freilassung von zwei Festgenommenen zu fordern.

Noch während wir auf der Brücke vorne mit dem Hundertschaftsführer verhandelten, fing von hinten ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei plötzlich an, brutal auf uns einzuknüppeln. Dabei wurden 25 Leute von uns verletzt, 12 so schwer, daß sie im Krankenhaus behandelt werden mußten. Als Reaktion auf diesen brutalen Einsatz fuhren wir mit ca. 90 Leuten zum Kreisshaus nach Kleve, wo die für diesen Einsatz verantwortlichen Personen eine Pressekonferenz gaben. Nach einer Kundgebung und einem gemütlichen Sit-In mit Musik und Liedern zogen wir durch die Innenstadt, um der Bevölkerung die Augen zu öffnen.

Nachdem es dem Oberkreisdirektor und dem Bullenchief anscheinend schwerfiel, sich für die Vorgänge auf der Reeser Rheinbrücke in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, versuchten sie es dann auf die sanftere Tour. Am Montag kam der Einsatzleiter zu uns auf den Platz, um angeblich mit uns verhandeln zu wollen. Nach einem einstündigen Gespräch machte uns der Einsatzleiter das superfreundliche Angebot, unsere Baumaterialien selber auf einen Bullen-LKW zu laden. Da wir das Angebot selbstverständlich nicht annehmen konnten, kam es erneut zu einer Räumung, die vorerst die letzte sein sollte.

Weitere Perspektiven

Nach der Räumung haben wir uns überlegt, für 2-3 Tage Baustop einzulegen. Wir konnten sie einfach nicht mehr sehen, die grünen Männchen vom anderen Planeten. Wir kümmerten uns erstmal um unsere eigenen Probleme, Essen, Einkaufen usw.. Die Idee, hier eine Ökofarm entstehen zu lassen, kam auf. Einige Leute sind dann angefangen, im Wald hinter dem Haus Hütten zu bauen, die dann ungefähr nach einer Woche von uns selbst schweren Herzens wieder abgerissen worden sind, da das Gelände im

IN DEN SCHNELLEN BRÜTER!



aus, was schon ist: Das Freundschaftshaus, in dem man essen und schlafen und reden und informieren kann. Der Garten. Die Windmühle, die jetzt aufgebaut wird für die Wasserpumpe. Die Windmühle, die schon fertig ist, 10 kw leistet und noch aufgebaut werden muß. Die Erfahrung, die wir in den letzten Wochen hier jede Menge gesammelt haben.

Einen Namen für das Ganze haben wir auch schon: Ökologisches Zentrum/Kalkar der Pächtergemeinschaft für alternativen Landbau und Energieerzeugung. Wow! Bis jetzt ist dieser Name allerdings noch nicht gerechtfertigt. Er kann es aber werden, wenn wir uns alle mächtig ins Zeug legen. (Damit sind natürlich alle außer DIR gemeint) Das heißt für mich: die Leute, die am Wochenende für eine halbe Stunde am Freundschaftshaus vorbeikommen und vorher beim Pro-Info-Zentrum waren, sollen etwas zu sehen bekommen, was auf viele verschiedene Arten eine Gegeninformation darstellt.

Jedes erste Wochenende im Monat (Schwerewicht auf Sonntag), 14.00 Uhr, findet hier im Freundschaftshaus eine hoffentlich große Vollversammlung mit den BIs aus den Niederlanden und NRW und allen anderen Interessierten statt.

Das RWE hat Millionen von DM, wir haben unsere Kraft! Trotzdem geht der Pleitegeier um. Drum spendet eine dicke Summe, kann auch 'ne kleinere sein.

SPENDENKONTO: 2999 Volksbank Kalkar. Stichwort 'Freundschaftshaus'.

Den Ermittlungsausschuß (von wegen Gedächtnisprotokolle, Zeugenaussagen über Räumungen, Verletzungen usw.) macht die BI Moers „BAUM“. Bitte möglichst heute noch abschicken!

BI BAUM, Essenbergerstr. 100, 413 Moers 1, Tel. 02841/52584.

Eine ausführliche Berichterstattung werdet Ihr in der Dokumentation finden, die in Kürze erscheinen wird und an die NRW-BIs und ein paar Zeitschriften verschickt wird. Wer auch eine haben will:

Achim Woelky, Lutherplatz 24, 415 Krefeld, Tel.

02151/397904.

1. Die Stelltafeln, die hier schon stehen, müssen neu beschriftet werden. Das setzt inhaltliche Arbeit voraus, z.B. zu Plutoniumwirtschaft, alternativer Energieerzeugung, Polizeistaat usw.

2. Wir müssen auch weiterhin versuchen, ob wir das Freundschaftshaus nicht auf rechtlich sichere Beine stellen können, um etwas mehr Ruhe zu haben. Also Anträge?

3. Die Windmühle: Wie können wir es schaffen, daß sie irgendwann, trotz des ersten abgelehnten Antrages, läuft und Strom ins Netz abgibt?

4. Der Garten, Hühner, Schafe. Was davon wird von wem wie lange geführt? Der Garten läuft, aber ist schon alles geplant, was weiter geplant werden muß?

5. Falls wir das Freundschaftshaus nicht anders nutzen dürfen als landwirtschaftlich und so lange, wie es auf jeden Fall noch „illegal“ laufen muß: Wie können wir eine breite Unterstützung organisieren, um die Arbeit im Melkstall nicht auf wenigen Schultern zu belassen, die dann irgendwann die Schnauze voll haben?

Das sind alles Sachen, die jetzt angepackt werden müssen. Wenn das soweit läuft oder in Arbeit ist, dann können wir uns von hier aus an weitergehende Sachen machen, nämlich eine breitere Unterstützung der Leute aus der Gegend zu erreichen. Wir können die aus ihrer Abstumpfung gegenüber diesem Betonklotz reißen. Wir müssen nur zuerst von unserer eigenen Abstumpfung weg. Ich brauch' das nicht mehr auszumalen, das kann sich jeder selber vorstellen, wie das aussieht, wenn immer mehr Leute an einem Strick ziehen, die vorher nur daneben gestanden haben. Und das sind verdammt noch mal Perspektiven!

Wir haben schon oft genug gezeigt, daß wir was schaffen können und immer wieder aus dem größten Chaos herausgefunden, wenn es keiner erwartet hat. In Kalkar sind wir einerseits aus dem größten heraus, andererseits liegt das Größte noch vor uns.

Also: ES GIBT NICHTS GUTES AUßER MAN TUT ES !!

Viele Grüße

Gabi, Achim, Ludger aus Kalkar.



Foto: Räumung der Reeser Rheinbrücke



Foto: Sit in vor dem Klever Kreishaus

KALKAR NACH DEM FEST

Schade, daß in Kalkar noch kein Dorf in den Dimensionen der 'Republik Freies Wendland' entstanden ist - trotz der guten Beteiligung vor allem auch unserer holländischen Freunde, die die Hälfte der Festival-Besucher ausmachen. Wieviel Angst der Oberkreisdirektor Schneider vor dem bunten Dorfleben hat, zeigen seine unerhörten und schon grotesk wirkenden Anforderungen und Strafordrohungen gegen die BI STOP KALKAR und Bauer Maas. Dem AKW-Gegner und Kläger gegen den Schnellen Brüter Maas wird untersagt, in seinem eigenen Melkstatt, der nun als Freundschaftshaus dient, Flugblätter und Broschüren auszulegen, während die Gegenseite seit Jahren ein Pro-Informationen-Zentrum mit bezahlten Angestellten betreibt und kiloweise Broschüren und Zeitungen an die Bevölkerung verteilt.

Die Angst des Oberkreisdirektors wurde auch auf dem Festival deutlich, wo seine Polizeischergen Zelte und selbst einfache Plastikplanen niederrissen, um den Bau eines Dorfes im Keim zu ersticken. Trotz der Behinderungen durch die Polizei gelangte ein Auto mit Bauholz auf Schleichwegen durch die Linien und wurde von den Teilnehmern stürmisch begrüßt. Ein Problem bestand wohl darin, daß im Aufruf zum 'Stop Kalkar - Fest' sowohl zum Festival als auch zum Bau eines Dorfes aufgerufen wurde, so daß manche primär aus Interesse an der Musik kamen, während andere am Rande des Festivals zu bauen begannen. Viele, die kamen, waren sich über den Charakter der Veranstaltung wohl nicht ganz im klaren und zumindest auf den Bau von Hütten nicht vorbereitet.

Atom-Mafia in Finanznöten

Gute öffentlichkeitswirksame Aktionen gegen den Schnellen Brüter Kalkar tun aber not, auch in einer Zeit, in der das Projekt den Atom-Strategen über den Kopf wächst und zu platzen beginnt. Die Kosten wurden bei Baubeginn 1971 noch mit 1,7 Mrd. DM veranschlagt und belaufen sich mittlerweile nach Schätzungen der Energiewirtschaft auf mindestens 5,6 Mrd. DM. Welch eine riesige Summe das ist, wird durch folgende Rechnung deutlich: Angenommen, der 300 MW - Reaktor würde ohne irgendwelche

Betriebskosten Strom produzieren, müßte er beim derzeitigen Strompreis von ca. 15 Pfg/kwh über 14 Jahre rund um die Uhr laufen, um die Baukosten zu erwirtschaften.

Inzwischen ist eine Finanzierungslücke von 1 Mrd. DM entstanden. Um diese Lücke gab es ein monatelanges Hick-Hack. Immer wieder wurde Forschungsminister von Bülow bei der Atomindustrie vorstellig, um sie zu einer höheren Beteiligung an dem Projekt zu bewegen. Die Industrie lehnte aber kategorisch ab. So will das RWE höchstens noch 100 Mio. Mark investieren, während sie für die Baubeteiligung am französischen Brüter 'Super Phenix' bei Malville bereits 600 Mio. veranschlagt hat. Dieses Verhalten ist zunächst verwunderlich, da die Deutsche Atomindustrie ansonsten sehr heftig für die „neuen Reaktortechnologien“ plädiert. Aber zum einen hat Frankreich nach Ansicht des forschungspolitischen Sprechers der FDP Laermann einen Systemvorsprung von 12 Jahren. Eine Beteiligung am französischen Brüter ist somit wesentlich lukrativer, da die Betriebserkenntnisse der deutschen Atomindustrie zugute kommen. Zum zweiten wird die Bundesregierung in großen Zugzwang gebracht. Da holländische und belgische Firmen an dem Bau beteiligt sind, müßte bei Einstellung der Bauarbeiten mit Schadensersatzforderungen gerechnet werden, die nach Aussage von Laermann einen Weiterbau billiger machen würden als der sofortige Baustop (das leuchtet jedem ein, jedenfalls jedem Kapitalisten, d.S.). Vielleicht ist der Gedanke gar nicht so abwegig, daß die deutsche Atomindustrie sich ins bis dato atomfreundliche Frankreich flüchtet, um die hiesigen Behörden zu etwas mehr Wohlverhalten zu bewegen.

Und siehe da: Die Genehmigungsbehörden wollen sich tatsächlich bessern! Auf einer Konferenz der Wirtschaftsminister am 7.9.81 erreichte das Gerangel um den Schnellen Brüter mit zwei unverschämten Beschlüssen seinen vorläufigen Höhepunkt: Erstens soll das Genehmigungsverfahren für AKWs durch „Vereinfachung“ und „Straffung“ beschleunigt werden, zweitens darf die Stromwirtschaft die Mehrkosten für den Bau des Brüters und des Hochtemperaturreaktors (HTR) voll über erhöhte Strompreise auf den Verbraucher abwälzen — ein Paradebeispiel für die billige Atomenergie.

Die Zukunft des Brüters ist zur Zeit wieder, jedenfalls finanzmäßig, gesichert. Es liegt nicht zuletzt an uns, den Gefährlichen Brüter zu verhindern. Dazu gilt es, unser Recht auf Gegeninformation im Freundschaftshaus zu behaupten.

In einem Öko-Dorf auf der Wiese des Bauern Maas könnte der Bevölkerung vorgelebt werden, wie eine Zukunft ohne Atomtechnologie aussehen kann.

Für die Zukunft der in der Gegend herumstehenden Betonruine gibt es auch schon Ideen: Bauer Maas schlägt vor, dort ein Wachsfignurkabinett einzurichten, in dem sich die Bevölkerung die Befürworter des atomaren Wahnsinns angucken kann.

Wir schlagen zudem vor, das Areal um den Klotz als Hühnerfreigehege zu nutzen. Als Hühner empfehlen wir „Rebhuhnfarbene Italiener“, eine Art, die noch selbst brütet, zwar nicht schnell, dafür aber zuverlässig und umweltfreundlich.

Neue Brüterstudie: Probleme mit Chrom und Molybdän

Nicht allein durch den wahnsinnig gefährlichen Betrieb mit tonnenweise hochgiftigem Plutonium, schon allein beim Bau und den regelmäßig anfallenden Auswechselarbeiten eines Schnellen Brüters wird es heikel. Korrosionsbeständige und hitzefeste Edelstähle - die in den Anwendungsbereichen in und um das Reaktorkern überdies intensiver Neutronenstrahlung standhalten müssen - müssen an den kritischen Stellen des Schnellen Brüters und seiner Nebenanlagen in großen Mengen eingesetzt werden.

Die beiden wichtigsten Legierungskomponenten dieser kerntechnischen Edelstähle, Chrom und Molybdän - beide für den Brüter essentiell notwendig -, sind aber weltweit so knapp, daß die Brüterwirtschaft allein aus diesem Grund sehr bald zusammenbrechen muß.

Die Brüter-Bauer, die uns die Deckung eines Großteils des weltweiten Energiebedarfs für Jahrhunderte vorgaukeln wollen, scheinen sich mit diesen Fragen entweder noch nicht beschäftigt zu haben (zu schwierig gestalten sich aber auch die Finanzfragen!) oder verschweigen diese bittere Wahrheit einfach - was bleibt ihnen auch übrig.

Man sollte ihnen die vor kurzem erschienene Studie von Helmut Hirsch und Jürgen Kreusch (Gruppe Ökologie Hannover) empfehlen:

'Die Rohstoffprobleme des Schnellen Brüters'. Die beiden Wissenschaftler kommen darin aufgrund umfangreicher Bedarfs- und Ressourcenanalysen für Chrom und Molybdän zu dem Ergebnis:

"Die Energieversorgung durch Schnelle Brüter ist im Hinblick auf die Bereitstellung essentieller Rohstoffe in erheblich geringerem Maße gesichert als eine Energieversorgung durch fossile Brennstoffe."

Helmut Hirsch/Jürgen Kreusch
'Die Rohstoffprobleme des Schnellen Brüters'
Mai 1981, 150 Seiten.
Erhältlich bei Voreinsendung von 5,- + 1,- Porto
auf Postscheckkonto 62433-301 PSchA Hannover
Stichwort 'Brüterstudie'



VON STROMLÜCKEN UND ANDEREN MÄRCHEN

Ein Buch über Energiepolitik und ihre Hintergründe



- UND WARUM SIE UNS ERZÄHLT WERDEN

Ein neues Buch über Energiepolitik und ihre Hintergründe.

Aus dem Inhalt:

- Betreiberzahlen zu Stromkapazitäten, Auslastungsgraden der Atomkraftwerke usw.
- Tatsächliche Kosten von Atomstrom
- Gesamtenergiebilanz
- Rohstoffsituation
- Wie die EVUs den Wärmemarkt erobern wollen
- Warum werden AKWs gebaut?
- Welche Rolle spielt der Staat bei der Energiepolitik
- Verflechtungen in der Energiewirtschaft
- Anforderungen an eine zukünftige Energieversorgung

Zu bestellen bei: Gegenwind Verlag, Marienstr. 10
3400 Göttingen
Kostet 14,50 DM, ab Mitte Oktober erhältlich

Bürger im Widerstand

170 Bilddokumente 1977-81



Startbahn-West Diemelstadt/Volkmarsen Biblis 2 Jahre B-8 Dammbesetzung

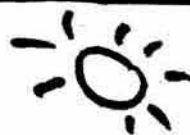
Dieses Fotobuch berichtet über vier herausragende Brennpunkte der Auseinandersetzung zwischen Umweltschützern und lebensraumzerstörender Großtechnologie. 68 Seiten, beste Bilddruckqualität, zweifarbiger Kartonumschlag, 170 Fotos von 13 Fotografen aus der Bürgerinitiativbewegung - herausgegeben von B. Kretschmann.

Buchläden, Büchertische und Bürgerinitiativen 30 % Rabatt. Einzelbestellungen bitte durch Vorausüberweisung auf Postscheck Frankfurt, Kto. Nr. 392825-603, BLZ 500 100 60 (10.- DM/ab 3 Exemplare nur noch je 7.- DM bei Einzelbestellung + 1.- DM Versand).
Bestelladresse:
B. KRETSCHMANN - JUNG-STRASSE 11, 6000 FRANKFURT MAIN 90 - TEL.: 0611/77 13 84

WIR HABEN EIN TAGUNGSHAUS

IM ENERGIE- UND UMWELTZENTRUM

- ★ Übernachtungsmöglichkeit für 15-25 Personen
 - ★ Selbstversorgerküche steht zur Verfügung
 - ★ Auf Wunsch Vollverpflegung der Gruppen
- Ruhige Lage, direkt an einem großen Waldgebiet



Energie- und Umweltzentrum
Am Elmschbruch
3257 Springe 3
Tel.: 05044/380

Der Griff nach der Bombe

Das Deutsch-Argentinische Atomgeschäft.

143 Seiten, 6.50 DM. Sorgfältig recherchierter Bericht über die atomaren Beziehungen zwischen der BRD und Argentinien. Inhalt: Das argentinische Atomprogramm, Umfang des Vertrages, Kapitalbeteiligung der KWU an der arg. Atomindustrie, Auseinandersetzung mit den „Argumenten“ der westdeutschen Atomexport-Lobby, Hintergrundartikel zur politischen und wirtschaftlichen Lage in Argentinien, Überblick über die Wirtschaftsbeziehungen und den Waffenhandel zwischen beiden Ländern, Aufruf zu Kampagnen und Aktionen gegen den Atom-Vertrag u.a.m.

Kontakt- und Bestelladresse: FDCL Multi-Gruppe, Savignyplatz 5, 1 Berlin 5, Tel.: 030-313 50 65

Broschüre gegen WAA

Die Jusos aus Waldeck-Frankenberg haben aus Anlaß der in Nordhessen geplanten WAA eine Broschüre herausgegeben, in der auf 64 Seiten die technischen und politischen Gründe, die gegen einen Bau sprechen, allgemeinverständlich erläutert werden.

Exemplare können zum Stückpreis von 1.50 DM gegen Vorkasse (Geldscheine oder Briefmarken) oder durch Überweisung auf das Konto 01982867, Kreissparkasse Waldeck, angefordert werden bei:

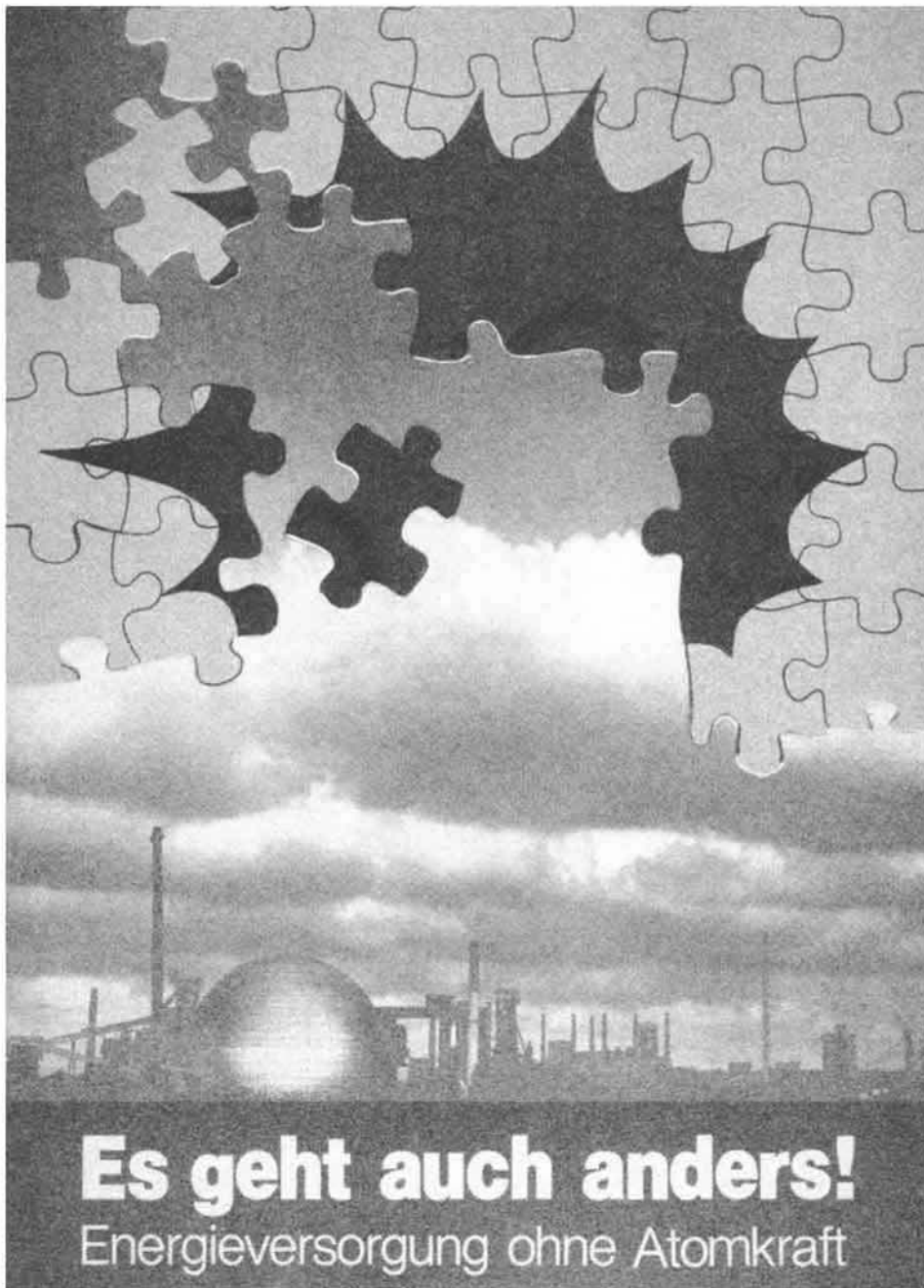
Ralf Janaszek, Rauchstr. 28
3548 Arolsen



Broschüre des Vereins für Umwelt- und Arbeitsschutz (VUA), Bremen.
31 Seiten, 2.-DM. Bezugsadresse:
VUA, Fehrfeld 6, 28 Bremen 1

ATOMWAFFEN IN DER BRD

PLAKAT mit einer Karte aller Standorte und Info's über die versch. Waffensysteme (ähnl. TAZ 551).
50 Stück 5.-DM + Porto - Vorkasse(Scheck)oder Rechnung
Daniel Sillescu, Carl-Orff-Str.53, 65 Mainz 33.



Es geht auch anders! Energieversorgung ohne Atomkraft

"Atomkraft - Ja oder Nein? Kaum eine andere Frage war in den letzten Jahren so umstritten. Viele Menschen sind unsicher geworden. Die vielen Pannen in Atomkraftwerken, die Beinahe-Katastrophe von Harrisburg, das ungelöste Entsorgungsproblem, lassen immer mehr Menschen daran zweifeln, daß Atomkraftwerke wirklich so billig, so sicher und umweltfreundlich sein sollen, wie von Seiten der Atomindustrie immer behauptet wird.

Aber was sollen wir tun? Können wir ohne Atomkraft unsere Energieversorgung sichern? Was ist mit den Arbeitsplätzen? Haben wir dann noch genug Strom?

Diese Fragen zu beantworten ist eine Frage der Information, nicht des Glaubens.

Es geht ohne Atomkraft, wenn man es nur will. Das wissen auch diejenigen, die uns einreden wollen, wir könnten auf Atomkraft nicht verzichten. Aber sie wollen weiter ihr Geschäft mit der Atomkraft machen. Sie wollen ihre Macht sichern und ausbauen. Ihre Interessen sind nicht die Unserigen."

So beginnt der einleitende Text zu der seit Monaten vorbereiteten Energiebroschüre, die ab Anfang nächsten Jahres als Hauswurfsendung bundesweit verteilt werden soll.

Zunächst wird die verschwenderische derzeitige und geplante Energieversorgung in der BRD beleuchtet. Unter dem Motto 'Es geht auch anders'

wird dann aufgezeigt, daß eine Änderung der Energiepolitik nicht nur möglich, sondern unbedingt notwendig ist. Der zu beschreitende Weg ist technisch und wirtschaftlich machbar. Warum er nicht eingeschlagen wird, ist auf den letzten Seiten zu lesen.

Die gefühlsaufwühlenden Argumente der Betrei-

Die Energie- Broschüre ist da !!

ber - 'Atomenergie schafft Arbeitsplätze', 'Bald gehen die Lichter aus, wenn wir nicht Atomkraft einsetzen' - werden auf ihre Richtigkeit überprüft. Sie sind falsch!

Es bleibt die Frage, warum Atomkraftwerke dennoch gebaut werden. Einige Erklärungen sind am Ende der Broschüre zusammengetragen.

Wie alles anfang . . .

Auf der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie in Bremen im November 1980 befaßte sich eine Arbeitsgruppe mit der Energiepolitik der Bundesregierung. Festgestellt wurde, daß die Bürgerinitiativen es in den letzten Jahren geschafft haben, die Gefährlichkeit von Atomanlagen offensichtlich werden zu lassen. Was sie nicht geschafft haben, ist, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß wir Atomenergie nicht brauchen. Daraus entstand die Idee, die fehlenden Informationen in der vorliegenden Broschüre zusammenzufassen. Ermutigt zu diesem gewaltigen Vorhaben haben uns auch dänische Freunde. Sie brachten innerhalb eines Jahres fast 2,5 Millionen Exemplare einer Zeitung gegen Atomkraft in nahezu alle Haushalte Dänemarks.

Wie ihr Vorbild soll auch die bundesdeutsche Energiebroschüre durch ihre Aufmachung zum Lesen reizen: Vierfarbdruck auf Zeitungspapier, Format 40 mal 28,5 cm, 16 Seiten.

Wie sieht es jetzt aus?

Nachdem eine bis auf 35 Leute anwachsende Arbeitsgruppe ein 3/4 Jahr lang Inhalt und graphische Gestaltung erarbeitet hat, ist es jetzt so weit: ein Schwarz-weiß Vordruck in einer Auflage von 3000 Stück ist fertig. Er ist an alle Bürgerinitiativen, über deren Adressen wir verfügen, verschickt worden. Bis zum 15. Oktober ist Zeit, diesen Vordruck zu diskutieren, Verbesserungsvorschläge zum Inhalt und zum Lay-out zu machen. Dem Vordruck liegt ein Falblatt bei, in dem weitere Informationen gegeben werden.

Wie es weiter gehen soll . . .

Am Ende des Jahres soll eine endgültige Fassung vorliegen. Geplant ist eine Startauflage von 500 000 Exemplaren, die in zwei Regionen verteilt wird. Ein Feuerwerk von Aktionen, die in einem sinnvollen Zusammenhang mit der Broschüre stehen, soll die Verteilung begleiten: Diskussionsveranstaltungen, Info-Stände, Ausstellungen, Demonstrationen . . .

Los geht's jedoch erst, wenn das Geld für die Startauflage zusammen ist.

Benötigt werden 100 000 DM (Erschreckt nicht: allein die geschätzten Fahrtkosten zur Brokdorf-Demo am 28.2. liegen bei 2 bis 3 Millionen DM!): Im einzelnen sind das:

- Schwarz-weiß Vordruck einschließlich Graphikerhonorar und Verschicken: 7000 DM
- Druckkosten für die Erstaufgabe ca. 70 000 DM
- Repro- und Satzkosten ca. 20 000 DM
- Büro, Porto, Telefon während der Kampagne ca. 3000 DM.

Die weiteren Auflagen sollen im Schneeballsystem finanziert werden. Das heißt, in der 1. Auflage wird zu Spenden aufgerufen, die die zweite finanzieren sollen usw.

Wir wollen das Unmögliche!

Alle Haushalte in der BRD sollen die Broschüre in ihrem Briefkasten haben. An dieser geballten Information werden sich weder Politiker noch Betreiber vorbeilügen können!!!

Dieses Unterfangen kann nur gelingen, wenn viele, viele Leute diese Kapagne zu ihrer eigenen Sache machen.

Es gibt nichts Gutes - außer man tut es!

Der Schwarz-weiß Vordruck kann zum Stückpreis von 3.-DM (ab 5 Exemplaren 2.-DM; bitte Vorauskasse in Form von Briefmarken oder Scheck) angefordert werden bei:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 45 Marienstr.10
34 Göttingen
oder

Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen
St.Pauli Str.10/12
28 Bremen

Spenden bitte an:

R.Röpling, Kaiserstr.104
46 Dortmund
PschA Dortmund
BLZ 440 100 46
Konto-Nr. 520 20 - 461
Volksbank Dortmund
BLZ 441 600 14
Konto-Nr. 20 36 076 700



Leserbriefe.. Leserbrise.. Briefdieleser.. Lesdiebrie

Betr. AE Nr. 25: »Energiepolitik Teil II: Weg vom Nahostöl«

Der Artikel ist im großen und ganzen hervorragend; solche Dinge sind trotz ihrer grundlegenden Bedeutung viel zu unbekannt. Ich kann euch nur ermutigen, solche Artikel auch in Zukunft zu bringen.

In einem Punkt widerspreche ich ihm allerdings entschieden: »Der Bundesregierung geht (es) nicht um Energiesparen, sondern um Ölsparen um jeden Preis« und ähnliche Sätze. Spätestens seit der 'Energie-Wende' des Öko-Instituts, seit Traube in der FR vom 4./5.12. 80 oder auch der Energie-Enquête-Kommission des Bundestags müßte eigentlich jedem, auch den Herren Energiepolitikern klar sein, daß man mit 'Strom statt Öl' alles andere als unabhängiger vom Öl wird, weil sich diese Strategie dermaßen langsam vollziehen muß, daß die BRD bis dahin bankrott ist. Einigermaßen rasch vom Öl weg kommt man nur, indem dieses Öl ersatzlos eingespart wird — aber das scheint die Regierung garnicht zu interessieren, denn sonst würde sie nicht ihre Energiesparprogramme über Bord werfen und Einsparmaßnahmen-Kataloge der Bundestagskommission verwerfen ('Ohne Komfortverzicht' stets vorausgesetzt). Kurz gesagt verschlingt 'Strom statt Öl' soviel Kapital und bringt so wenig Ölersparnis, daß es die Öleinsparung regelrecht blockiert, weil diese Kapital im Sektor 'rationelle Energieverwendung' viel mehr Ölersparnis bringen würde, dort aber natürlich nicht ein zweites Mal investiert werden kann. Etwa so, als ob mit dem 'Ausbau' der Kaviarlieferungen an Kambodscha der dortige Hunger bekämpft werden könnte: rausgeschmissenes Geld, das praktisch nichts bringt. Offensichtlich interessiert die Regierung die Öleinsparung garnicht sonderlich, weil sie das dafür notwendige Kapital für die Rettung der Atomkraft braucht (außerdem entzieht sinkender Energieverbrauch der Atomkraft auch noch die allerletzte Legitimation).

Frdl. antiatomare Grüße

Jürgen



Betrifft Neuabo

Ich bin erst in der letzten Zeit auf eure Zeitung gestoßen und dies auch noch gezwungenermaßen. Aber das Lesen eurer Zeitung wird für mich immer weniger zum Zwang, denn zu einer großen Lust und Freude.

Bisher war mir eigentlich nur das 'Umweltmagazin' als Zeitung der Initiativen bekannt, welches ich dann auch abonniert habe. Allerdings wurde mir der Aspekt der dogmatischen 'Gewaltfreiheit' bzw. des hygienisch sauberen 'Bürgerdialogs' in jenem Magazin aufgrund eigener unschöner Erfahrungen suspekt.

Ich denke, daß eine Frage wie die der Atomenergie weniger eine Frage des Bewußtseins als die der konkreten Machtverhältnisse ist. Dies bedeutet zwar nicht, auf Bewußtseinsbildende Maßnahmen zu verzichten, es ist aber letztlich entscheidend, von welchem Standpunkt man die Frage des Protests und der Widerstandsform aufzäumt. Nach dem, was ich von euch gelesen habe, muß ich sagen, daß ihr eine entschieden klarere und konsequenter Haltung zur Frage des Widerstandes bezieht, als z.B. das 'Umweltmagazin'. Deshalb möchte ich eure Zeitung abonnieren.

Kuß und Gruß

Ma.Mo.

Liebe Mitstreiter für ein besseres Leben!

Teil 2 der Energiepolitik-Analyse ('Weg vom Nahostöl') in der letzten Ausgabe war für mich ein großes Erlebnis. Wenn ich Artikel solcher Art lese, überkommt mich immer das tolle Gefühl, das Energieprogramm endlich durchschaut zu haben. Nur, leider stellen sich bald darauf die alten Verwirrungen und Fragen wieder ein. Was wollen wir denn eigentlich für eine Energiepolitik?

Wieweit und wo unterstütze ich persönlich, ungewollt, die herrschende Politik (Strompreis, Steuern, Energieverschwendung, Wasserverunreinigung, Konsum von fragwürdigen Produkten, ...).

Es ist meine tiefste Überzeugung, daß wer sich um unsere gegenwärtigen und zukünftigen Lebensmöglichkeiten sorgt, sowohl politisch wie privat handeln muß.

Leider erlebe ich bei mir und vielen Freunden immer wieder die Unfähigkeit, unsere politischen Ziele auch im eigenen Leben zu verwirklichen.

Wenn wir in der Öffentlichkeit, in BI's und alternativen Listen, am Bauzaun und vor Gericht gegen Gesundheitsgefahren durch Strahlen, durch Wasser- und Luftverschmutzung wettern, dann aber auf das eigene Auto nicht verzichten können, die Lampen in der WG großzügig brennen lassen, Persil und Spül selbstverständlich brauchen und mit jedem Pinkeln 10 Liter Wasser versauen - - sind wir da nicht unglaubwürdig?

Doch halt, leben muß der Mensch ja schließlich? Eben, genau das, fragt sich bloß wie.

Und damit zurück zu den alltäglichen Energieproblemen: Das Zukunftsprogramm der Energiegiganten - Kohleveredelung, Erdgas, Atomenergie - habe ich durchschaut und will ihm einen Strich durch die Rechnung machen. Beheize mein Haus also mit Solaranlage und Wärmepumpe. Doch ach, wieso freut sich darüber mein Stromversorgungsunternehmen so, daß es mir für den Betrieb der Wärmepumpe den Strom 7% billiger läßt?

Und dann z.B. die Sache mit der elektrischen Heizung, die energiemäßig ja völlig unrentabel ist. Da behauptet mein Nachbar doch glatt, seine Nachtspeicherheizung würde mit Nachtstrom betrieben, der sonst nutzlos verpuffen würde, da die Kraftwerke Tag und Nacht arbeiten und man Strom nicht speichern kann. Ganz einleuchtend, wie?

Es ist richtig und notwendig, daß wir gegen die lebensvernichtende Wachstumsverschwörung politisch angehen. Das Atomprogramm ist davon ein Teil, nur die Spitze des Eisbergs.

Wünschenswert und dringend notwendig für unsere eigene Identität und Glaubwürdigkeit als Umwelt- und Lebensschützer scheint mir aber eine stärkere Auseinandersetzung mit unserem persönlichen Leben, eine Klärung der vielen Unsicherheiten, wie und wo wir da mit der Verwirklichung unserer Vorstellungen beginnen können. Der Vorstellungen, die zwar laut verkündet, aber leider meist allgemein bleiben.

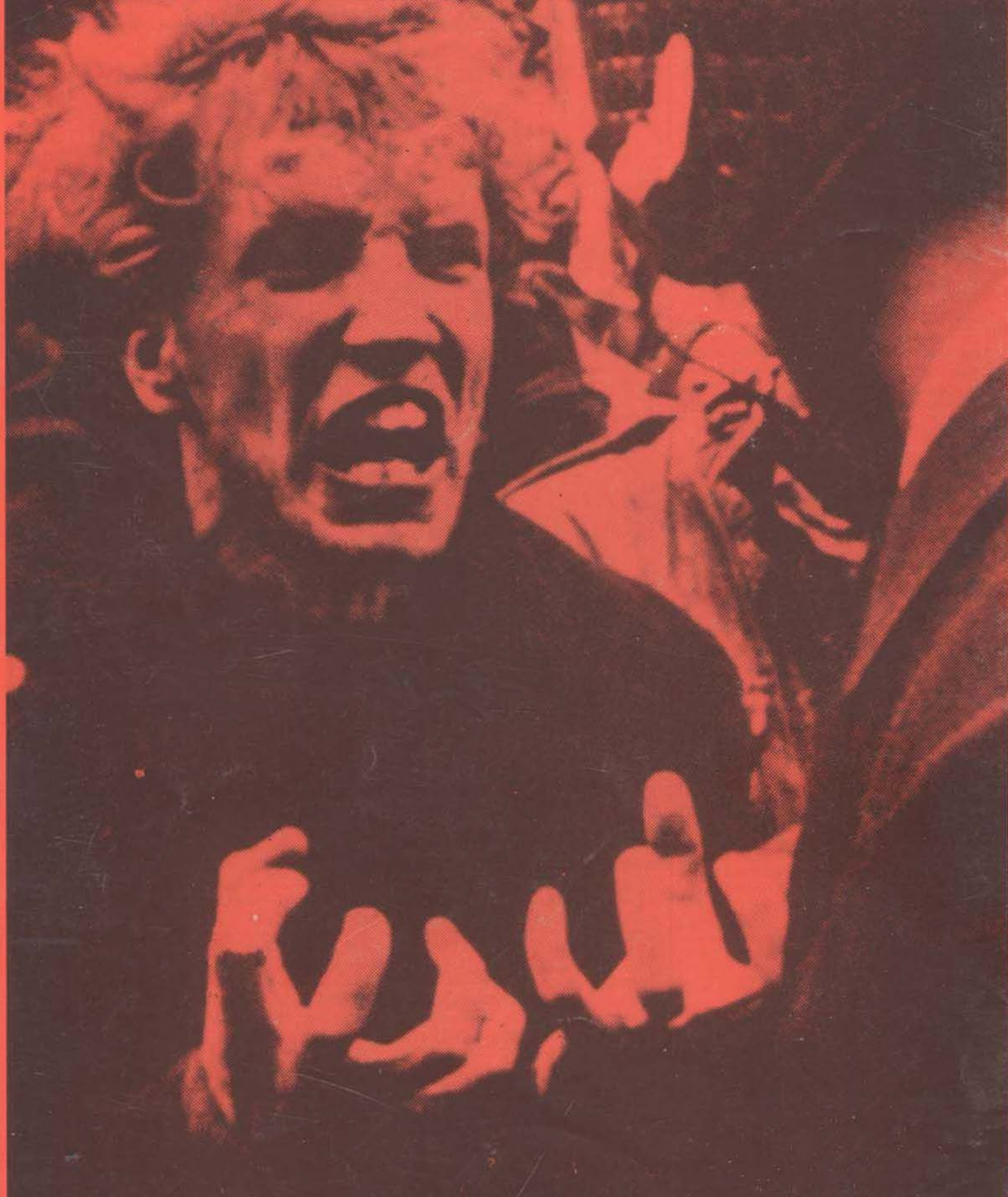
Ich darf mich selbst nicht schonen. Die Vorstellungen unserer Väter über uns 'Nichtsnutze', à la "links reden und rechts leben" ist für mich eine dauernde Provokation.

Wer kann mir helfen?

Ein Göttinger AKW-Gegner



ATOMKRAFTGEGNER VOR GERICHT



**WIR KÄMPFEN FÜR DAS LEBEN
AUS UNSERER VERZWEIFLUNG WIRD
WUT UND KRAFT UND WIDERSTAND**

Collection Laka foundation

www.laka.org
Digitized 2016